

Sand im Getriebe 43

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter www.attac.at/sig.html mail an die Redaktion: sig@attac.de

Frankreich stellt die Weichen für Europa



In **Frankreich** gibt es eine lebhafte und kontroverse **Debatte über die EU-Verfassung**.

ATTAC Frankreich hat sich frühzeitig mit dieser Frage der Verfassung beschäftigt (S. SIG 29), fördert und fordert die öffentliche Debatte um die „Verfassung“ und führt – zusammen mit anderen Organisationen und Gewerkschaften - eine breite Kampagne für das NEIN, nachdem die Attac-Mitglieder sich zu 84% für das NEIN und 3/4 für eine solche Empfehlung seitens Attac ausgesprochen hatten. Attac Frankreich plädiert für einen "neuen demokratischen Aufschwung Europas". Die Ablehnung dieser „Verfassung“ ist allerdings eine Voraussetzung für ein Europa von unten.

In **Deutschland und in Österreich** laufen die Kampagnen ein wenig anders, denn die Bevölkerungen werden für unmündig gehalten, sie dürfen nicht über die Verfassung abstimmen. Das österreichische Parlament hat es nicht für nötig befunden, eine Volksabstimmung zum Thema durchzuführen. Wohl ist es in dem medialen Ghetto Österreich auch schwierig, die Bürgerinnen und Bürger ausreichend zu informieren. „Auch wenn derzeit ein formeller Beitritt der **Schweiz zur EU nicht auf der Tagesordnung steht, lehnt sich die Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Schweiz sehr eng an das neoliberale Europa an**“, daher unterstützt **attac Schweiz** die Kampagne für die Ablehnung der „Verfassung“.

Debatte um das Grundeinkommen

Die kapitalistische Globalisierung zerrüttet nicht nur die Gesellschaften des "globalen Südens" (Walden Bello), sondern schlägt mehr und mehr zurück auf die Metropolen. Wie können wir darauf reagieren? Diskutiert wird die dreifache Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung ("30 Stunden sind genug", SiG34), Mindestlohn und Grundeinkommen.

Dieses Heft befasst sich mit den **unterschiedlichen Konzeptionen für ein Grundeinkommen**

Vertreter eines **bedingungslosen** Grundeinkommens gehen davon aus, dass die Produktivität der Weltwirtschaft so gesteigert wurde, dass wir mit einem "Diskurs der Fülle gegen die Ideologie des Mangels" angehen sollten

(**H.Krampfertz**): "Jeder Mensch hat, nur einfach so, weil es ihn gibt, ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben"

und am gesellschaftlichen Reichtum. Das muss sich niemand verdienen, nicht durch Arbeit, nicht durch Wohlverhalten, durch gar nichts. Das ist Menschenrecht". Einkommen und Arbeit sollen prinzipiell **entkoppelt** werden. Das kann auch finanziert werden: "Eine gerechtere Heranziehung hoher Einkommen und Vermögen reichen allemal zur Finanzierung"

(**W.Rätz**). Berichte aus Namibia, Spanien und Brasilien zeigen unterschiedliche praktische Ansätze.

Einer **Gegenposition** reicht die Umverteilung der Einkommen nicht aus, ihr geht es auch um die solidarische Umverteilung von Arbeit und eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Sie wirft die Frage auf, wie und unter welchen Produktionsverhältnissen denn der Reichtum **erzeugt** wird, der da verteilt werden soll. Massenarbeitslosigkeit im Norden wie im Süden ist in dieser Sicht das Ergebnis der globalen kapitalistischen Konkurrenz, die zur Überproduktion und zur **Niedriglohnökonomie** führt. "Arbeit und Einkommen können **nicht** voneinander getrennt werden: Angriffe gegen die Arbeitsbedingungen schlagen sich zwangsläufig im Einkommensniveau nieder und umgekehrt" (**A.Klein**).

Die Debatte über die konkrete Ausgestaltung der Parole "Genug für alle", über die Methoden der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und über das Ziel der Demokratisierung der internationalen Arbeitsteilung wird sicherlich mit großer Leidenschaft fortgesetzt werden.

Inzwischen nimmt der Neoliberalismus einen neuen Anlauf: Die **Weltbank** hat einen neuen Chef, ausgerechnet den Kriegstreiber Wolfowitz. Das ist für uns ein Anlass, die Geschichte ihrer jährlichen Gutachten nach zu verfolgen (**P.Cammack**).

Die **WTO** bereitet sich auf das nächste Treffen in Honkong vor. Entgleisen lassen oder neue Regeln erkämpfen - das ist die Frage an **Nicola Bullard** und **Martin Khor**.

Inhalt

<i>« NEIN » zu dieser EU- « Verfassung »</i>		
ATTAC Frankreich	Das wirkliche Katastrophenszenario :Ein "ja", das in eine beispiellose Krise mündet	3
ATTAC Frankreich	Für einen neuen demokratischen Aufschwung Europas : Ein NEIN, Träger all unserer Hoffnungen	4
Jacques Nikonoff	Eckpunkte für Neuverhandlungen über die EU-Verfassung.	5
Gustave Massiah	Neuverhandlungen und Minimalplattform	6
ATTAC Schweiz	Für ein anderes Europa – Nein zu der „Verfassung“	7
Gerald Oberansmayr	Neutralität und strukturelle Friedensfähigkeit als Alternative zum Aufrüstungsgebot	9
Wissenschaftlicher Beirat ATTAC De	Nein zu diesem EU-Verfassungsvertrag –Ja zu einem sozialen, demokratischen und friedlichen Europa	11
Francis Wurtz	Weder demokratisch, noch sozial, noch friedlich – der Entwurf der EU-Verfassung	12
<i>Debatte zum Grundeinkommen</i>		
Hardy Krampertz	Diskurs der Fülle gegen Ideologie des Mangels	15
Angela Klein	Das Leben in Würde und der Kapitalismus	15
Werner Rätz	Fünf Gründe für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle	18
Dirk Hauer	Anmerkungen zur Prekarität	19
Ronald Blaschke	Warum ein Grundeinkommen? Elf Argumente und eine Ergänzung	209
Netzwerk Grundeink.	„Statt Hartz IV: Grundeinkommen für alle“	22
Wolfram Otto	Existenzgeld für Alle - Das Konzept der BAG-SHI	22
Ralf Welter	Grundeinkommen –Modell für eine solidarische Marktwirtschaft	24
Johannes Beisiegel	Namibia auf dem Weg zu einem Grundeinkommen	25
Clóvis Zimmermann	<i>Brasilien: Grundeinkommen für alle</i>	25
	Die Bewegung für ein soziales Grundeinkommen in Spanien – „Renta Básica“	26
Werner Rätz	Lesetipps, Weiterführendes, Fehlendes	29
Schindler /Möller	"Ende der Arbeit - geht das überhaupt ?"	31
ver.di	Zu den Hintergründen einer Katastrophe in Bangladesch	
<i>Weltbank</i>		
Paul Cammack	Angriff auf die Armen: Die Strategie der Weltbank: Schaffung einer Reservearmee	35
Ch. Wichterich	Interview von Nicola Bullard und Martin Khor Die WTO entmachten oder für fairere Regeln im Welthandelsregime kämpfen?	39
Attac Deutschland	Erklärung zum 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus	40

Wir danken den Attacies, die mit ihren Vorschlägen und ihrer Mitarbeit diese Nummer überhaupt erst möglich gemacht haben. Wir danken coorditrad@attac.org und allen ehrenamtlichen ÜbersetzerInnen. -Die Redaktion dieser Nummer: Marie-Dominique Vernhes, Peter Strotmann (Attac Deutschland); Barbara Waschmann (Attac Österreich)

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis
Bezugsbedingungen: – Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de

Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung: 1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 5 €, 3 Hefte: 7 €, ab 10 Hefte: 1,80 € pro Heft
Abonnement: 14 € für 6 Ausgaben.
– Das Verschicken erfolgt NACH dem

Eingang des Betrags auf das Konto:
Förderverein für Attac in Hamburg e.V.,
Kontonummer: 211 000 000,
BLZ: 43 06 09 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

ATTAC Frankreich zu dieser EU- "Verfassung"

Nicht nur für diejenigen, die französisch problemlos lesen können, lohnt sich ein Blick auf die Internetseite von attac Frankreich: www.attac.fr. Die zwei ersten Texte sind in der Mitgliederzeitschrift „Lignes d’attac“ veröffentlicht worden und bewerten die Folgen eines „Ja“ bzw. „Nein“ beim Referendum in Frankreich am 29. Mai. In seiner Rede am 30. April geht Jacques Nikonoff - Vorsitzender von ATTAC Frankreich - auf Eckpunkte von Neuverhandlungen im Falle eines Siegs des „Neins“. Gustave Massiah - stellvertretender Vorsitzender - weist auf die dringende Notwendigkeit hin, ein Bündnis für eine Neuverhandlung aufzubauen, das alle einbezieht,“ die sich für ein soziales und fortschrittliches Europa einsetzen wollen, egal wie sie abgestimmt haben werden“

Das wirkliche Katastrophenszenario: Ein "ja", das in eine beispiellose Krise mündet

Weil anlässlich des Referendums zur Unterzeichnung der europäischen "Verfassung" oft auf ein Katastrophenszenario hingewiesen wird, soll davon jetzt die Rede sein: das Katastrophenszenario im Falle eines "Ja"!

1. Ein Taschenspielertrick

Man versteht gut, dass der Medef¹, Nicolas Sarkozy, Pascal Lamy, Tony Blair, Silvio Berlusconi und alles was Europa an Liberalen und Sozialliberalen zählt, begeisterte Anhänger des "Ja" sind. Denn diese Abstimmung macht es ihnen möglich, gleich zwei Ziele zu verwirklichen:

- Nachträglich und in einem Aufwasch alle zurzeit gültigen liberalen Bestimmungen absegnen zu lassen, wie sie im dritten Teil der "Verfassung" aufgezählt sind: Primat der Konkurrenz, Privatisierung der Unternehmen und der öffentlichen Dienstleistungen, Förderung der Betriebsverlagerungen durch Sozial- und Steuerdumping, etc. Zu den meisten dieser Bestimmungen sind die Bürger niemals befragt worden, und wenn sie befragt worden wären, hätten sie ihren entschiedenen Widerspruch geäußert.

- Diese Bestimmungen zweifach unumkehrbar zu machen: einerseits, indem man ihnen einen "verfassungsmäßigen" Rang verleiht, andererseits, indem man jegliche Möglichkeit einer "Verfassungs"-Änderung dank der Einstimmigkeitsvorschrift blockiert.

Es handelt sich hier um einen echten Taschenspielertrick, auch um einen meisterlichen Coup, eingefädelt von Valéry Giscard d'Estaing, den Präsidenten der Konvention für die Zukunft Europas! Man versteht nicht, dass Parteien oder Gewerkschaften, die die soziale Umgestaltung auf ihre Fahnen geschrieben haben, in voller Kenntnis der Dinge beschließen, sich die Fesseln anzulegen, die ihnen die Verwirklichung ihrer Ziele verbieten - es sei denn, man unterstellt ihnen masochistische Triebe.

2.- Politische Verleugnung oder Schulterchluss mit Brüssel

Stellen wir uns einmal vor, dass sich in Frankreich bei den Wahlen 2007 eine Mehrheit für den Bruch mit der neoliberalen Politik ergibt. Die aus dieser Abstimmung hervorgegangene Regierung steht sofort vor einer grundlegenden Entscheidung:

- Entweder sie verzichtet gleich auf die Umsetzung ihres Programms unter Hinweis auf im Übrigen sehr reale "europäische Zwänge". Unter hundert Beispielen seien angeführt: Zwänge bezüglich der Finanzierung von Betrieben und öffentlicher Dienstleistungen (bereits bestehend oder noch zu errichten) oder Zwänge bezüglich des Haushalts. In diesem Fall verrät die Regierung den Willen des Volkes, der sich gerade kundtut, und bestätigt die Thesen von der "Machtlosigkeit" der Politik und der Unmöglichkeit jeglicher Veränderung. Wenn sie so handelt, untergräbt sie die Fundamente der repräsentativen Demokratie und öffnet dem Rechtsextremismus die Straße.

- Oder diese Regierung versucht ihr Programm zu verwirklichen, das notwendigerweise frontal gegen die höherrangige Norm der EG verstößt ("mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb") sowie gegen die meisten Bestimmungen, die im dritten Teil der "Verfassung" enthalten sind. Sie steht dann der "Hüterin der Verträge" gegenüber, also der Europäischen Kommission. Dass diese unter der Präsidentschaft von José Manuel Barroso geradezu karikaturhaft ultraliberal und pro-atlantisch ist, trägt dazu bei, den Schulterchluss mit Brüssel symbolisch auszuweiten..

Im einen wie im anderen Fall bedeutet dies den Beginn einer beispiellosen europäischen Krise. Das Risiko ist dann groß, dass sich die Ablehnung der europäischen Politik auf die europäische Idee an sich ausdehnt. Die Neo- und Sozialliberalen sind dabei, sich wie Zauberlehrlinge zu verhalten: sie verbieten faktisch jegliche Veränderung, sie wollen mit aller Kraft den Deckel des Dampfkochtopfs verriegeln, setzen sich damit aber der Gefahr aus, dass der Druck im Innern ihnen den Deckel um die Ohren fliegen lässt. Ihre nahezu absolute Kontrolle der großen Medien sowie das Unwissen, das sie - absichtlich oder nicht - über den Inhalt und die Konsequenzen der "Verfassung" aufrecht erhalten - von der sie eine geschönte Version präsentieren - können ihnen ein trügerisches Gefühl von Sicherheit geben. Bis zum Ablehnungstsunami der EG-Politik durch das Volk...

3.- Der unüberschreitbare Horizont des Pascal Lamy

Gegenüber den neoliberalen Dogmen befinden sich die Völker der Mitgliedstaaten der EG in einer Situation der "beschränkten Souveränität", genauso beschränkt wie die Souveränität der ehemaligen "Volksdemokratien" gegenüber der UDSSR. Um sich davon zu überzeugen genügt es, das Programm für ein hypothetisches "Soziales Europa" zu lesen, das auf Bitte des Parti socialiste européen (PSE) von einer von Pascal Lamy geleiteten Kommission ausgearbeitet wurde. (Der Name Pascal Lamy ist für sich schon ein ganzes Programm.) Dieses Dokument, das von einem Sieg des "Ja" ausgeht, wurde am 27. November letzten Jahres den in Madrid versammelten Vorsitzenden der sozialistischen Parteien vorgelegt.

Keine der vorgeschlagenen Maßnahmen ist so gestaltet, dass sie das Gesicht eines im Neoliberalismus verankerten Europa verändern würde, wengleich die eine oder andere Maßnahme nicht gänzlich ohne Interesse ist. Denn wer könnte gegen eine einheitliche Vertretung der Euro-Zone in den internationalen Gremien bis 2013 sein; gegen die Verdoppelung des europäischen Forschungsbudgets oder gegen die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien von 6% auf 12% bis 2010?

Die "gewagtesten" Maßnahmen bleiben auf dem Niveau der sprachlichen Ausgestaltung, der redaktioneller Änderungen oder dienen dazu, zumindest in kleinstem Ausmaß als "links" zu erscheinen: es ist die Rede davon, die „Strategie von Lissabon“ umzutaufen in "Europa voranbringen"; eine Richtlinie über die öffentlichen Dienstleistungen zu verabschieden (aber ohne sie von den Regeln der Konkurrenz zu befreien); ein Kommuniqué über die industrielle Zukunft Europas vorzulegen; die Richtlinie über die Arbeitszeit zu überprüfen (zur Zeit öffnet sie die Türe zu einer 65 Stundenwoche - das lässt noch Spielraum!); bis 2007 eine Harmonisierung der steuerlichen Bemessungsgrundlage für Gesellschaften vorzuschlagen, aber keine Harmonisierung der Steuer selbst, die allein geeignet wäre, das Steuerdumping abzuschaffen! So sieht der unüberschreitbare Horizont eines "Sozialen Europas" nach einem "Ja" für Pascal Lamy und die PSE aus, der nicht einmal von allen Mitgliedern akzeptiert ist. Zweifel ist erlaubt, dass dieses Programm einen Traum lässt und dass es ausreicht, die Explosion des Dampfkochtopfs zu verhindern...

1) Medef = **M**ouvement des **E**ntreprises **d**e **F**rance; entspricht dem Bundesverband der Deutschen Industrie.

Für einen neuen demokratischen Aufschwung Europas: Ein NEIN, Träger all unserer Hoffnungen

Die Leader der UMP, UDF, (1) der Mehrheit der PS (2) und der Grünen, zusammen mit den großen Medien, führen eine Desinformationskampagne, die die Ängste der Öffentlichkeit heraufbeschwört statt an die Vernunft zu appellieren : Jeden Tag kann man es in verschiedenen Schattierungen hören und lesen : Europa würde sich von einem NEIN nicht erholen, wir wären wieder auf den „unheilvollen“ Nizza-Vertrag angewiesen, usw. Das erinnert an die „Ohne mich der Chaos“ aus früheren Zeiten (4)

1.- Nichts brennt, keine Ursache zur Panik: das Leben in der EU geht weiter!

Was passiert in Wirklichkeit, wenn Frankreich- oder ein anderes Land- eine Ratifizierung der europäischen „Verfassung“ ablehnt? Auf juristischer Ebene: nichts und wieder nichts. Der am 1. Mai 2004 in Kraft getretene Nizza-Vertrag (diese Tatsache verschweigen die Befürworter des JA sorgfältig), sowie alle bisherigen Verträge, bleiben bis 2009 in Kraft – gewisse Bestimmungen sogar bis 2014.

Beiläufig gesagt: jener Nizza-Vertrag wird heute gerade von dessen Unterzeichnern (Jacques Chirac und Lionel Jospin) als unheilvoll“ bezeichnet... Dieselben haben ihn im Dezember 2000 noch als einen großen Erfolg gepriesen... Jedenfalls hemmt er keineswegs das Funktionieren der EU, wie wir jeden Tag sehen können. Es gibt also keinen Grund für Eile noch für Panik

2. Die Regierungen werden von selbst einen neuen Vertrag fördern, und möglichst bald.

Aus einer Ablehnung der „Verfassung“ würde dagegen eine neue, hoffnungsträchtige politische Situation entstehen : Man müsste nämlich einen neuen Vertrag aushandeln, der die eben kundgegebene antiliberalen Gesinnung in Betracht ziehen müsste. Einige behaupten: „Die anderen Regierungen werden neue Verhandlungen ablehnen.“ Das stimmt aber nicht, denn die Inkraftsetzung des zusammen mit den anderen zurückgewiesenen ersten Teils der „Verfassung“ ist für alle von vitalem Interesse. In diesem Teil werden nämlich die institutionellen Verfahren der EU rationalisiert, was tatsächlich ein wirkungsvolleres Funktionieren erlaubt. Gerade jene Regierungen werden zu neuen Verhandlungen um einen neuen Vertrag drängen.

Wahrscheinlich werden sie sich auf einen nur den ersten Teil beinhaltenden Text zurückziehen, denn es ist der einzige mit einem "konstitutionellen" Charakter. Sie werden gezwungen sein, den dritten Teil aufzugeben. Denn der Mindestpreis, den sie entrichten müssten, wäre der Verzicht auf die Festlegung der neoliberalen Politiken als Bestandteil einer Verfassung. Aber aus Furcht vor einem neuerlichen „Nein“ wären auch im ersten Teil Fortschritte möglich, insbesondere durch die Festlegung der öffentlichen Dienstleistungen als Werte und Ziele der EU.

3.- Wir wollen sofort ein soziales Abkommen!

„Sobald die Verfassung ratifiziert ist werden wir uns zusammen mit den anderen sozialdemokratischen Kräften ans Werk setzen und ein neues, diesmal soziales Abkommen ausdenken“ - so der PS. Diese Aufgabe wurde Pascal Lamy anvertraut Das ist reiner Hohn. Wenn es dabei nicht nur um die Verabschiedung des Minimalprogramms des ehemaligen UE-Kommissars geht, ist es

unvorstellbar, dass Tony Blair und Silvio Berlusconi, nachdem ihnen die Erhebung des Neoliberalismus zum Verfassungsrang gelungen ist , auf ihren Sieg verzichten und wirklich „sozial“ werden, wo sie nichts dazu zwingt.

Im Gegensatz, wird die Verfassung abgelehnt, so würden durch den Druck des "NEIN", die Bedingungen geschaffen, um zu versuchen sofort dieses erwähnte Sozialbkommen zu schaffen, welches die institutionellen Maßnahmen des ersten Teils der aktuellen Verfassung ergänzen würde. Mit anderen Worten :Wenn die PS immer noch an ihre Wahlkampagne-Parolen bei den "Europawahlen –„ Und jetzt das soziale Europa" glaubt, dann bedeutet das "NEIN" die einzige Chance, es in die Tat umzusetzen.

Wenn aber im Gegensatz das "JA" siegen würde, bedeutete "jetzt" in 10, 20, sogar 50 Jahren, wie es Valéry Giscard d'Estaing voraussagte. Wären sie in ihrem ausgedrückten Ehrgeiz konsequent, müsste die PS Leader sowie jene von den Grünen für ein "NEIN" stimmen, das ein neues Spiel eröffnen würde.

4. Wer hat Angst vor der Demokratie?

Ein „neues Spiel“ könnte um so besser beginnen, als die europäischen Sozialbewegungen sich dann für ein soziales Abkommen mobilisieren könnten.

Das ist heute noch nicht der Fall und dies ist leicht erklärlich. Außer in Frankreich und in Belgien wurde die Verfassung der öffentlichen Meinung nicht zur Debatte gestellt. Die Regierungen, ob sozialistisch, liberal oder konservativ christlich-demokratisch vereinbarten die "heilige Allianz" um den neoliberalen Inhalt zu verschweigen. Mit Ausnahme der französischen PS (und unter dem medialen Knüppel, den wir kennen), haben die gewerkschaftlichen und anderen Vertretungen, die zum "JA" aufrufen, es unterlassen, ihre Anhänger vorher zu befragen. Vorsichtigerweise bevorzugten sie es, die Entscheidung ihren höchst berechenbaren Führungsgremien zu überlassen ?

Der Sieg des "NEIN" würde es ermöglichen, diesen Bleideckel endlich zu lüften und in allen europäischen Ländern drei demokratischen Forderungen durchzusetzen:

- Durchführung einer wirklich kontroversen Debatte zum europäischen Projekt;
- Befragung der Mitglieder aller Organisationen, welche zum künftigen Abkommen Stellung nehmen;
- Durchführung einer Volksabstimmung in jedem Land, in dem die Möglichkeit schon vorhanden ist und wo nicht, sollte die nationale Verfassung entsprechend geändert werden?

Die Befürworter des "JA" verhalten sich, als empfänden sie eine zweifache Angst : erstens , dass die Bürger sich den Inhalt des Vertrags tatsächlich aneignen, denn erfahrungsgemäß ist das nicht von Vorteil für diesen Vertrag. Und zweitens , dass jene Bürger direkt darüber abstimmen

Für ATTAC ist die demokratische Frage untrennbar mit der europäischen Frage verbunden. Auf diesen beiden Gebieten fordert die Vereinigung die "JA"-Anhänger auf, mit ihm in den großen Medien zu debattieren.

- (1) UMP hat die Mehrheit im Parlament, UMP (Sarkosy, Chirac) und UDF (Raffarin) sind Regierungsparteien
- (2) PS = Parti Socialiste

Rede von Jacques Nikonoff am 30. April in Paris

Eckpunkte für Neuverhandlungen über die EU-Verfassung

Liebe Freunde!

Wir werden am 29 Mai „Nein“ sagen, weil wir Europäer sind.

Wir werden am 29 Mai „Nein“ sagen, weil wir Altermondialisten sind.

Der Ausgang dieses Referendums hat eine historische Bedeutung. Zum ersten Mal seit 50 Jahren werden die Bevölkerungen von 10 der 25 EU-Staaten durch ein Referendum ihre Auffassung über den Aufbau Europas zum Ausdruck bringen dürfen. Die anderen haben dieses Recht nicht. (...)

Wir werden nicht „Nein“ zu Europa sagen, sondern „Nein“ zum Neoliberalismus. Dieses „Nein“ hat drei Gründe:

Erstens. Nein zu der demokratischen Farce bei der Entwicklung dieser Verfassung, die Herr Giscard d'Estaing als Vorsitzender der verfassenden Kommission aus dem Hut herbeigezaubert hat. Ohne Mandat. Ohne Debatte. Ohne verfassungsgebende Versammlung. Ohne die europäischen Bevölkerungen.

Zweitens. Nein zu der europäischen Politik dieser letzten Jahre (...)

Drittens Nein zu dieser europäischen Verfassung,

- die eine immense Bürokratie vorsieht (...)
- die jegliche Harmonisierung sozialer Standards nach oben vermissen lässt und stattdessen eine Harmonisierung nach unten verspricht;
- die keine Garantie der sozialen Rechte bietet, während die Rechte des Kapitals vollends garantiert werden;
- die die Menschen und die Demokratie verachtet.
- die die entfesselte Konkurrenz zwischen den Menschen, zwischen den Staaten der Union, sowie zwischen der Union und dem Rest der Welt in den Verfassungsrang erhebt,
- die zur Unterordnung unter die USA führt.

DIESE Verfassung wollen wir nicht!

Die **Einseitigkeit der Medien** in dieser Auseinandersetzung ist skandalös. Sie sind alle ohne Ausnahme im Lager des „Ja“. (...). Im Sender Europa I sind in der Morgensendung zwischen dem 13 März und dem 15 April 19 „Ja“ Befürworter und 5 „Nein“-Befürworter eingeladen worden. Bei France Inter waren es 19 mal „Ja“ und 4 mal „Nein“; bei RTL 25 mal „Ja“ und 10mal „Nein“. Zum Glück widersetzen sich Journalisten. Wir erwarten nicht von ihnen, dass sie für „Nein“ sind. Wir erwarten von ihnen, dass sie in ihrer Arbeit die Berufsethik respektieren.

Was wird nach dem 29.Mai geschehen?

(...)

Im Falle einer „Ja“-Mehrheit wird das Leben für Millionen von Menschen in Europa schwieriger werden.

Die neoliberale Politik, die die EU seit Jahren in Gang gesetzt hat, wird damit legitimiert, wird Bestandteil der europäischen Verfassung und quasi unumstößlich sein.

Jegliche alternative Politik in einem der Länder, das mit dem Neoliberalismus brechen wollte, wird sehr schwer umzusetzen sein, da sie als verfassungsfeindlich erklärt werden kann.

Eine europäische Krise ohnegleichen wird sich auftun.

(...) Die Bolkestein Richtlinie wird umgesetzt, die Betriebsverlagerungen werden zunehmen, was unter den Arbeitenden in den an weitesten entwickelten Ländern Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gegenüber den Beschäftigten der neuen Mitgliedsstaaten fördern wird.

Die Rechtsextremen werden von dieser riesigen Enttäuschung profitieren.

Die Militärausgaben werden auf Kosten der sozialen Ausgaben zunehmen.(...)

Die globalen Steuern und die Kontrolle des Kapitalverkehrs werden unmöglich sein.

Der Handelskrieg jeder gegen jeden wird sich verschärfen.

Die EU wird noch mehr zu einer Filiale der USA werden.

Wenn es eine Mehrheit für „Nein“ gibt, dann wird die Hoffnung auf eine Neugründung der EU aufkeimen.

Der Nizzaer Vertrag wird weiterhin juristisch gelten. Ein neuer Vertrag zwischen den 25 Staaten wird unterzeichnet werden, um das Funktionieren der EU zu regeln.

Eine klare Verurteilung der neoliberalen Politik der EU wird ausgesprochen. Die neoliberalen Politiken werden gestoppt.

Die Regierungen der EU-Staaten werden die Botschaft des Referendums wahrnehmen müssen und die Volkssouveränität respektieren müssen.

(...) Die Bedingungen für neue Verträge werden verbessert.

Das Nein“ in Frankreich wird eine Debatte in allen Ländern der EU hervorrufen, die den Aufbau der EU auf neuen Grundlagen fördern wird.

Neue Bündnisse werden möglich, in allen EU-Ländern, mit den Gewerkschaften, den Bürgerinitiativen ...

Zum ersten mal werden die Bevölkerungen Europas den Aufbau der EU in die Hand nehmen. Die sozialen und gewerkschaftlichen Kämpfe werden einen Aufschwung erleben. Alternative Politiken werden in jedem EU-Land möglich sein.

Frankreich wird dabei eine bedeutende Rolle spielen können.

(...) Europa muss endlich mal demokratisch, unabhängig, solidarisch, internationalistisch werden. Es soll zum Ziel haben, dass alle Bevölkerungen des Kontinents eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung und ein gutes Leben genießen können, in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern, insbesondere denen des Südens.

(...)

Nach dem „Nein“ werden Neuverhandlungen über den Nizzaer Vertrag so oder so notwendig werden.

Hier einige Eckpunkte, worüber wir debattieren sollten:

1. Neudefinition der Statuten der europäischen **Zentralbank**.
2. Aufgabe des **Stabilitätspakts**
3. **Wirtschaftlicher Aufschwung**. Dies verlangt massive **öffentlich Investitionen** zu der die europäische Zentralbank durch Zwangsanleihen, für die die Staaten bürgen, wird beitragen müssen.
4. **Angleichung sozialer Standards nach oben**. Die Charta der Grundrechte muss neu verfasst werden, damit den Beschäftigten und allen Bürgern echter juristischer Schutz gewährt wird. Die rückschrittlichen Auffassungen bezüglich der Renten und der Krankenversicherungen gehören in den Mülleimer.
5. Anerkennung der **öffentlichen Dienste**. Diese müssen auch auf europäischer Ebene zusammenarbeiten können, was heute verboten ist, weil es den Grundsätzen der Konkurrenz widersprechen würde.
6. Eine **Industriepolitik** etablieren.
7. Verteidigung der **Laizität**
8. Austritt aus der **NATO**
9. **Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit**. Die EU muss sich anstrengen, die Ziele des Millennium-Gipfels zu erreichen. Ein Plan zur Streichung der **Schulden** der armen Ländern muss geschaffen werden Die öffentliche Entwicklungshilfe muss zunehmen. Eine neue Partnerschaft mit den Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens muss gegründet werden. Vertrauensvolle Beziehungen mit den aufkommenden großen Mächten – Russland, Indien, China, Japan, Brasilien – müssen geknüpft werden.

10. Kampf um den **Umweltschutz**. Schluss mit den Sonntagsreden, stattdessen Entwicklung einer echten anspruchsvollen Umweltpolitik. Umsetzung des Kyoto-Protokolls.

(...)Liebe Freundinnen und Freunde,

Es ist noch nichts entschieden. Der Einsatz von jedem zählt.

Lass uns eine Ameisenarbeit in unserer Familie, unter unseren Arbeitskolleginnen, unseren Nachbarn.

Lasst uns auf die Märkte, an die Betriebstore, vor den U-Bahnstationen und die Bahnhöfe gehen.

Lass uns das Gespräch mit jedem Bürger fortsetzen.

Der Sieg ist nah, aber nur zu diesem Preis. Nur Mut!

(1) „Altermondialistes“ In Frankreich hat sich dieser Begriff in der Presse durchgesetzt, den man mit „Bewegung für eine andere Welt“ übersetzen kann. Im angelsächsischen Sprachraum wird nach wie vor der Begriff „Anti-globalisation-Movement“ verwendet. Im deutschen Sprachbereich werden – je nach politischer Überzeugung – zwei Begriffe verwendet: „Globalisierungskritiker“ und „Globalisierungsgegner“, d.h. „Gegner dieser kapitalistischen Globalisierung“.

(2) Anm. der SiG Redaktion: s. zu den Medien Halimi in der französischen Ausgabe von *Le Monde Diplomatique*, Mai 2005

<http://www.france.attac.org/a4816>

Gustave Massiah: Neuverhandlungen und Minimalplattform Eine neue Phase der ATTAC-Kampagne, 22. April 2005

„Seitdem sich in den Meinungsumfragen eine Mehrheit für das Nein herausgestellt hat, ist unsere Kampagne schneller als gedacht in eine neue Phase eingetreten. (...) Wir müssen jetzt unsere Fähigkeit unter Beweis stellen, einen Erfolg des „Nein“ in ein lebensfähiges politisches Projekt umzuwandeln.“ <http://www.france.attac.org/a4750>

Zuerst geht es darum, den Sieg des „Nein“ zu sichern und zu festigen.

(...) Zur Zeit ist noch nichts sicher. Der Sieg des Nein hängt jetzt davon ab, ob wir die Unentschlossenen dafür gewinnen können. Die direkte Auseinandersetzung mit den Befürwortern des Ja bleibt notwendig. Vor allem deswegen, weil die Medien immer mehr die Konfrontationen in den Vordergrund stellen, heftige Auseinandersetzungen heraufbeschwören und uns in eine gehässige und hysterische Stimmung, die bei einigen Kommentatoren zu verzeichnen sind, hinein manövrieren wollen. (...)

Um die Unentschlossenen zu gewinnen, muss man an ihre Intelligenz appellieren. Wir müssen aufzeigen, dass es sowieso Risiken gibt, egal wie das Ergebnis des Referendums aussieht, zumal Europa schon in einer tiefen Krise steckt. *Das Risiko, Europa noch mehr zu lähmen ist vielleicht vorhanden. Es besteht aber vor allem das Risiko, die neoliberalen Tendenzen und die transatlantische Orientierung zu stärken und dies lange Zeit nicht ändern zu können.* Der Sieg des „Ja“ würde die jetzige Situation verfestigen und gleichzeitig das Risiko erhöhen, die Interessen Europas in Frage zu stellen. Der Sieg des „Nein“ öffnet eine vielleicht riskante aber reelle Perspektive, Verhandlungen neu aufzunehmen und die Hoffnung in die Zukunft Europas zu bewahren.

Das Nein muss vor allem ein europäisches und fortschrittliches sein.

Wir stellen in den Vordergrund die Entwicklung zu einem sozialen friedlichen demokratischen Europa. Wenn diese Vorstellung bei denjenigen, die mit Nein stimmen wollen, nicht die herrschende ist, dann ist die Zukunft unseres politischen Projektes gefährdet.

Ebenfalls gefährdet wäre die Perspektive eines Sieges. Heute führt das linke „Nein“ zu einer Stärkung der „Nein“-Stimmen, die im Anschluss an die sozialen Proteste und die Schülerdemonstrationen und im Zusammenhang mit der Ablehnung der aggressiven antisozialen Politiken erfolgte.

Wir dürfen aber die **Gefahren der weiteren Kampagne nicht unterschätzen**. Die offizielle Kampagne wurde so organisiert, dass nur den Parteien die mehr als 5% der Stimmen bei den Europa Wahlen im Juni 2004 erhalten haben bzw. mindestens 5 Abgeordneten oder Senatoren haben, das Recht eingeräumt wurde, in den öffentlichen **Medien** aufzutreten. Als Befürworter des Nein werden also wohl Marie George Buffet aber auch de Villiers, Pasqua und Le Pen (1) auftreten. Da kann man sich schon die hohen Wellen in den Medien vorstellen, die sich auf solche Bildern stürzen werden, um das „Nein“-Lager zu verzerren. Jetzt sofort müssen wir den Kampf führen und gewinnen, dass das „Nein“ einen europäischen sozialen und fortschrittlichen Charakter beibehält.

Die Neuverhandlungen für den Fall eines „Nein“-Votums müssen vorbereitet werden.

Indem wir die Neuverhandlungen in den Vordergrund stellen, stärken wir den Sieg des Nein, da die **Perspektiven** sichtbarer und glaubwürdiger werden.

Attac hat schon zu Beginn des Diskussionsprozesses über den EU-Verfassungsvertrag **21 Vorschläge** entwickelt (S. SIG 29).

Damit diese Neuverhandlungen glaubhaft werden, müssen wir uns schon jetzt über den **Aufbau von Bündnissen in Frankreich und in Europa** Gedanken machen.

Zuerst in **Europa**, damit wir dem Argument der Isolierung Frankreichs im Falle eines Sieges des „Nein“ etwas entgegenzusetzen können. Wir meinen nicht, dass wir uns isolieren würden. Wir kennen in allen europäischen Ländern Befürworter eines sozialen friedlichen und demokratischen Europas. Wir sind sicher, dass die sozialen Bewegungen und die Bürgerinitiativen die Gelegenheit gut wahrnehmen werden, die sich anbietet, wenn nach einem Sieg des „Nein“ in Frankreich Neuverhandlungen gefordert werden. (...)

In **Frankreich** öffnet die Neuverhandlung einen neuen politischen Raum. (...) Das Bündnis für eine Neuverhandlung wird alle einbeziehen, die sich für ein soziales und fortschrittliches Europa einsetzen wollen, egal wie sie abgestimmt haben werden.

(...) Wir können auch eine **Minimalplattform** für die Aufnahme von Neuverhandlungen vorschlagen, die sehr breit diskutiert werden sollten. Zum Beispiel

- Streichung des III. Teils;
- Änderung des IV. Teils über die Änderungsmodalitäten;
- Begrenzung des Teils I auf die Machtstrukturen bei Ausschluss jeglichen Bezugs zu einer bestimmten politischen Richtung.
- Recht für das Europa Parlament auf eine gesetzgebende Initiative;
- Anerkennung der Notwendigkeit, die sozialen Rechte nach oben anzugleichen;
- Erleichterung der verstärkten Kooperationen zwischen einzelnen Ländern der EU.

- Parallel sollten wir im Rahmen der Haushaltsverhandlungen für 2007-2013 fordern, dass der Haushalt und die sozialen Transfers erheblich erhöht werden.

Wir können uns schon jetzt an alle wenden, die ein soziales und fortschrittliches Europa wollen, egal wie sie abstimmen wollen, und ihnen vorschlagen, uns gemeinsam für Neuverhandlungen einzusetzen. Wir können somit zeigen, dass solche Neuverhandlungen möglich sind.

Schauen wir uns die umstrittene Bolkestein-Richtlinie und die Debatten um den Stabilitätspakt an: Als im Zuge der zunehmenden sozialen Kämpfe die Nein-Stimmen mehr wurden, hat die französische Regierung eine Neuverhandlung gefordert – und sie erhalten. Wir sind mit den Ergebnissen dieser **Neuverhandlungen** nicht zufrieden, aber wir haben immerhin feststellen können, dass sie **möglich** sind.

(1) De Villiers, Pasqua und Le Pen sind (extrem)rechte Politiker, Buffet ist Vorsitzende vom PCF

attac Schweiz und die europäische "Verfassung"

Weil ein anderes Europa möglich ist: NEIN zu dieser "Verfassung"!

In mehreren Ländern der Europäischen Union wird in den nächsten Monaten über den Verfassungsvertrag abgestimmt. Dieser Vertrag betrifft die gesamte europäische Bevölkerung. Denn er bestätigt die neoliberale Politik, mit der wir seit zwanzig Jahren konfrontiert sind und die Europa zu einem Kernstück der neoliberalen Globalisierung gemacht hat. Mehr noch: Diese Politik soll nun die Legitimität einer Verfassung erhalten.

Der Kampf für ein soziales und solidarisches Europa bedingt die Ablehnung dieses Vertrags. Daher ruft attac schweiz alle BürgerInnen Europas dazu auf, sich gegen diesen verheerenden Vertrag zu wehren. Angesichts der zentralen Bedeutung der Abstimmung vom 29. Mai 2005 über den Verfassungsvertrag in Frankreich lädt attac schweiz AktivistInnen und SympathisantInnen von attac insbesondere ein, dem Aufruf von attac Frankreich zu folgen und internationale Teams von Freiwilligen gegen diese "Verfassung" zu bilden.

Das NEIN von attac schweiz ist mehr als eine Solidaritätsbekundung mit den attac-Organisationen in Europa, die in dieser Kampagne engagiert sind. Auch wenn derzeit ein formeller Beitritt der Schweiz zur EU nicht auf der Tagesordnung steht, lehnt sich die Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Schweiz sehr eng an das neoliberale Europa an. Dies zeigen auch die Bilateralen Verträge, die im Namen der "heiligen" Wettbewerbsfähigkeit das Bankgeheimnis verteidigen und die Rechte der Lohnabhängigen und MigrantInnen mit Füßen treten.

Es gilt, ein soziales und solidarisches Europa aufzubauen, ein Europa der Gleichberechtigung und des Friedens. attac schweiz engagiert sich zusammen mit zahlreichen sozialen Bewegungen im Rahmen von Sozialforen und europaweiten Mobilisierungen. Gemeinsam schaffen wir eine europäische soziale Bewegung für ein Europa, das keine Festung ist, ein Europa mit gleichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten für alle.

Für eine anderes Europa, gegen die "Verfassung"

Der Vertrag über eine Verfassung für Europa (meist – zu Unrecht – als Europäische Verfassung bezeichnet) soll demnächst in mehreren Ländern der Europäischen Union ratifiziert werden. Dieser Vertrag betrifft alle Menschen in Europa, unabhängig davon, ob sie über den Verfassungsvertrag abstimmen können und ob sie in einem Land der Europäischen Union (EU) leben oder nicht. Denn er bestätigt die neoliberale Politik, mit der wir seit zwanzig Jahren konfrontiert sind und die Europa zu einem Kernstück der neoliberalen Globalisierung gemacht hat. Zudem soll diese Politik durch den Verfassungsvertrag die selbe Legitimität wie eine Verfassung erhalten. Der Verfassungsvertrag erklärt Freihandel und Wettbewerb zu unabdingbaren Werten, denen soziale, wirtschaftliche und ökologische Rechte untergeordnet werden. Der Verfassungsvertrag wird neuen Mitgliedsländern ohne Verhandlungsmöglichkeit und praktisch unumkehrbar aufgezwungen.

Was immer die Befürworter des Verfassungsvertrags behaupten: Das NEIN zu dieser "Verfassung" ist kein NEIN zu Europa, sondern ein JA zu einem anderen Europa, in dem Rechte, Gleichheit und Solidarität zwischen den Menschen im Vordergrund stehen. Daher ruft attac schweiz alle BürgerInnen Europas dazu auf, sich gegen dieses verheerende Projekt zu wehren.

NEIN zu dieser "Verfassung" bedeutet...

... NEIN zu einem undemokratischen Europa

Es hat weder eine verfassungsgebende Versammlung noch eine öffentliche Debatte gegeben. Die Verhandlungen wurden ausserhalb des öffentlichen Raums geführt. Dennoch wird Einstimmigkeit unter allen Mitgliedsländern verlangt, um den Verfassungsvertrag zu ändern. Dies ist insbesondere mit der bevorstehenden Erweiterung der EU faktisch unmöglich.

... NEIN zu einem ultraliberalen Europa

Zehn Jahre nach dem Maastrichter Vertrag liegt die Bilanz auf der Hand: Flexibilisierung und Prekarisierung der Arbeit, Steuersenkungen, Auslagerung der Produktion in andere Länder, Abbau der öffentlichen Dienste und börsengesteuerte Entlassungen sind alltäglich geworden. Der Verfassungsvertrag bestimmt weitgehend die Politik der Union und leitet diese dauerhaft in Richtung einer forcierten Liberalisierung, wie sie Wirtschafts- und Finanzeliten, grosse Konzerne und internationale Finanzinstitutionen verlangen.

Im Unterschied zur Verfassung der meisten Länder Europas ordnet der Verfassungsvertrag die im Text kaum vorkommenden sozialen Rechte der Einhaltung des freien Wettbewerbs unter. Soziale Rechte sind nur mit dem Vorbehalt möglich, dass "der Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der Union zu erhalten" Rechnung getragen wird (Art. III-209). Sollte eine Regierung eine fortschrittliche Politik betreiben wollen, bei der das Recht auf Wohnen, auf eine gesicherte Arbeit (das immerhin in der Menschenrechtserklärung erwähnt wird) und auf soziale Sicherheit für alle im Vordergrund steht, so wird ihr dies durch den Verfassungsvertrag schlicht verboten.

Im Namen des "freien Wettbewerbs" beschränkt sich der Verfassungsvertrag auf die Erwähnung der "Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse" (DAWI). Der Begriff der öffentlichen Dienste existiert in den Dokumenten der Europäischen Union nicht. Zudem werden die DAWI weder als einen Wert der Union (Art. I-2) – was sogar einen Rückschritt gegenüber dem Vertrag von Amsterdam darstellt – noch als Ziel anerkannt (Art. I-3). Sie müssen mit EU-Recht vereinbar sein (Art. II-96), und nach diesem gelten auch für die DAWI die Regeln des unverfälschten Wettbewerbs (Art. III-122); "... sind Beihilfen der Mitgliedstaaten oder aus staatlichen Mitteln gewährte Beihilfen gleich welcher Art, die durch die Begünstigung bestimmter Unternehmen oder Produktionszweige den Wettbewerb verfälschen oder zu verfälschen drohen, mit dem Binnenmarkt unvereinbar" (Art. III-167): Damit wird jede Politik zur Förderung der öffentlichen Dienste verunmöglicht.

Weiter wird auch die Möglichkeit ausgeschaltet, eine Kontrolle der internationalen Finanzströme oder eine Besteuerung nach dem Muster der Tobin-Steuer einzuführen. Artikel III-156 hält fest: "Im Rahmen dieses Abschnitts sind Beschränkungen des Kapital- und des Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten sowie zwischen den Mitgliedstaaten und Drittländern verboten."

Diese wenigen Beispiele stehen für zahlreiche andere und zeigen, dass diese "Verfassung" ein weiterer Schritt in Richtung Zerstörung der sozialen Einrichtungen in Europa darstellt – Einrichtungen, die weder perfekt noch überall gleich ausgestaltet sind, jedoch über mehr als 100 Jahren von sozialen Bewegungen erkämpft wurden.

... NEIN zu einem militarisierten Europa

Der Verfassungsvertrag zerstört dauerhaft die Hoffnungen auf ein Europa der BürgerInnen, das für Frieden steht. Die europäische Aussenpolitik wird der NATO untergeordnet. Damit haben die führenden Kreise in den USA und ihre europäischen Verbündeten die Hände frei, um ihre Politik der Expansion und des Imperialismus gegen die Bevölkerung der Erde weiter zu treiben. Durch ihre Verankerung im Verfassungsvertrag würde die Europäische Rüstungsagentur zur Treibkraft der geplanten Erhöhung der Militärausgaben sowie der Forschung und Produktion von Rüstungsgütern werden.

Gleiche Politik in der Schweiz, in Europa und weltweit

Das NEIN von attac schweiz ist mehr als eine Solidaritätsbekundung mit den attac-Organisationen in Europa, die in dieser Kampagne engagiert sind. Auch wenn derzeit ein formeller Beitritt der Schweiz zur EU nicht auf der Tagesordnung steht, lehnt sich die Wirtschafts- und

Sozialpolitik in der Schweiz sehr eng an das neoliberale Europa an. Aus Angst, gegenüber den europäischen "Konkurrenten unsere Wettbewerbsfähigkeit einzubüssen", werden unter dem Druck von Wirtschafts- und Finanzkreisen die meisten Liberalisierungsmassnahmen der EU auch in der Schweiz übernommen. So war die erzwungene Öffnung der "Märkte" in den Bereichen Telekommunikation, Post oder Strom eine direkte Folge der verschiedenen Richtlinien der EU-Kommission. Und dies zeigen auch die Bilateralen Verträge, die das Bankgeheimnis verteidigen und die Rechte der Lohnabhängigen und MigrantInnen mit Füßen treten.

Mit dem Entwurf einer Richtlinie zur Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes innerhalb Europas ("Bolkestein-Richtlinie") zeigt sich zudem, dass sich die neoliberalen Angriffe der EU-Kommission gegen die Grundlagen des sozialen Modells Europas weiter zuspitzen und verschärfen. Da es keine Angleichung nach oben in Sachen soziale Sicherheit und Regulierung der Arbeitsmärkte gibt, verfolgt die Politik der EU-Kommission die Absicht, ein Verhältnis der direkten Konkurrenz unter den Lohnabhängigen in Europa zu schaffen und somit ein unannehmbares Sozialdumping zu fördern. Dieses Konkurrenzverhältnis soll die Stellung der europäischen multinationalen Konzerne verstärken, welche durch die Verhandlungen zum Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) die weltweite Öffnung der Dienstleistungsmärkte betreiben.

Es gilt, ein soziales und solidarisches Europa aufzubauen, ein Europa der Gleichberechtigung und des Friedens. attac schweiz hat sich zusammen mit zahlreichen sozialen Bewegungen an den Sozialforen von Florenz, Paris und London und im Rahmen von europaweiten Mobilisierungen engagiert. Gemeinsam schaffen wir eine europäische soziale Bewegung für ein anderes, mögliches Europa.

Nehmen wir unsere Zukunft in die eigenen Hände

attac engagiert sich in der Schweiz und in vielen Ländern der Welt für die Entwaffnung der Finanzmächte (Multis, Finanzinstitutionen) und für die Wiederaneignung der Gesellschaft durch die Bevölkerung (für öffentliche Dienste, die gemeinsam verwaltet werden, für das Recht auf Selbstbestimmung und für Nahrungssouveränität...).

attac beteiligt sich in Europa intensiv an der Kampagne für ein NEIN zum Verfassungsvertrag. attac schweiz unterstützt den Aufruf von attac Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Polen und Portugal zur Ablehnung des Verfassungsvertrags. attac schweiz sagt NEIN zu dieser "europäischen Verfassung" und fordert alle attac-Mitglieder (insbesondere DoppelbürgerInnen) auf, nach Möglichkeit an der Abstimmung teilzunehmen und die NEIN-Kampagne zu unterstützen.

Angesichts der zentralen Bedeutung der Abstimmung vom 29. Mai 2005 über den Verfassungsvertrag in Frankreich lädt attac schweiz AktivistInnen und SympathisantInnen insbesondere ein, dem Aufruf von attac Frankreich zu folgen und internationale Teams von Freiwilligen gegen diese "Verfassung" zu bilden

ATTAC Rue des Savoises 151205 Genf, Schweiz

Lesenswertes zur EU-„Verfassung“:

Mehrere Artikel in **Sand im Getriebe** Nr 29, 36, 38 und 40

Newsletter Nr 7 der EU-AG von Attac http://www.attac.de/eu-ag/menu_ausgabe.php?menu_id=207

Reader zur Konferenz "EU global - fatal?!" in Stuttgart, März 2005 <http://www.attac.de/aktuell/reader-global-fatal.php>
<http://www.attac-muenchen.org/EU-Verfassung>

www.eu-verfassung.com

www.imi-online.de

www.friedensratschlag.de

auf französisch: www.attac.fr

Neutralität und strukturelle Friedensfähigkeit als Alternative zum Aufrüstungsgebot der EU-Verfassung

(1) EU-Verfassung:

Die EU-Verfassung ist eine Verfassung der Militärs. Die bisherige Militarisation der EU soll einzementiert und vorangetrieben werden. Sie beinhaltet:

- eine Aufrüstungsverpflichtung vor (Art. I-41: „Die EU-Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“)
- den Verfassungsrang für ein Rüstungsamt („Verteidigungsagentur“), um diese Aufrüstung zu koordinieren und anzukurbeln
- die Selbstmandatierung des EU-Ministerrates zur weltweiten Kriegseinsätzen – auch ohne UNO-Mandat
- eine militärische Beistandsverpflichtung, die strenger als die der NATO ist.

Die EU-Verfassung ist eine Verfassung der großen Konzerne. Neoliberalismus wird zur Staatszielbestimmung (Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten auf eine Wirtschaftspolitik der „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“). Unbeschränkte Kapitalmobilität und Freihandel werden als Leitlinien globaler Wirtschaftspolitik festgeschrieben. Die Tür in Richtung Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienste im Bereich Bildung, Soziales und Gesundheit wird weiter geöffnet. Die Europäische Zentralbank wird auf die Interessen der großen Vermögensbesitzer (Vorrang Preisstabilität) eingeschworen und faktisch außerhalb demokratischer Einflussnahme gestellt.

Die EU-Verfassung spaltet und hierarchisiert den Kontinent. Die Stimmgewichte werden zugunsten der großen Nationalstaaten und zu Lasten der kleinen und mittleren verschoben. An der Spitze soll ein militärisches Kerneuropa („Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“) etabliert werden.

In ihrer Konsequenz ist diese EU-Verfassung ein **antieuropäisches Projekt**, denn sie führt nicht zur friedlichen, gleichberechtigten Integration des Kontinents, sondern zur Hierarchisierung, neuen sozialen Spaltungslinien und militärischem Abenteuerertum.

(2) Aktuelle Militarisation

Parallel zur Verfassungsdebatte wird die Militarisation der EU „mit Lichtgeschwindigkeit“ (Solana) vorangetrieben. Die Zielsetzungen gibt die **Europäische Sicherheitsstrategie** vor, die Ende 2003 beschlossen wurde: „Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen ... Als eine Union mit 25 Mitgliedstaaten, die mehr als 160 Mrd. Euro für Verteidigung aufwenden, sollten wir mehrere Operationen gleichzeitig durchführen können. ... Wir müssen eine Strategie-Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert.“ Als explizites Einsatzgebiet für EU-Militäroperationen wird der rohstoffreiche Raum des Nahen und Mittleren Ostens genannt. Noch deutlicher wird diese Zielstellung im „**European Defence Paper**“ ausformuliert, das im Auftrag des EU-Rates zur Vorbereitung eines „Weißbuches“ 2004 erarbeitet wurde: „Die

Transformation Europäischer Streitkräfte von der Landesverteidigung in Richtung Intervention und Expeditionskriegszügen ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Europäische Sicherheitsstrategie.“ Ziel sind u. a. „Regionalkriege zur Verteidigung Europäischer Interessen“, deren Mission der „Stabilitätsexport zum Schutz der Handelswege und des freien Flusses von Rohstoffen.“ Führen können will man Kriege „von der gleichen oder sogar einer größeren Dimension als der Golfkrieges von 1990-1991“.

Das Headlinegoal 2010, das die EU-Staatschefs im Juni 2004 beschlossen haben, gibt exakte Meilensteine für die Erreichung dieser globalen Kriegsfähigkeit bis 2010 vor:

Ab 2004

- Einrichtung einer eigenen militärischer Planungszelle im Rahmen des EU-Militärstabes, um EU-Militäraktionen unabhängig von der NATO durchzuführen
- Einrichtung einer Rüstungsagentur, um militärische Großprojekte anzukurbeln und abzustimmen

Ab 2005

- Einrichtung einer strategischen EU-Militärtransport-Koordination
- Einrichtung eines Europäischen Lufttransportkommandos (EAC)

Ab 2007

Vollständige und globale Einsatzbereitschaft der superschnellen EU-„Schlachtgruppen“ (englisch: „battle-groups“), die innerhalb weniger Tage weltweit einsetzbar sein und den Boden für langfristige Besatzungsmissionen aufbereiten sollen.

Ab 2008

Verfügbarkeit eines maritimen Transportkommandos (inkl. Flugzeugträger) für weltweite EU-Militäroperationen

Ab 2010

Herstellung einer umfassenden Netzwerkkriegsführung unter Einbeziehung des Weltraum: „Geeignete Vernetzung aller Kommunikationsebenen, sowohl der terrestrischen als auch der im Weltraum stationierten“.

Die entsprechenden Rüstungsprogramme für Angriffskriege à la Jugoslawien, Afghanistan oder Irak laufen auf Hochtouren: Eurofighter, Transportflugzeug A400M, Kampfhubschrauber Tiger, Satellitennavigationssystem Galileo, neue Schlachtschiffe, Flugzeugträger und U-Boote, Marschflugkörper, präzisionsgesteuerte Munition, Raketenabwehrsysteme, usw. Bis 2010 will Frankreich auch sog. „Mini-Atombomben“ zum „präventiven“ Einsatz verwendungsfähig haben. Alleine die 20 größten Rüstungsprojekte, die derzeit in den EU-Staaten laufen, summieren sich von den Gesamtkosten auf rd. 550 Mrd. Euro, das entspricht dem jährlichen Sozialprodukt von Schweden, Finnland und Dänemark zusammengenommen. Genährt von diesen Großaufträgen boomt die Rüstungsindustrie. Der größte kontinentaleuropäische Rüstungskonzern EADS konnte seit 2002 seinen militärischen Auftragsbestand von 22 auf 50 Milliarden steigern.

(3) Finalität: Militärische Supermacht EU

Das Ziel dieses Prozesses wird in den „Denkfabriken“ hinter den Kullissen bereits offen formuliert: „Nur im Szenario Supermacht Europa wird das große Europa seinem objektiven Weltmachtpotential gerecht. ... der Aufbau der Vereinten Europäischen Strategischen Streitkräfte, die sich unter einem gemeinsamen europäischen Oberkommando des Atomwaffenpotenzials Frankreichs und Großbritanniens bedienen können, wird die internationale Rolle der EU verändern.“ Dann sei "Machtparität mit den USA" erreicht: „Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik.“ (aus dem Strategiepapier des Centrums für Angewandte Politikforschung (CAP) „Europas Zukunft, Mai 2003, <http://www.cap-lmu.de/transatlantic/topics/esdp.php>)

(4) Alternativen und Gegenmacht

Alternativen zu Krieg, Militarisierung und Blockbildung brauchen nicht neu erfunden werden. Sie gibt es auf allen Ebenen und müssen sich zur den Wurzeln vorarbeiten:

Konfliktverschärfung bekämpfen:

Das beginnt damit, dass wir den eigenen Machteliten entgegentreten müssen, wenn sie Öl ins Feuer der Konflikte gießen, um sich selbst die Legitimation für militärischen Eingreifen zu organisieren. Denn die Kriege der westlichen Großmächte funktionieren nach dem uralten Motto: „Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann überlaßt ihr ihn der Pein.“ (Goethe, "Wilhelm Meisters Lehrjahre") Letztlich sind es die Brandstifter diesseits und jenseits des Atlantiks, die sich selbst als Feuerwehr anrufen, um politische und ökonomische „Machtprojektion“ unter Deckmantel des „Antiterrorkampfes“ oder der „humanitären Intervention“ zu betreiben. Bei allen aktuellen Konfliktherden und Kriegen (Balkan, Afghanistan, Irak, Kongo, Palästina,...) sind es maßgeblich die Verstrickungen und Interessen der westlichen Großmächte selbst, die eskalierenden wirken.

Kooperative Konfliktlösungen fördern, die auf Vorbeugung, Ausgleich, Abrüstung und zivile Konfliktvermittlung statt militärischer Gewalt orientiert. Nicht die Militärmacht blöcke wie USA, NATO und EU sondern UNO und OSZE können dafür geeignete Foren sein. Doch auch diese Organisationen können nur dann eine friedenspolitisch bedeutende Rolle spielen, wenn sich die Kräfteverhältnisse auf internationaler Ebene nachhaltig zu Gunsten der Länder des Südens verschiebt und die Neubelebung einer Blockfreienbewegung gelingt. Neutrale und allianzfreie Staaten in Europa können in diesem Prozess eine wichtige Rolle spielen.

Globale Umverteilung von Reichtümern. Neben dem Schuldenerlass setzt das die Möglichkeit für die Länder des Südens voraus, eigenständige sozialökonomische Entwicklungswege zu gehen und über ihre Ressourcen verfügen zu können, statt – nicht zuletzt mit militärischer Gewalt(androhung) - in die Abhängigkeit von Weltmarkt und westlichen Konzernen gezwängt zu werden.

Das Problem ist nicht, dass es nicht eine Fülle von Alternativen gäbe, das Problem ist, wie es gelingen kann, ausreichend Gegenmacht zu entwickeln. Drei strategische Ansatzpunkte sehe ich für die Friedensbewegungen auf dem europäischen Kontinent:

Bedingungsloses Festhalten an einer internationalistischen Orientierung. Es gibt viele Versuche der EU-Machteliten, auch der Friedensbewegung die Bildung einer europäischen „Gegen-Supermacht“ zur US-amerikanischen schmackhaft zu machen. Das müssen wir entschieden zurückweisen. Je stärker die Rivalität zwischen USA und EU beim Kampf um die Aufteilung der globalen Einflussphären, desto größer sind die strukturellen Gemeinsamkeiten dieser Blöcke. Unsere Verbündeten sind die amerikanischen Friedensbewegungen und unsere gemeinsamen Gegner sind Bush, Schröder, Chirac, Blair und Co. Die Verhinderung der EU-Verfassung, der laufenden Aufrüstungsprogramme, der Aufstellung und des Einsatzes von EU-Interventionstruppen gehört daher zu unseren vordringlichen Aufgaben.

Wir brauchen den Schulterschluss zwischen Friedens-, Sozial-, globalisierungskritischen und Umweltbewegungen. Denn die strukturellen Wurzeln für Krieg und Gewalt liegen in der enormen Ungleichverteilung von Macht und Reichtum. Wir sehen, dass Aufrüstung und Krieg einerseits Sozialabbau, Privatisierung und Ressourcenraubbau andererseits zwei Seiten einer Medaille sind.

Wir dürfen nicht nur gegen die Inhalte der Herausbildung der europäischen Supermacht opponieren (Militarismus, Neoliberalismus), sondern auch gegen deren Formen (Zentralisierung und Hierarchisierung). Beide Prozesse können nicht voneinander entkoppelt werden. Die Verteidigung und Weiterentwicklung friedenspolitischer Errungenschaften auf nationaler Ebene (Neutralität, Paktfreiheit, Angriffsverbot) muss gegen die Zentralisierung der Sicherheits- und Rüstungspolitik (und der dazugehörigen Apparate) auf der imperialen Ebene verteidigt werden. Denn sie sind ein wichtiger Ansatzpunkt für die Schaffung eines vielfältigen Europas, das auf Solidarität und Gleichberechtigung beruht. Je mehr Länder und Wirtschaftskraft aus dem Prozess der Formierung der militärischen Supermacht herausgebrochen werden können, desto eher hat eine weltoffene Alternative zum „Europa der Konzerne und Generäle“ eine Chance. In Österreich dient das Friedensvolksbegehren diesem Ziel.

Gerald Oberansmayr, Linz, Werkstatt für Frieden und Solidarität, trug diese Thesen auf der alternativen Friedenskonferenz in München am 11. Februar 2005 im Saal des Alten Rathauses vor. Diese Konferenz war als Gegenveranstaltung zur Münchner "Sicherheitskonferenz" (früher: "Wehrkundetagung") von der Friedensbewegung veranstaltet worden.

Literaturhinweis:

Gerald Oberansmayr: Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union
Wien: Promedia 2004, 144 Seiten, 9,90 Euro
e-mail: friwe@servus.at

Kundgebung Mittwoch, 11. Mai 2005, 9 Uhr Dr. Karl Lueger-Ring (Nähe Universität), Wien
Ja zur Neutralität! Nein zur EU-Verfassung! Volksabstimmung!
<http://www.friedensvolksbegehren.at/>

Europa: Nein zu diesem EU-Verfassungsvertrag; Ja zu einem sozialen, demokratischen und friedlichen Europa

Europa ist in schlechter Verfassung. Die jüngsten anti-sozialen Zumutungen von Seiten der EU-Kommission und des EU-Rates sprechen eine deutliche Sprache. So die Bolkestein-Richtlinie, mit der die Dienstleistungsmärkte in der EU total liberalisiert, oder die Arbeitszeitrichtlinie, mit der europaweit Arbeitszeitverlängerung auf den Weg gebracht werden sollen. Begleitet wird dies von einer andauernden Aufrüstung der EU-Mitgliedstaaten hin zu einer weltweiten Kriegsführungsfähigkeit. Der Verfassungsvertrag soll, wenn es nach dem Willen der Staats- und Regierungschef der EU geht, die Grundlage für die Politik in Europa in den nächsten Jahrzehnten bilden.

Jetzt hat in den einzelnen Staaten der Ratifikationsprozess begonnen.

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner, wenden uns gegen die Ratifizierung dieses Verfassungsvertrags.

Denn mit diesem Vertrag wird kein soziales, friedliches und demokratisches Europa gefördert.

Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch wird die Europäische Union auf eine neoliberale Ausrichtung festgelegt, weil die Wirtschafts- und Währungspolitik der EU auf den "Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" (III-177, III-178) und weltweiten Freihandel (III, 314) verpflichtet wird. Die Beschäftigungs- und Sozialpolitik wird den "Grundzügen der Wirtschaftspolitik" untergeordnet (III-206, 179), die geprägt sind durch die einseitige Orientierung auf das "vorrangige" Ziel der "Preisstabilität" (I-3, I-30, III-177, 185) und durch den in Verfassungsrang erhobenen "Stabilitätspakt" (III-184). Generell werden soziale Belange der Wettbewerbspolitik untergeordnet. Die Etablierung der Marktfreiheiten (III, 130), eines Eigentumsrechts ohne soziale Bindungen (II,77) und die Verfolgung einer der internationalen Wettbewerbsfähigkeit dienenden Stabilitätspolitik (u.a. III 185) haben Vorrang vor anderen Politikzielen.

Mit diesem Vertrag wird kein friedensfähiges Europa ermöglicht

- weil mit ihm die Militarisierung der Europäischen Union, bis hin zur globalen Kriegsführungsfähigkeit vorangetrieben wird (I-41, 1 und III-309) und Aufrüstung Verfassungsrang erhält: "Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" (Art. I-41 Abs. 3);

- eine Rüstungsagentur, die "Agentur für die Bereiche Entwicklung der Verteidigungsfähigkeiten, Forschung, Beschaffung und Rüstung" verfassungsvertraglich festgeschrieben wird, die die Aufrüstung der Mitgliedstaaten überwachen und zudem "zweckdienliche Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors" durchsetzen soll (III-311);

- eine Verpflichtung auf die UN-Charta als Ganzes nicht vorge-sehen ist und somit auch Militärinterventionen, die nicht UN-mandatiert durchgeführt werden, vom EU-Verfassungsvertrag gedeckt sind.

Mit diesem Vertrag werden die sozialen Grundrechte nicht gestärkt

- weil die sozialen und gewerkschaftlichen Grundrechte in der EU-Grundrechtecharta durch beigefügte Erläuterungen ausgehöhlt und praktisch ihrer Wirksamkeit beraubt werden (II-112, 7, Erklärung Nr. 12). Zwar ist ein sozialer Dialog zwischen den Tarifparteien vorgesehen (I 48; III 211). Doch werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern keine Mitbestimmungs-rechte eingeräumt (II 87) Die Verfassungsartikel über eine repräsentative und partizipative Demokratie (I 46; I 47) können daher nur schwer mit Leben gefüllt werden. Besonders hervorzuheben ist, dass den europäischen Bürgerinnen und Bürgern anstelle eines "Rechts auf Arbeit" nur das "Recht zu arbeiten" gewährt (II-75) wird.

Mit diesem Vertrag wird kein demokratisches Europa geschaffen:

- weil das Demokratiedefizit bestehen bleibt. Das Europäische Parlament erhält nicht einmal die gleichen gesetzgeberischen Befugnisse wie der Ministerrat. Das parlamentarische Grund-recht auf eigene Gesetzesinitiativen bleibt den Abgeordneten weiterhin vorenthalten. Das Parlament hat in vielen und entscheidenden Bereichen lediglich ein Anhörungsrecht (III 173; III 304) und kann die EU-Kommission lediglich auffordern, „geeignete Vorschläge zu Fragen vorzulegen, die nach seiner Auffassung die Ausarbeitung eines Rechtsakts der Union zur Anwendung der Verfassung erfordern“ (Art. III-332). Die Wahl des Kommissionspräsidenten obliegt zwar den Abge-ordneten, beschränkt sich aber auf Bestätigung oder Ablehnung eines einzigen, vom Europäischen Rat vorgeschlagenen Kandidaten (Art. I-27). In der Außen- und Sicherheitspolitik werden die Entscheidungen vom Europäischen Rat, Ministerrat und vom EU Außenminister getroffen. Das Europaparlament wird lediglich „regelmäßig gehört“ und über die „Entwicklung auf dem Laufenden gehalten“ (Art. I-40). Es gibt keine Möglichkeit der Individualklage vor dem Europäischen Gerichtshof in den Bereichen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und in der Innen- und Rechtspolitik (Art. III-376 und III-377). Dem Parlament werden wesentliche parlamentarische Rechte weiterhin vorenthalten.

Mit diesem Vertrag entsteht keine zukunfts offene Verfassung der EU

Es wäre für die demokratische Entwicklung in Europa fatal, wenn diese Verfassung angenommen würde. Sie ist weder zukunfts offen noch zukunfts-fähig. Eine Verfassung muss Raum für politische Alternativen offen halten. Dies geschieht im vor-liegenden Verfassungsvertrag nicht. Im Gegenteil: dieser Raum wird geschlossen. Eine Änderung des Verfassungsvertrages ist nur möglich, wenn alle Mitgliedstaaten der EU einem neuen Vertrag zustimmen und ihn ratifizieren (IV-443), keineswegs per Bürgerbegehren (I-47). In wenigen Jahren wird die EU 30 und mehr Mitgliedstaaten haben. Vor diesem Hintergrund ist die Annahme einer möglichen Änderung des Verfassungsvertrages wirklichkeitsfremd.

Um zu verhindern, dass dieser Vertrag in Kraft tritt, unterstützen wir die öffentliche Kampagne, die die Bevölkerungen über die Inhalte dieses Vertrages aufklärt. Die einseitigen Informationskampagnen der Regierungen um eine *JA-zum-Verfassungs-vertrag-Stimmung* zu erzeugen und die den Charakter von Propagandafeldzügen tragen, müssen eingestellt werden. Die dafür bereitgestellten Mittel sollten zur ausgewogenen Information von Bürgerinnen und Bürgern bereitgestellt werden.

Wir rufen die Abgeordneten in den Parlamenten jener Länder, in denen die Ratifizierung per Parlamentsvotum erfolgen soll, auf, gegen den EU-Verfassungsvertrag zu stimmen.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger, die per Referendum über den Verfassungsvertrag abstimmen können auf, den Vertrag abzulehnen.

Nein zu diesem Verfassungsvertrag! Ja zu einem sozialen, friedensfähigen und demokratischen Europa!

Francis Wurtz

Weder demokratisch, noch sozial, noch friedlich – der Entwurf der EU-Verfassung

Francis Wurtz ist Vorsitzender der Fraktion, »Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke« (GUE/NGL) im Europaparlament: Wir veröffentlichen seine Rede auf der Tagung „Europas Zukunft im Licht der Verfassung. Tagung der Initiative für einen Politikwechsel am 26. Februar 2005 im Gewerkschaftshaus Frankfurt am Main“

Zunächst möchte ich Horst Schmitthenner und den Organisatoren dieser Beratung danken, dass sie mich in ihre Initiative einbezogen haben. Das ist mir sehr wichtig, denn ich halte das Eingreifen von Gewerkschaftern in die Diskussion über den Entwurf der Europäischen Verfassung für äußerst bedeutsam.

Erst kürzlich hatte ich eine Diskussion mit Eisenbahngewerkschaftern über den Entwurf der neuen Richtlinie der EU, die auf eine Liberalisierung in diesem Bereich hinauslaufen. Wenn ihre politische Einstellung auch verschieden war, so äußerten sich doch alle gegen diese Liberalisierung. Gemeinsam haben wir darüber gesprochen, welche neue Schlacht sich hier anbahnt. Zum Schluss habe ich ihnen gesagt: Ihr werdet euch wieder alle Mühe geben, um hier und da eine teilweise Rücknahme der geplanten Maßnahmen, eine Ausnahmeregelung oder einen Aufschub zu erreichen. Aber im Grunde wissen wir alle, dass wir verlieren werden. Weshalb? Einfach deswegen, weil die Richtlinien und Strukturen des gültigen Europa-Vertrages so sind, wie sie sind und weil deshalb das neoliberale Modell durchgesetzt werden wird. Um das verhindern zu können bräuchte man zumindest eine Mobilisierung wie im Mai 1968 in ganz Europa! Genau aus diesem Grunde kämpfe ich für ein Nein zum Entwurf der Europäischen Verfassung. Nicht weil ich gegen Europa bin, sondern weil ich will, dass die Debatte über alle diese "Richtlinien" und "Strukturen", die uns mit immer größerer Gewalt in das neoliberale Modell zwingen sollen, neu aufgerollt wird. Um endlich den Europäern das Wort zu der Frage zu geben, was wir in Europa gemeinsam aufbauen wollen.

Zu meiner großen Überraschung war einer der anwesenden Gewerkschafter, der sich gewöhnlich jede "Einmischung" der Politik in Gewerkschaftsangelegenheiten verbittet, von meiner "Enthüllung" stark berührt. Zweifellos wird er seine täglichen Erfahrungen als Gewerkschafter künftig viel direkter in die Diskussion über die europäische Verfassung einbringen.

Diese Szene sagt viel darüber aus, wie viel Information, politische Aufklärung und Erläuterung wir im Hinblick auf den Verfassungsentwurf noch zu leisten haben – insbesondere in den sozialen Bewegungen. **Wir müssen uns von der vereinfachten Fragestellung "Für oder gegen Europa?" lösen und endlich über den Inhalt des Projekts Europa reden.**

Einer der Schwerpunkte dieser Arbeit sollte nach meiner Meinung die Frage sein, was es mit den "Richtlinien" und "Strukturen" auf sich hat, die jetzt schrittweise durchgesetzt werden und das neoliberale Modell ausmachen, das die Verfassung für unantastbar erklären soll.

Die wirkliche historische Wende hat Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre stattgefunden. Das Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt war im Umbruch begriffen, die neoliberale Globalisierung explodierte geradezu. Zu dieser Zeit trat der **Vertrag über die "Europäische Einheitsakte" in Kraft. Er ist die eigentliche Geburtsurkunde des neoliberalen Europas.**

1990 wurde der "freie Fluss des Kapitals" eingeführt, für den jede Einschränkung verboten ist. Das war die direkte Aufforderung an die Besitzer des Kapitals, dieses allein nach ihren Interessen um den Erdball wandern zu lassen. Beschäftigte aus Ländern mit hohen sozialen Standards wurden in den Wettbewerb mit Arbeitskräften aus Ländern gezwungen, wo es solche nicht gibt. Die ausufernden "Betriebsverlagerungen", der erpresserische Druck auf die Beschäftigten, sich mit Lohnsenkungen oder Arbeitszeitverlängerungen abzufinden, haben ihre Wurzeln in dieser "Richtlinie".

Derselbe Vertrag läutete auch das Ende der "öffentlichen Monopole" in den Bereichen ein, die bisher aus gutem Grund für zu wichtig für den sozialen Zusammenhang und den gleichen Zugang zu den Grundrechten galten, um sie der freien Konkurrenz auszusetzen. Das sind Verkehr, Energie, Post und Telekommunikation. Seit Anfang der 90er Jahre hat man alle diese Bereiche nach und nach für die Konkurrenz freigegeben. Natürlich können die historischen Einrichtungen in öffentlicher Hand bleiben, aber nur, wenn sie wie Privatunternehmen geführt werden!

Die Folge ist, dass die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen nicht mehr das erste, sondern das letzte Anliegen der Unternehmensführungen ist. Sie haben sich in den Wirtschaftskrieg gegen ihre Konkurrenten gestürzt. Die finanziellen Ergebnisse rangieren jetzt weit vor ihren sozialen Pflichten. Sie schweben weit über den so genannten "nichtproduktiven" Ausgaben sowohl was die Beschäftigten als auch was die Kunden betrifft. In Frankreich werden über 6.000 Postämter geschlossen. "France Telecom" hat im Jahre 2004 6.000 Arbeitsplätze abgebaut. 2005 werden noch einmal 5.500 folgen. Die französische Elektrizitätsgesellschaft EDF wird privatisiert. Sie ruiniert sich geradezu, um einen italienischen Konkurrenten aufzukaufen, der als Gegenleistung ein französisches Atomkraftwerk fordert. Die Preise steigen, aber die Qualität der Dienstleistungen sinkt. Von den katastrophalen Erfahrungen, die andere Länder wie Großbritannien inzwischen auf diesem Gebiet gemacht haben, will ich gar nicht reden. Die schwedische Regierung räumt ein, dass die Preise für die liberalisierten Postdienste seit 1996 geradezu explodiert sind. Nachdem man die Strompreise für den Wettbewerb freigegeben hat, sind sie um 65 Prozent gestiegen! Ein unabhängiger Analytiker bringt es auf den Punkt: "Die Betreiber verdienen wie nie zuvor!" ("Le Figaro", 5.11.2004)

1992 kam zu diesen Richtlinien der Liberalisierung der Maastrichter Vertrag hinzu. Nun steuert die Europäische Zentralbank die Einheitswährung. Der Vertrag hat ihr die Mission zugewiesen, Europa für die Finanzmärkte so attraktiv wie möglich zu machen. Eine soziale Mission hat sie nicht: Das Wort "Beschäftigung" kommt in ihrem Mandat gar nicht vor. Sie ist schlimmer als die Zentralbank der USA!

Was tut die EZB, um Euroland für die Finanzmärkte "attraktiv" zu machen? Ihr Präsident Jean-Claude Trichet kommentiert die

Vereinbarung zwischen Siemens und der IG Metall, zur 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich zurückzukehren, so: "Was zu größerer Flexibilität und höherer Produktivität beiträgt, geht in die richtige Richtung." ("Le Monde", 3.7.2004) Die EZB nutzt ihre Macht, um die öffentlichen Ausgaben maximal zu senken, die Lohnkosten weiter zu drücken, liberalen "Strukturreformen" bei Renten, bei der Krankenversicherung und am Arbeitsmarkt durchzupeitschen... Hartz IV lässt grüßen!

Alle diese nach und nach beschlossenen Richtlinien und die Strukturen, die zu ihrer Durchsetzung aufgebaut wurden, haben ein neoliberales Modell geformt, das dem Kernsatz von Maastricht entspricht: dem "Prinzip einer offenen Marktwirtschaft mit freier Konkurrenz". **Damit ist die Tür zum "absoluten Markt" aufgestoßen, für den die soziale Frage nur noch ein Hindernis ist, das man so weit aus dem Wege räumen muss, wie das Kräfteverhältnis es erlaubt.** Aus dieser Sicht ist jede Öffnung Europas zu Niedriglohnländern (und das sind 80 Prozent des Erdballs) eine Quelle neuer Destabilisierung. Statt zur Einigung unseres Kontinents beizutragen, wirkt die **Osterweiterung** unter diesen Umständen wie ein Beschleuniger der Konkurrenz zwischen den Völkern. Gleiches gilt auch für die Öffnung zu den Ländern des Südens. **Sie wird zu einem Mechanismus der Konfrontation und nicht der Annäherung der Völker. Die "absolute Konkurrenz" tötet jeden Gedanken an Zusammenarbeit. Ein Abstieg voller Gefahren für das Soziale, für die Demokratie und für das Zusammenleben der Völker.**

Alle diese Richtlinien und Strukturen finden sich komplett im Entwurf der europäischen Verfassung wieder. Damit wird diese Tendenz nicht nur in einem "Grundgesetz" in Stein gehauen. Sie wird sogar weiter verschärft. So wurde zu Artikel 314 die "schrittweise Abschaffung der Restriktionen für direkte Auslandsinvestitionen" hinzugefügt. Damit sind wir wieder beim "Multilateralen Investitionsabkommen" (MAI) angelangt, das 1998 scheiterte, als sich Frankreich im Gefolge einer mächtigen Protestbewegung davon zurückgezogen hatte.

Wie hat sich ein solches Modell über die Jahre durchsetzen können, ohne dass es andere Reaktionen gab als nur eine schrumpfende Beteiligung an den Europawahlen, die 2004 ihren Höhepunkt erreicht hat? Der Grund ist der, dass parallel zum Vormarsch des Neoliberalismus ein System errichtet worden ist, das die wichtigsten Entscheidungszentren der EU vor dem Druck der Völker und dem Eingreifen der Bürger schützen soll.

So untersagen es die Verträge z.B. jeder öffentlichen Instanz, der EZB - die letztlich über die Verwendung des Geldes in der Eurozone entscheidet-. Ebenso hat die EU-Kommission im Schlüsselbereich der staatlichen Wettbewerbs- und Subventionspolitik alle Vollmachten: Sie braucht in diesen Bereich weder die Regierungen noch das Europäische Parlament um ihre Meinung zu fragen. Was die Haushaltspolitik der Staaten betrifft, so wurde der Stabilitätspakt als eine Art automatischer Mechanismus angesehen. Als er eingeführt wurde, konnten sich die wichtigsten Regierungen nicht vorstellen, dass er sich einmal gegen sie selbst wenden könnte. Damals wollte man den Regierungen die Hände binden, die verdächtig waren, dass sie vielleicht dem Druck ihrer Völker nachgeben könnten. Ähnliches ist auch zur Politik der EU innerhalb der Welthandelsorganisation und anderer ähnlicher Gremien zu sagen.

All das hat man sich ausgedacht, um die berüchtigten

Richtlinien und Strukturen des neoliberalen Modells komplett vor dem Druck der Völker abzuschotten. Die Politiker, die darauf setzen, dass die Bürger angesichts der harten Tatsachen, auf die sie keinen Einfluss haben, resigniert die Arme sinken lassen, wollen auf diese Weise jedes politische Eingreifen ausschalten, um für die "Gesetze des Marktes" freie Bahn zu schaffen. Mit der Verfassung soll diese zutiefst demokratiefeindliche Entscheidung für alle Zeiten festgeschrieben werden. **Wenn das Ja die Oberhand gewinnt, dann gerät Europa, davon bin ich tief überzeugt, früher oder später in eine schwere politische Krise.** Wenn die Menschen erkennen, dass die Spirale des Neoliberalismus sich immer schneller dreht und alle Auswege für eine andere Politik versperrt sind, dann wird es Revolten geben. Die müssen aber leider nicht unbedingt in eine progressive Richtung gehen. **In einer Reihe von Ländern liegen Populisten oder extreme Rechte auf der Lauer.** Die nächsten Wahlen in Polen könnten uns dafür schon einen Vorgeschmack geben.

Daher wünsche ich mir für eine positive Vision von Europa, dass das Nein dort am stärksten ist, wo es den Wunsch nach sozialer Sicherheit, Demokratie und Frieden zum Ausdruck bringt. Für Frankreich schließe ich einen möglichen Sieg des Nein in diesem Sinne nicht aus. Die sozialen Bewegungen sind gerade dabei, sich hier stark zu engagieren.

Damit diese Vorstellung aufgehen kann, **müssen allerdings noch einige große Hindernisse überwunden werden. Ich will hier nur drei nennen:**

Das erste besteht darin, dass man den Verfassungsentwurf angeblich als einen neutralen Text ansehen sollte, der ganz unterschiedlich angewandt werden könnte entweder für eine liberale oder für eine soziale Politik. Die Politik der Regierungen sei eine Sache, so heißt es, der Inhalt des Verfassungsentwurfs etwas ganz anderes. Zwischen beiden bestehe kein Zusammenhang. Die Dinge so zu sehen, heißt, die Diskussion über die Verfassung völlig von den sozialen und politischen Erfahrungen abzukoppeln, die die Menschen in ihrem täglichen Leben machen. Aber die Politik von Raffarin und von dem Kanzler zum Beispiel sind doch sehr ähnlich! und es ist noch gar nicht so lange her, da wurden 11 von 15 Regierungen europäischer Staaten von Sozialdemokraten geführt, ohne dass sich an diesem Trend zum Neoliberalismus etwas geändert hat. In der Tat haben sich die aufeinander folgenden Politiker Europas auf eine Vision von unserem Kontinent geeinigt, der von den Kräften des Marktes beherrscht wird.

Diese Vision ist durch immer zwingendere Orientierungen und Strukturen umgesetzt worden. Die Verfassung soll nun auf Dauer das Grundgesetz dieses Europas sein. Daher ist es entscheidend, von den allgemeinen Diskussionen über Europa weg zu kommen und über den Inhalt der Politik zu sprechen, die im Namen Europas betrieben wird.

Ein zweites Hindernis sind die Illusionen, die um die Grundrechte-Charta gesponnen werden. Manch einer stellt sie als ein Mittel hin, mit dem der neoliberale Inhalt der übrigen Teile des Dokuments sozial abgedefert werden soll. Von dem sehr vagen, zurückhaltenden oder gar strittigen Inhalt der Bestimmungen der Charta einmal abgesehen, möchte ich auf zwei Dinge hinweisen: Zunächst heißt es in Art. 111 der Verfassung: "Diese Charta dehnt den Geltungsbereich des Unionsrechts nicht über die Zuständigkeiten der Union hinaus aus und begründet weder neue Zuständigkeiten noch neue Aufgaben für die Union, noch ändert die in den anderen Teilen der Verfassung festgelegten Zuständigkeiten und Aufgaben."

Wozu ist die Charta der Grundrechte dann überhaupt nützlich? Auf jeden Fall nicht dafür, den Trend zum Neoliberalismus, der den ganzen übrigen Teil der Verfassung durchzieht, abzufedern. Im Gegenteil. In der Präambel der Charta ist zu lesen: "Die Auslegung der Charta (erfolgt) durch die Gerichte der Union und der Mitgliedstaaten unter gebührender Berücksichtigung der Erläuterungen, die unter der Leitung des Präsidiums des Konvents zur Ausarbeitung der Charta formuliert und unter der Verantwortung des Präsidiums des Europäischen Konvents aktualisiert wurden."

Was besagen diese "Erläuterungen des Präsidiums", und sind sie den Bürgern bekannt, die die Grundrechte-Charta lesen?

In mindestens zehn Fällen sagen diese Erläuterungen genau das Gegenteil von dem aus, was man versteht, wenn man den entsprechenden Artikel liest. Hier nur einige Beispiele:

Artikel 81: Nichtdiskriminierung

"Diskriminierungen insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung... sind verboten."

Dazu die "Erläuterung": "In diesem (Artikel) wird weder eine Zuständigkeit zum Erlass von Antidiskriminierungsgesetzen in diesen Bereichen des Handelns von Mitgliedstaaten oder Privatpersonen geschaffen noch ein umfassendes Diskriminierungsverbot in diesen Bereichen festgelegt ...!" (Tatsächlich betrifft dieser Artikel nicht die Institutionen der Union und die Anwendung des Unionsrechts.)

Artikel 94: Soziale Sicherheit und soziale Unterstützung

"Die Union anerkennt und achtet das Recht auf Zugang zu den Leistungen der sozialen Sicherheit und zu den sozialen Diensten, die in Fällen wie Mutterschaft, Krankheit, Arbeitsunfall, Pflegebedürftigkeit oder im Alter ... Schutz gewährleisten."

"Erläuterung": "Durch den Hinweis auf die sozialen Dienste sollen die Fälle erfasst werden, in denen derartige Dienste eingerichtet wurden, um bestimmte Leistungen sicherzustellen; dies bedeutet aber keineswegs, dass solche Dienste eingerichtet werden müssen, wo sie nicht bestehen."

Ähnliche Manipulationen, die dem Leser einen viel großzügigeren Eindruck von den Artikeln der Grundrechte-Charta vermitteln, als sie in den "Erläuterungen des Präsidiums" dann präzisiert werden, sind auch bei solchen Fragen zu finden wie dem Streikrecht, der öffentlichen Daseinsfürsorge, der Todesstrafe usw.

Kennen die Bürger, die den Text der Charta lesen, diese "Erläuterungen"? Absolut nicht. Im Verfassungstext nach den betreffenden Artikeln findet man sie nicht. Sie sind in einer obskuren, beige-farbenen "Erklärung Nr. 12" enthalten, die 300 Seiten weiter hinten nach zahlreichen Protokollen allein in Ausgaben für Spezialisten zu finden ist.

Diese in demokratischer Hinsicht unsägliche Methode wirft ein Schlaglicht auf die Rolle, die der Grundrechte-Charta von den Schöpfern des Verfassungsentwurfs zugewiesen wird: Sie soll die Aufmerksamkeit der Leser auf diesen Teil lenken, der auf den ersten Blick attraktiv und leicht verständlich erscheint.

Damit will man von anderen Teilen des Textes ablenken, die von entscheidender Bedeutung sind, aber den Europäern nach Inhalt und Form viel schwerer "verkauft" werden können.

Das dritte Hindernis ist ein Erpressungsmanöver. Für den Fall, dass das Nein obsiegen sollte, malt man das Chaos an die Wand. Ich habe bereits von dem Risiko gesprochen, dass es im Falle eines Sieges des Ja früher oder später zu einer schweren politischen Krise kommen kann, denn damit wird ein Trend zum Neoliberalismus als Grundgesetz festgeschrieben, der in unseren verschiedenen Gesellschaften immer weniger Akzeptanz findet und eines Tages überhaupt nicht mehr akzeptiert werden wird. Aber alle politischen Hauptkräfte und alle großen Institutionen setzen sich für das Ja ein. Die Verfassung wird die Tür für wirkliche Alternativen zuschlagen. Wie wird sich dann die absehbare Welle der Unzufriedenheit Luft verschaffen?

In Frankreich sieht man gegenwärtig sehr deutlich an der Bolkestein-Richtlinie, wohin sich Europa entwickeln kann, wenn das Ja durchkommt. Kurz vor dem Referendum über die Verfassung spricht sich jetzt jedermann dagegen aus. Selbst die Rechtsregierung, die vor einem Jahr ihre totale Unterstützung für dieses Dokument ausgedrückt hatte, das damals der Öffentlichkeit noch weithin unbekannt war. Auch die französischen Sozialisten wenden sich heute vehement dagegen. Kein Wort war aber von ihnen zu hören seit die Prodi-Kommission diese Richtlinie vor 13 Monaten angenommen hatte, doch, war die Sozialistische Partei Europas in der EU-Kommission unter Prodi noch wesentlich stärker vertreten war als in der gegenwärtigen Kommission unter Barroso. Alle verfallen in Panik, weil sie plötzlich eine Strömung gegen den Neoliberalismus aufkommen sehen, die unaufhaltsam werden könnte. Was wird dann erst morgen sein, wenn die Verfassung jede echte Alternative blockiert?

Dagegen könnte der Sieg eines Nein, das offen für eine Alternative ist, eines pro-europäischen Nein die Möglichkeit eröffnen, dass in Europa eine breite pluralistische Debatte über die Frage beginnt: Was muss sich in dieser

Europäischen Union ändern? Welche Prioritäten müssen in dieser EU gesetzt werden? Wer soll in der EU das letzte Wort haben - die gewählten Institutionen oder der "Markt"? Was soll der Sinn dieses Europas sein: ein fortschrittliches Sozialmodell in Zeiten der Globalisierung zu verteidigen oder zum attraktivsten Gebiet für Kapitalanlagen zu werden? Welche Rolle soll Europa in der Welt spielen: eine "Sicherheits- und Verteidigungspolitik entwickeln, die mit der im Rahmen der NATO festgelegten Politik vereinbar ist" (Artikel 41 des Verfassungsentwurfs) oder ihr Gewicht einsetzen, um anderen internationalen Regeln zum Durchbruch zu verhelfen als denen, die uns die Supermacht USA aufzwingen will?

Die Europäer hatten bisher nie die Chance, eine solche Debatte zu führen. Wenn ein progressives, europäisches Nein durchkommt, könnte es dafür Aussichten geben. Die Europäer wären dann aufgerufen, gemeinsam eine Union zu konzipieren, in der sie sich wiedererkennen und für die sie sich engagieren können. Das wäre im Grunde eine Debatte über den Fortschritt der menschlichen Zivilisation.

Aus: Europas Zukunft im Licht der Verfassung. Tagung der Initiative für einen Politikwechsel am 26. Februar 2005 im Gewerkschaftshaus Frankfurt am Main - Reader, S. 2-6

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Europa/wurtz.html>

Hardy Krampertz

Diskurs der Fülle gegen Ideologie des Mangels

Ein großer Teil dieser „Sand im Getriebe“-Ausgabe ist der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen gewidmet. Grund, dies als Schwerpunkt aufzunehmen, ist der Wunsch nach Beförderung der Diskussion um ein Grundeinkommen innerhalb und auch außerhalb von Attac und damit verbunden das Vorstellen einiger von Werner Rätz, Johannes G. Beisiegel und mir ausgewählter Erklärungsansätze für ein Grundeinkommen. Innerhalb von Attac gibt es in Teilen der Mitgliedschaft eine große Sympathie für diese Forderung, besonders bei Aktiven des „Genugfueralle“-Schwerpunktes. Bisher ist die Debatte um das Grundeinkommen innerhalb von Attac aber auch noch nicht breit geführt worden und es ist auch nicht unumstritten. Mit dieser Zusammenstellung soll ein Einstieg in eine breite Diskussion gegeben werden, die dann auch auf dem Ratschlag in Mannheim, auf der Sommerakademie, dem Sozialforum in Deutschland und auf einem Kongress zum Grundeinkommen im Herbst in Wien fortgesetzt wird.

Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ist nicht neu. Sie wurde von den Grünen in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts geführt und ist darüber hinaus auch schon in Ansätzen Bestandteil verschiedener Gesellschaftsmodelle gewesen, wie sie im 19. Jahrhundert beispielsweise von Vertretern des so genannten Frühsozialismus diskutiert wurden. Ernsthaft realpolitische Versuche ein Grundeinkommen in einer industrialisierten Gesellschaft einzuführen, hat es bisher nicht gegeben.

In den letzten Jahren dagegen hat die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen an Dynamik gewonnen. Diese Dynamik ist nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass das Modell vom absichernden Sozialstaat ebenso gescheitert ist wie die Vorstellung, dass das Wachstum der Wirtschaft die Bedürfnisse der Menschen nach einem Auskommen, das ihnen ein gesichertes Leben und die Teilhabe an der Gesellschaft gewährleistet, auch in Ansätzen nicht mehr ermöglicht. Arbeit, die ein gesichertes Einkommen garantiert, ist als Möglichkeit den Lebensunterhalt zu bestreiten für einen großen Teil der Menschheit nicht mehr ausreichend vorhanden und wird es auch nicht mehr sein, auch wenn Politiker und Vertreter der Wirtschaft das Gegenteil behaupten. Sie führen den Diskurs des Mangels. Die Kassen sind leer, die Gürtel müssen enger geschnallt werden und die Menschen müssen in der Armut nun endlich ihre Selbstbestimmung finden. Diesem ideologischen Diskurs der neoliberalen Akteure, der lediglich die Verwaltung des Mangels als Perspektive dem Großteil der Menschheit lässt, setzen immer mehr Menschen und Gruppen in Deutschland, in Europa und in vielen Teilen der Welt mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen den Diskurs der Fülle entgegen. Es ist die Bereitschaft zur zentralen ideologischen Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus: *Diskurs der Fülle gegen die Ideologie des Mangels.*

In den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts sahen sich Politiker der Bundesrepublik, einem der am weitesten fortgeschrittenen industrialisierten Länder dieser Erde, nicht genötigt einen Armutsbericht zu erstellen, obwohl dies auch schon früher hätte erfolgen können. Dies hat sich geändert. Aktuell liegt nun nach 2000 der „2. Armuts- und Reichtums-

bericht der Bundesregierung“ vor. Der Bericht „Lebenslagen in Deutschland“ liest sich zwar wie eine Regierungserklärung und hebt die Segnungen der rotgrünen Bundesregierung als Politik der Armutsverhinderung hervor, dennoch wird deutlich: Armut als bittere Realität ist in der Bundesrepublik angekommen. Es soll nicht verschwiegen werden, dass Armut ein relativer Begriff ist. Armut in Deutschland ist eine andere Armut als in Ländern der Dritten Welt. Ausgeschlossen vom gesellschaftlichen Reichtum und von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben werden hingegen alle armen Menschen. Aber nicht nur Armut ergreift immer mehr Menschen in Deutschland, sondern auch der Reichtum einiger weniger steigt und dies überproportional. Die Kluft zwischen Armut und Reichtum reißt immer weiter auseinander. Die privaten Haushalte verfügten nach diesem Bericht im Jahre 2003 über 5 Billionen € im Durchschnitt sind dies pro Haushalt 133 000 €

In ihrem lesenwerten Buch „Die Globalisierungsfalle“ haben Schumann/Martin eine 20:80 Gesellschaft diskutiert. „20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung würden im kommenden Jahrhundert ausreichen, um die Weltwirtschaft in Schwung zu halten.“ (12) Dies ist nicht etwa eine böswillige Einschätzung von Globalisierungskritikern, nein, dies ist eine Einschätzung von Professoren und Managern anlässlich einer Konferenz in den USA 1995. Lediglich 20 Prozent aller Arbeit suchenden Menschen werden zur Warenproduktion ausreichen und zur Erstellung hochwertiger Dienstleistungen. Sie werden am aktiven Leben teilnehmen, sie werden konsumieren und sie werden den gesellschaftlichen Reichtum verbrauchen. Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass die Zahl 20 Prozent auch 30 oder 40 lauten kann, aber eines ist auch heute schon deutlich: Arbeit ist nicht mehr für alle, die Arbeiten wollen, vorhanden. Aber auch Arbeit, von der Mensch leben kann, nimmt immer mehr ab. Die Herrichtung des weltweiten Arbeitsmarktes zur Profitmaximierung der Global Player, der multinationalen Konzerne und der Börsenspekulanten ist in vollem Gange. Den verbleibenden 80 Prozent wird eine Existenz jenseits der gesellschaftlichen Teilhabe am Reichtum angeboten, sie sollen sich für billigste Löhne verdingen. Billigtlöhne zum Wohle des Kapitals. Für die Zukunft wird Armut auf der einen und unendlicher Reichtum auf der anderen Seite angeboten.

Die auf Privateigentum basierende kapitalistische Warenproduktion und ihre heutigen neoliberalen Gralshüter jeglicher Couleur haben sich nie als Wohltäter der Menschheit verstanden, obwohl der produzierte materielle Reichtum ausreicht, den Menschen dieser Erde ein Leben in Würde zu ermöglichen. Auch die jetzt geschleiften Sozialstaaten waren kein Wohlfahrtsprodukt der Mächtigen, sondern Ergebnis von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und von internationalen Konstellationen (Ost/Westkonflikt) in der Nachkriegsära. Die Anarchie der kapitalistischen Produktion verlangt geradezu die Vernichtung des Konkurrenten zum Wohle des eigenen Unternehmens und die maximale Steigerung der Profite. Dies wurde schon immer mit allen Mitteln versucht. Die Verwertung des Kapitals wird für die Konzerne zunehmend schwieriger, daher steigt ihre Lust, die Gewinne durch Auspressen der arbeitenden Bevölkerung, durch Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen zu erhöhen. Die Deutsche Bank hat eine

Rendite von ca. 20 Prozent erreicht. Dies reicht nicht: 25 Prozent sind nun das Ziel; dafür müssen dann eben 1600 Mitarbeiter entlassen werden. Moralische Appelle wie von Seiten der Politiker sind allerdings völlig fehl am Platz. Ackermann bekommt seine 11 Millionen € jährliches Grundgehalt um genau diese Renditesteigerungen durchzusetzen.

Diesem weltweiten Fortschreiten einer für viele Menschen nur noch als „Mangelgesellschaft“ erfahrbaren Lebenslage, ohne Perspektive und Hoffnung, wird mit der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen eine Strategie der „Fülle“ entgegen gesetzt. Diese Auseinandersetzung anzunehmen bedeutet aber auch den Diskurs über ein bedingungsloses Grundeinkommen zu führen. Die Forderung nach einem Grundeinkommen, das den Menschen die materielle Lebensgrundlage sichert und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gewährleistet, zielt in die Mitte des neoliberalen Selbstverständnisses einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Die Forderung greift einen Grundpfeiler der kapitalistischen Warengesellschaft direkt an: Die Vorstellung, nur wer arbeitet darf auch essen. Nehmen wir die Errungenschaften einer aufgeklärten humanistischen Gesellschaft ernst, dann steht jedem Menschen auf dieser Erde ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und Reichtum zu und dies allein darum, weil er als Mensch existiert.

Die augenblicklichen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse lassen es als wenig wahrscheinlich erscheinen, dass radikale Forderungen schnelle Wirklichkeit werden können. Die Gewerkschaftsbewegung ist aus unterschiedlichsten Gründen nicht in der Lage eine ernsthafte Gegenwehr zum Sozialabbau, zur Entrechtung der beschäftigten Kollegen und zur Verteidigung des sozial und materiell Erreichten zu leisten.

Andere relevante politische Akteure sind ebenfalls nicht in Sicht oder deren Mobilisierungskraft reicht bei Weitem nicht aus, diese durch die „Lähmung“ der Gewerkschaften entstandene Lücke zu schließen. Daher ist die Notwendigkeit den politischen neoliberalen Diskurs mit einer „systembedrohenden Forderung“ anzugreifen zwingend. Eine besondere Stärke der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen liegt in der Möglichkeit breite Schichten der Bevölkerung anzusprechen. Eben nicht nur jene, die schon von Armut, Sozialabbau und Hartz IV betroffen sind, sondern gerade jene, die noch im Arbeitsprozess sind. Der in den letzten Jahrzehnten stetigen Verdichtung der Arbeit, der Verlängerung der Arbeitszeiten, der Überwachung einzelner Arbeitsvorgänge, der Gängelung der Beschäftigten, der Angst vor Entlassungen kann eine zukunftsweisende und nicht am Bestehenden orientierte Forderung entgegengestellt werden. Wenn nicht genügend Arbeit für alle Menschen vorhanden ist, müssen wir auch nicht nach ihr betteln, sondern ein Leben jenseits der auf Arbeit basierenden Gesellschaftsverfassung anstreben.

Es ist auch nicht anzunehmen, dass die weltweiten ökonomischen, ökologischen und sozialen Verwerfungen im nationalen Rahmen wirklich erfolgreich bekämpft werden können, obwohl Verschiebungen und Regulierungen natürlich noch möglich sind, auch wenn Politiker dies verneinen. Der internationale Kampf um ein bedingungsloses Grundeinkommen ist daher viel mehr als eine Forderung nach sozialen Standards, die ein Leben in Würde ermöglichen, sondern ein Kampf für eine menschenwürdige Globalisierung, eine Arbeitsverfasstheit, die den Menschen in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Arbeit stellt und die Möglichkeiten von gesellschaftlicher Teilhabe und Demokratie eindeutig zu den 80 Prozent der Bevölkerung verschiebt.

Angela Klein

Das Leben in Würde und der Kapitalismus

Im Zuge des Abbaus der Leistungen für und der Rechte von Erwerbslosen und Sozialhilfebeziehenden im Laufe der letzten Jahre hat die Forderung nach einem gesicherten Einkommen auch für Menschen ohne Erwerb an Boden gewonnen. Die französische Arbeitslosenorganisation AC! war die erste, die Ende der 90er Jahre die Losung kreiert hat: „Ein Arbeitsplatz ist ein Recht, ein Einkommen eine Pflicht!“ In unzähligen Variationen ist diese Forderung aufgegriffen worden – von den Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit als europaweites Recht auf ein Mindesteinkommen (ohne Arbeit) und auf einen Mindestlohn (mit Arbeit), ausgedrückt als Anteil am Bruttoinlandsprodukt, mithin am gesellschaftlichen Reichtum. Der Runde Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen hat im Januar 2005 erneut eine Stellungnahme herausgegeben, die die Forderung in den Mittelpunkt stellt: „Für das Recht auf Existenzsicherung mit und ohne Arbeit!“

Diese Formulierungen wollen alle eins ausdrücken: Das Menschenrecht auf „ein Leben und Arbeiten in Würde“ umfaßt nicht nur die Bereitstellung eines Arbeitsplatzes, sondern auch die Arbeitsbedingungen und das Einkommen. Nicht nur das Recht auf Arbeit, auch das Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen ist ein Menschenrecht – im übrigen bereits nach der Europäischen Sozialcharta und nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

Arbeit und Einkommen können nicht voneinander getrennt werden: Angriffe gegen die Arbeitsbedingungen schlagen sich zwangsläufig im Einkommensniveau nieder und umgekehrt. Weder garantiert ein Arbeitsplatz an sich ein existenzsicherndes Einkommen, noch

sichert ein Grundeinkommen an sich eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder gar eine freie Wahl des Jobs. Im Gegenteil: Die Fortdauer der Millionenarbeitslosigkeit seit Jahrzehnten und deren weiterer Anstieg ist die Hauptursache für den derzeitigen Generalangriff auf die sozialen Sicherungssysteme, Arbeitszeiten und Löhne.

Die Notwendigkeit, beides zugleich anzugehen, ist eine adäquate Antwort auf die neoliberale Strategie z.B. solcher Institutionen wie der Bayerisch-Sächsischen Zukunftskommission oder der Initiative für Soziale Marktwirtschaft, die zusammen mit Wirtschaftsforschungsinstituten der Unternehmerseite jahrelang die enge Bindung des Lohnniveaus in Deutschland an die Sozialhilfe angeprangert, die Abschaffung der Sozialhilfe als faktische Untergrenze für Löhne gefordert und deshalb die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe in ihrer alten Form erfolgreich betrieben haben. Auch bei den Hartz-Gesetzen geht es im Kern nicht um die Erwerbslosen, sondern um die abhängig Beschäftigten und deren Löhne.

Die Erwerbslosenbewegung, die das Recht auf Arbeit und das Recht auf Einkommen zusammen denkt, ist den Teilen der Gewerkschaftsbewegung um Nasenlängen voraus, die die reaktionäre Parole: „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ nachplappern und Vorurteile gegen Erwerbslose als angebliche Schmarotzer und Faulpelze schüren. Ihr Ansatz ist aber auch für den Mainstream der gewerkschaftlich Aktiven eine Herausforderung, die sich durch Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzungen inzwischen massiv in die Defensive gedrängt sehen und auf den doppelten Angriff keine Antwort haben.

Aus der zweifachen Forderung: Recht auf Arbeit und Recht auf Einkommen und dem dahinter stehenden Anspruch auf ein Leben und Arbeiten in Würde leiten sich eine Reihe von weiteren Forderungen ab, die gerade Erwerbslosen unter den Nägeln brennen: Darunter ist vor allem die Ablehnung jeglichen Arbeitszwangs und die Ablehnung der demütigenden Bedürftigkeitsprüfungen zu nennen, die einer Leistungsbezieherin auch noch das letzte Hemd anrechnen, während über Steuerbetrug im großen Stil großzügig hinweggesehen wird. Diese beiden Forderungen, die viel mit der Würde von Erwerbslosen zu tun haben, werden von vielen Gewerkschaftern nur mit spitzen Fingern angefaßt, wenn überhaupt. Denn sie stellen den Grundsatz der kapitalistischen Lohnsklaverei in Frage – das Recht auf Ausbeutung der Arbeitskraft zu jedem (marknotwendigen) Preis.

Die hier auftretende Spaltung zwischen Gewerkschaften und Erwerbslosen müßte nicht sein, wenn die Gewerkschaftsbewegung nach dem Krieg sich die Infragestellung des Rechts auf Ausbeutung nicht durch den kapitalistischen Sozialstaat hätte abkaufen lassen. Für einen großen Teil der Gewerkschaftsbewegung hat dieser Sozialstaat bewiesen, dass der Kapitalismus „gerecht“ sein kann, weshalb man ihn nicht grundsätzlich in Frage stellen soll, auch wenn die Kapitaleseite ihn gerade wieder aufgekündigt und zum Manchsterkapitalismus zurückkehrt. Dass der Nachkriegsboom mit allen sozialpartnerschaftlichen Institutionen, die vor diesem Hintergrund und dem des verlorenen Kriegs geschaffen wurden, eine absolute Ausnahme in der deutschen Geschichte darstellt, die sich so nicht wiederholen wird, mögen sie nicht gern hören.

Der kapitalistische Sozialstaat ist vom System der Lohnarbeit nicht zu trennen. Die Bindung von Lohnersatzleistungen an die unbedingte und vollständige Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt ist ebenso Ausdruck der kapitalistischen Ausbeutung wie der Druck auf die Löhne und die Einführung flexibler, kapitalbestimmter Arbeitszeiten. Der Arbeitszwang ist dem System der Lohnarbeit inhärent – wenn er auch in den letzten Jahrzehnten durch umfangreiche Errungenschaften der Arbeiterbewegung abgemildert wurde. Das System der Lohnarbeit hört am Fabrikator nicht auf, sondern setzt sich im Sozialstaat fort – je nach Kräfteverhältnis zwischen den Klassen als Zumutbarkeitsregelung für Arbeitslosenhilfebeziehende, als Hilfe zur Arbeit für Sozialhilfebeziehende oder als 1-Euro-Job. Es gehört deshalb zu den üblichen Regeln des Kapitalismus, dass Nicht-Arbeit (d.i. Nicht-Arbeit für den Kapitalbesitzer) nicht honoriert werden darf. Mit den Hartz-Gesetzen bewegen wir uns jetzt wieder in Richtung kapitalistische Normalität. Nicht erwerbstätige Erwerbsfähige werden in Arbeit gezwungen, nicht Erwerbsfähige kommen in die Fürsorge. Die Gesetze reservieren das Sozialgeld (für das man nicht arbeiten muss) für nicht Erwerbsfähige. Derzeit liegt es noch etwa auf ALG II-Niveau, das wird sich ändern: wie wir eine Rückkehr zum Arbeitszwang erleben, werden wir auch eine Rückkehr zur Fürsorge kennen lernen. Die Fürsorge hat mit Menschenrechten nichts zu tun; sie ist Verwahranstalt für die Überflüssigen.

Während Gewerkschaften das Lohnsystem nicht in Frage stellen wollen und deshalb der Verschärfung der Ausbeutung wie auch dem Abbau des Sozialstaats (was nur zwei Seiten einer Medaille sind) nichts entgegenzusetzen haben, gibt es unter Erwerbslosen eine kleine Strömung, die diesen Zusammenhang gleichfalls ignoriert. In der Erwerbslosendebatte konkretisiert sich das in der Forderung nach Existenzgeld. Aus ihrer Sicht – als Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausgestoßen wurden und nur noch von einer staatlichen Behörde abhängen, also ihren Zusammenhang mit der Welt der Lohnarbeit nicht mehr unmittelbar erleben – ist die Forderung: „Wenn du mir schon keine Arbeit geben kannst, dann gib mir wenigstens Geld“ verständlich, wenn auch nicht richtig, weil verkürzt. In der letzten Zeit hat sich diese Gruppe jedoch mit einer Strömung verbunden, die ganz andere, nämlich sozialliberale Wurzeln hat und die „Entkopplung von Arbeit und Einkommen“ aus der Tatsache begründet, dass „der Industriegesellschaft“

angeblich die Arbeit ausgehe. Daraus schließt sie, es sei ein Festhalten an überalterten Strukturen, wenn man die Arbeitswelt weiterhin zum Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Entwicklung nehme. „Die Arbeit“ werde überflüssig, es sei an der Zeit, die Zukunft in den Termini der Nicht-Arbeit zu denken. Daraus entwickelt sie die Forderung nach einem Grundeinkommen, das nicht nur dann gezahlt werden soll, wenn mensch keine Erwerbsarbeit hat, sondern völlig unabhängig von dieser.

Diese Strömung, die zu den Initiatoren des Netzwerks Grundeinkommen gehört, denkt nicht aus der Perspektive von Erwerbslosen und häufig auch nicht in den Kategorien von Menschenrechten. Vertreter wie Sascha Liebermann oder Michael Opielka hüten sich, das Grundeinkommen zu beziffern (und hier macht die Quantität die Qualität aus, denn ein Grundeinkommen auf ALG II-Niveau hätte nichts Fortschrittliches), und ihnen ist auch der Gedanke des Arbeitszwangs keineswegs fremd.

Diese Strömung beschreibt die jahrzehntelange Zunahme der Massenerwerbslosigkeit als Prozess der allmählichen Ersetzung des arbeitenden Menschen durch den Roboter – und entwirft damit eine Perspektive der Überwindung des Kapitalismus, indem dieser sich selbst ad absurdum führt und aufhebt. Aus dieser Sicht ist die Massenerwerbslosigkeit nicht die Folge einer kapitalistischen Überproduktion, die dem Durst nach Ausbeutung der Arbeitskraft zu immer niedrigerem Preis keinen Abbruch tut, sondern die Folge fortwährender Produktivitätssteigerung, an deren Ende einmal die menschenlose Fabrik stehen wird.

Die Annahme vom „Ende der Arbeit“ ist empirisch und statistisch falsch. Richtig ist, dass weltweit, in der Europäischen Union und selbst im geburtenschwachen Deutschland die Zahl der Erwerbstätigen weiter steigt – gleichzeitig mit der Zahl der Erwerbslosen. Das Märchen, vor hundert Jahren habe es weitaus mehr Erwerbstätige gegeben als heute, stimmt weder in absoluten noch in relativen Zahlen. 1895 zählte das Deutsche Reich ca. 53 Mio. EinwohnerInnen, davon waren 22,1 Mio. erwerbstätig (=41,5%). 1997 zählte die Bundesrepublik 80 Mio. EinwohnerInnen, davon 33,9 Mio. Erwerbstätige (=42,5%; laut Mikrozensus waren 35,8 Mio. erwerbstätig). Im Zeitraum zwischen 1985 und 1995 hat sich in der EU die Zahl der Arbeitskräfte von 154 auf 169 Millionen erhöht. Eurostat schreibt dazu im Jahr 2001: „Wenn sich die gegenwärtigen demographischen und Erwerbsbeteiligungstrends fortsetzen, erhöht sich die Zahl der Arbeitskräfte zunächst weiter. Um 2010 wird mit 183 Mio. Arbeitskräften ein Höchststand erwartet.“ Der dann zu erwartende Rückgang hängt in erster Linie mit dem Rückgang der Geburtenraten zusammen. Diesen Trend gibt es in Asien, Lateinamerika oder Afrika natürlich nicht. Bevölkerungsstatistiker gehen davon aus, dass die Zahl der ErdenbewohnerInnen in der nächsten Generation auf 8 Mrd. steigen wird. Das gibt noch viel ausbeutbares Menschenmaterial.

Es trifft sogar nur bedingt zu, dass die Industriearbeiterschaft gegenüber der vorletzten Jahrhundertwende stark abgenommen hätte. Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen lag vor 100 Jahren in Deutschland bei 37,5%, heute immer noch bei 34,3%. Dafür sind alle anderen Wirtschaftsbereiche in einem ungleich stärkeren Maße als vor 100 Jahren unter das Kapitalverhältnis subsumiert.

Auch die Vorstellung, Maschinen würden kontinuierlich Menschen ersetzen, widerspricht der kapitalistischen Entwicklung. Das gilt nur solange, wie Menschen teurer sind als Maschinen. Dies zu ändern, daran wird gerade gearbeitet. Die Bereiche, in denen der Einsatz von Menschen wieder billiger wird als der Einsatz von Maschinen, werden zunehmen – im Dienstleistungssektor passiert dies bereits. Vom „Ende der Arbeit“ – und damit dem Ende des Kapitalismus – sind wir noch sehr weit entfernt.

Die Frage, die zur Diskussion steht, lautet also: Glaubt man ernsthaft, ein Recht auf ein Leben (auch ohne Arbeit) in Würde durchsetzen zu können, ohne die Lohnsklaverei aufzuheben?

Fünf Gründe für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle

Nicht nur der Neoliberalismus, im Prinzip alle klassische Volkswirtschaft begreift Ökonomie als Verwaltung des Mangels. Dem setzt Attac einen prinzipiellen Widerspruch entgegen, eine völlig konträre Position: Es ist genug für alle da! Jeder Mensch hat, nur einfach so, weil es ihn gibt, ein Recht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am gesellschaftlichen Reichtum. Das muss sich niemand verdienen, nicht durch Arbeit, nicht durch Wohlverhalten, durch gar nichts. Das ist Menschenrecht. Dem steht nicht entgegen, dass die Menschheit mit begrenzten Gütern haushalten muss. Aber das heißt für uns solidarisches Teilen und nicht Konkurrenz um das möglichst größte Stück für mich.

Teilhabe ist in den modernen Gesellschaften nur möglich, wenn man über ein Einkommen verfügt. Bisher war das in den industrialisierten Ländern weitestgehend an eine Erwerbsarbeit gebunden. Aus den skizzierten menschenrechtlichen und auch aus ökonomisch-pragmatischen Erwägungen ergibt sich der Vorschlag zukünftig jedem Menschen unabhängig von Erwerbsarbeit ein Grundeinkommen zu gewähren. Dafür gibt es (mindestens) fünf gute Gründe:

1. Wir können es: Der gesellschaftliche Reichtum ist vorhanden

Wir leben in einer Gesellschaft, die über einen nie gekannten Reichtum verfügt. Ich rede hier nicht von Geld. Geld ist, wenn's ernst wird, ja nichts als bunt bedrucktes Papier oder Zahlen in einer Bilanz. Das kann man nicht essen oder zu irgendetwas Konkretem gebrauchen. Ich rede vom materiellen Produkt, vom unmittelbaren stofflichen Reichtum. Weltweit gibt es genügend Nahrung, Ressourcen zum Wohnungsbau, Gegenstände des täglichen und des langfristigen Bedarfs um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Es gibt auf der Ebene des vorhandenen Produkts keinen Mangel und damit keinen ökonomischen Grund für Elend und Hunger. Eine ausreichende Versorgung aller ist eine Frage der Verteilung und des politischen Willens.

2. Wir können es dauerhaft: Die Reproduktion des Reichtums ist mit wenig Arbeit möglich

Wir leben erstmals historisch in einer Gesellschaft, die mehr produzieren kann, als alle für ein gutes Leben brauchen. In früheren Zeiten führten Produktivitätsfortschritte lediglich dazu, dass mehr Menschen satt werden konnten oder dass für eine zunehmende Zahl das Elend abnahm. Heute kann der immense gesellschaftliche Reichtum offenbar mit weniger unmittelbarer menschlicher Arbeit hergestellt werden, als uns zur Verfügung steht. Ich will hier dem Gedanken nicht nachgehen, dass sich dies gerechterweise darin niederschlagen sollte, dass alle weniger arbeiten müssten und nicht darin, dass einige mehr und andere gar nicht mehr arbeiten, obwohl auch das ein wichtiger Aspekt dieser Sache ist.

Hier geht es mir darum, dass wir offenbar über die Technologie, das Wissen, die Erfahrung verfügen, die es uns ermöglichen, den gesellschaftlichen Reichtum zu reproduzieren, ohne die Einzelnen dauernd und kompromisslos zur Arbeit zu zwingen. Ich bin überzeugt, dass so gut wie alle Menschen Lust haben, tätig zu sein, sich mit Natur und Umwelt auseinander zu setzen, kreativ und produktiv etwas zu machen. Aber selbst wenn einige das erst mal verweigern würden, könnte diese Gesellschaft das verkraften ohne zu verarmen. Bei vielen geht es ohnehin weniger darum, gar nicht zu arbeiten, als darum, die konkreten Arbeiten abzulehnen, die gefährlich, schädlich, uninteressant sind. Wäre erst mal niemand mehr gezwungen, jede Arbeit um jeden Preis anzunehmen, weil jedeR über ein Einkommen verfügte, würde sich der Charakter der Arbeit ändern. Die Angebote würden interessanter, berücksichtigten mehr eigene Bedürfnisse oder müssten zumindest besser bezahlt

werden. Langeweile und Neugier würden mit der Zeit das Ihre tun.

3. Wir können es bezahlen: Ein Grundeinkommen ist finanzierbar

Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Modelle eines Grundeinkommens. Es gibt Überlegungen, einen bestimmten Betrag an jede Person auszuzahlen, es gibt die Idee, das vorab mit der Steuer zu verrechnen, es gibt die Vorstellung, das Vorhandensein von Arbeitseinkommen zu prüfen und dann auf eine Mindesthöhe aufzustocken. Es gibt unterschiedliche Vorstellungen über die notwendige Höhe eines Mindesteinkommens. All das ist offen und muss diskutiert werden. Aber gemeinsam ist allen diesen Überlegungen, dass sie vielfältig durchgerechnet wurden und dass feststeht, dass sie bezahlbar sind. Bisherige Sozialversicherungsbeiträge, die Beträge sozialer Umverteilung, die Abschaffung heutiger bürokratischer Kontroll- und Verwaltungsapparate und eine gerechtere Heranziehung hoher Einkommen und Vermögen reichen allemal zur Finanzierung.

4. Wir müssen es: Die Vollbeschäftigung kommt nicht wieder

Bisher sind in der BRD und in vielen anderen Ländern soziale Ansprüche und Leistungen an Erwerbsarbeit gekoppelt. Das kann nur dann zu einer umfassenden Versorgung und Vorsorge führen, wenn weitestgehend jedeR eine solche Arbeit hat. Dieser Zustand der Vollbeschäftigung war aber offensichtlich historische Ausnahme. Es spricht nichts dafür, dass er wieder herstellbar wäre. Die Zunahme der Produktivität lässt sogar eher erwarten, dass wir uns noch weiter davon entfernen als schon jetzt. Aber selbst wo diese Einschätzung der Produktivitätsentwicklung nicht geteilt oder nicht gewünscht wird, behauptet kaum jemand ernsthaft, dass auf absehbare Zukunft Vollbeschäftigung wieder möglich sein werde. Es wird uns nichts anderes übrig bleiben, als Einkommen und Erwerbsarbeit zunehmend zu entkoppeln. Soziale Teilhabe oder Ausgrenzung hängen in Zukunft wesentlich davon ab, dass ganz real jedeR über ein Einkommen verfügt, auch wenn sie oder er keine Erwerbsarbeit hat. Eine Arbeitsstelle mag ein Recht sein, ein Einkommen ist eine Notwendigkeit.

5. Wir müssen es wollen: Der alte Sozialstaat war ohnehin keine emanzipatorische Einrichtung

Ich finde diese Perspektive auf ein Ende der Vollbeschäftigung, auf eine Trennung von Arbeit und Einkommen höchst erfreulich. Es ist gut, dass es all die Produktivitätsfortschritte gibt, die es uns ermöglichen, immer weniger Zeit mit Erwerbsarbeit zu verbringen. Es gibt so viele Tätigkeiten, die der Erwerbsarbeit vorzuziehen sind! Rationalisierung ist etwas Gutes, wenn sie zu mehr Zeit führt, über die wir selbst bestimmen können. Es fallen mir noch eine ganze Reihe von Arbeiten ein, die schwer, schädlich, schmutzig, stumpfsinnig sind und die doch bitte von Maschinen erledigt werden sollten.

Und es geht nicht nur um den Inhalt der konkreten Arbeit, es geht auch um den herkömmlichen Sozialstaat als gesellschaftliches Regulationsmodell: Ich will nicht zurück zu einem Staat, der über Arbeit reguliert, sortiert, Rangordnungen des Ansehens festlegt. Ich will nicht zurück zu einem (Fabrik)Arbeitssystem, das anpasst und zurechtet, damit die Beteiligten sich problemlos beherrschen lassen. Ich will nicht zurück zu einem Sozialstaat, der Anspruch auf soziale Teilhabe an die Unterwerfung unter diese Arbeitsreglementierung bindet, der Frauen, Kranke, Unangepasste ausgrenzt oder an einen männlichen Hauptverdiener und „Ernährer“ bindet.

Nicht zufällig haben im Zuge des Aufbruchs Mitte der 60er Jahre

des vorigen Jahrhunderts (nicht nur aber) vor allem Jugendliche massenweise freiwillig die Prekarität aufgesucht um dieser Reglementierung zu entkommen. Die alte emanzipatorische Sozialstaatskritik ist immer noch richtig, auch wenn sie im Zuge der neoliberalen Offensive zum Teil verschüttet wurde. Um nicht missverstanden zu werden: Was es an sozialen Errungenschaften und Regelungen gibt, muss verteidigt werden. Niemals dürfen wir unvollkommenes Vorhandenes aufgeben, ehe wir etwas besseres Neues wirklich haben. Aber kämpfen sollten wir für ein solches

Neues, nicht für das verlorene Alte.

Und da wäre ein Grundeinkommen ein wichtiger erster Schritt. Es würde uns durch die Prekarität aller heutigen Lebensverhältnisse hindurch den Blick auf eine emanzipatorische Gesellschaft öffnen, in der Menschen nicht mehr vernutzt würden, sondern in Kenntnis ihrer eigenen Bedürfnisse und unter Nutzung ihrer eigenen Fähigkeiten ihre Lebenswelt selbstbewusst gestalten. Zu dieser Gestaltung würde dann selbstverständlich auch die Reproduktion des gesellschaftlichen Reichtums gehören.

Dirk Hauer

Anmerkungen zur Prekarität

Referat für die attac-Konferenz „Arbeit und Globalisierung“ vom 19.2.2005 in Bochum Langendreer

Die vorangegangenen Impulse haben einen schönen Überblick gegeben über das, was heute Arbeitsrealität in den unterschiedlichsten Bereichen heißt. Ich brauche dem nichts hinzuzufügen und werde mich deshalb ein bisschen auf den roten Faden zwischen den „Freien“ in den Medienberufen, den VerkäuferInnen bei Lidl oder den WanderarbeiterInnen auf den Baustellen konzentrieren. Dieser rote Faden heißt Prekarität und dazu werde ich im Folgenden vier Thesen zur Diskussion stellen.

1. Die Debatte um prekäre Beschäftigungsverhältnisse ist nicht neu. Als sie Anfang der 1990er Jahre das erste Mal aufkam, war sie von Gegenüberstellungen geprägt: reguliert – dereguliert, gesichert – ungesichert, tarifiert – tariflos, garantiert – entgarantiert. Meine erste These, die ich hier zur Diskussion stellen möchte, lautet, dass solche Gegenüberstellungen damals wie heute analytisch und politisch irreführend sind. Es ist vielleicht eine Binsenweisheit, aber in kapitalistischen Gesellschaften hat es niemals so etwas wie Garantien für Arbeit und Existenzsicherung gegeben. Die Existenz- und Reproduktionsbedingungen von Menschen, Familien und Haushalten, die darauf angewiesen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, waren und sind prinzipiell entgarantiert. Das ist das einzige, was unter den Bedingungen von Marktlogik und Kapitalverwertung sicher gewesen ist und bis heute sicher ist.

Das so genannte fordistische Normalarbeitsverhältnis war in historischer und globaler Perspektive stets eine Ausnahmeerscheinung. Es war auf die Länder des Nordens begrenzt und dort auch nur auf einen beschränkten historischen Zeitraum. Aber selbst in den „goldenen Zeiten“ des Fordismus war dieses Normalarbeitsverhältnis auch in den kapitalistischen Metropolen keineswegs allgemeingültig. Für Frauen war Erwerbsarbeit überhaupt nicht vorgesehen und dort, wo sie in die Lohnarbeit eingebunden waren, haben sie in aller Regel „nur dazu verdient“. D. h. Frauen haben schon immer in Leichtlohngruppen und in prekären Beschäftigungsverhältnissen gearbeitet. Gleiches galt und gilt für ArbeitsmigrantInnen, für Wander- und SaisonarbeiterInnen, für Flüchtlinge. Aus der Perspektive des Südens, aus der Perspektive von Frauen und MigrantInnen und in zeitlichen Dimensionen, die nicht etwa auf die 1960er Jahre fixiert sind, war und ist der eine Job mit tarifierten Arbeitsbedingungen mit Existenz sichernden Löhnen, 38,5 Stunden in der Woche, lebenslang und womöglich auch in einem Betrieb der eigentliche Ausnahmefall. Aus diesen Perspektiven erscheint Prekarität als kapitalistischer Normalzustand.

Prekarität ist hierzulande deswegen ein Debattengegenstand, weil die so genannten Normalarbeitsverhältnisse unter Druck geraten sind und das bereits seit Jahren. In all den ökonomischen, sozialen und politischen Umbauprozessen geht es um eine umfassende Neudefinition dessen, was heute Normalarbeits- und Lebensverhältnisse sein sollen.

2. Dabei meint Prekarität in diesem Zusammenhang wesentlich mehr als Verarmung, Niedriglohnsektoren und Teilssegmente des Arbeitsmarktes. Prekarität ist vielmehr – so meine zweite These – die prinzipielle und fundamentale Verunsicherung aller Lebens- und Arbeitsbereiche. Für immer mehr Menschen wird die Existenzsicherung unter Vorbehalt gestellt: Gibt es einen Folgeauftrag? Wird mein Vertrag verlängert? Wird das Weihnachtsgeld oder Urlaubsgeld gestrichen? Wird der Betrieb geschlossen oder verlagert? Werde ich übernommen? Lande ich bei Hartz IV? Reicht das Geld – für den Urlaub, für die Ausbildung der Kinder, fürs nackte Überleben? Was passiert, wenn ich krank oder alt bin? Wenn ich ein Pflegefall werde oder jemand aus der Verwandtschaft? Diese grundsätzliche Verunsicherung erfasst alle Bereiche der sozialen Reproduktion und auch gut verdienende FreiberuflerInnen, ProjektleiterInnen etc. sind davon nicht verschont.

Diese Verunsicherung ist das eigentliche Programm der Agenda 2010, der eigentliche Inhalt der verbesserten Verwertungsbedingungen für das Kapital. Es geht darum, die sozialen Sicherheitsbedürfnisse als „Vollkaskomentalität“ nachhaltig zu diskreditieren und durch permanente und lebenslange Flexibilisierungsanforderungen zu ersetzen. Ein kluger Gewerkschaftssekretär hat das mal so formuliert: „Der Sinn der sozialpolitischen Misere erfüllt sich vor allem darin, dass sich die Menschen fortlaufend nur noch mit ihrer ökonomischen Lage beschäftigen sollen.“¹

3. Meine dritte These lautet: Prekarität ist inzwischen längst in der Mitte des Arbeitsmarktes angekommen. Ein Blick in die Arbeitsmarkt- und Arbeitsrealität belegt, wie normal prekäre Arbeitsverhältnisse inzwischen sind. Der alte Blickwinkel von den fein säuberlich trennbaren Kern- und Randbelegschaften wird genauso obsolet wie die Vorstellung, es gebe einen klar abgrenzbaren Niedriglohnsektor. Dazu ein paar Beispiele.

- Die Kollegen der GoG bei Opel Bochum erzählen, dass sich inzwischen über 50 Firmen auf dem Werksgelände tummeln: Zulieferer, Leiharbeitsfirmen, ausgegründete Betriebsteile von Opel selbst. In einer Halle arbeiten somit unzählige Beschäftigte zu völlig unterschiedlichen Konditionen nebeneinander, manchmal machen sie sogar dieselbe Arbeit - allerdings unter komplett unterschiedlichen Tarif- und Entlohnungsbedingungen.

- Selbst dort, wo Arbeitsbedingungen tariflich reguliert sind, sind sie alles andere als sicher oder Existenz sichernd. Auch tarifierte Arbeitsplätze sind häufig genug befristet und/oder werden mit Niedriglöhnen bezahlt. Von 2 800 Tarifverträgen in Deutschland

¹ Martin Dieckmann: „Gerechtigkeit und Freiheit – ein langer Marsch durch die Krise“, in: *Die Aktion*, Heft 208, Edition Nautilus, Hamburg 2004

beinhalten 130 Stundenentgelte von sechs Euro und weniger. Das neue Tarifwerk im Öffentlichen Dienst führt explizit einen Niedriglohnsektor ein, die früher mal weggekämpften Leichtlohngruppen feiern fröhliche Wiederkehr. Tariföffnungsklauseln und Sondertarife für BerufsanfängerInnen, NeueinsteigerInnen oder ausgegründete Betriebsteile sind inzwischen üblich.

- Über ein Drittel aller *Vollzeit*beschäftigten arbeiten in Deutschland zu Niedriglöhnen, wie gesagt häufig genug tarifiert. Da sind die „klassischen“ prekären Beschäftigungsverhältnisse wie Minijobs, Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit etc. noch gar nicht enthalten. Sechs Millionen MinijobberInnen hat es Ende 2004 in Deutschland gegeben. Gemessen an der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war das ein gutes Viertel.

- Auch die diversen Formen der öffentlichen geförderten Beschäftigung dürfen in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, zumal sie flächendeckend in 1-Euro-Pflichtarbeiten umgewandelt werden. Und zumindest erinnern möchte ich auch an die Pflichtarbeit in den Gefängnissen oder die Arbeit in den Werkstätten für Behinderte.

Karl Heinz Roth hat darauf hingewiesen, dass sich unter den Bedingungen der Prekarität die objektiven Reproduktionsbedingungen weltweit tendenziell angleichen. Wenn man beispielsweise mit GewerkschafterInnen aus Uruguay über „atmende Fabriken“, „just-in-time“-Produktion, Outsourcing und Prekarisierung spricht, so erzählt man ihnen nichts Neues. Wir zumindest haben da Eulen nach Athen getragen. Das heißt natürlich nicht, dass sich auch die subjektiven Verarbeitungsformen von Verunsicherung und prekären Lebenssituationen vereinheitlichen würden. Prekarität verdeckt eine ganze Reihe sozialer Hierarchien und beinhaltet auf der subjektiven Ebene unzählige Spaltungslinien.

Das Leben am seidenen Faden führt noch lange nicht und erst recht nicht automatisch zu einem gemeinsamen Widerstandsverhalten.

4. Auf solche möglichen Widerstandsperspektiven bezieht sich meine Schlussthese. Wenn es stimmt, dass Prekarität, Verunsicherung und Flexibilitätsanforderungen zum Normalarbeitsverhältnis des 21. Jahrhunderts gemacht werden sollen, so bekommt der Kampf um das Recht auf Sicherheit, auf soziale und existenzielle Absicherung, einen zentralen Stellenwert. Es geht um das unbedingte Recht auf menschenwürdige Existenz unter prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen. Wo flexible (Selbst-)Verwertung zum materiellen und ideologischen Leitbild avanciert, geht es auch um das Recht, unflexibel und unsexy zu sein und dennoch gut zu leben.

Unter den Bedingungen der Prekarität wird mehr gearbeitet als je zuvor, es wird Arbeitskraft mobilisiert wie kaum jemals zuvor, doch die Arbeit sichert keine Existenzen mehr. Je mehr „die Arbeit“ ideologisch aufgewertet wird, desto inhaltsleerer wird sie. Angesichts des „Terrors der Ökonomie“ (Vivianne Forrester) muss es um die theoretische und praktische Kritik dieser Arbeit gehen. Ganz realpolitisch denke ich, dass sich eine solche Kritik in zwei miteinander verknüpften Mindestanforderungen gegen den Prekarisierungsdruck niederschlägt: in der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn und in der Forderung nach einem unbedingten und garantierten Einkommen. Wenn die einzige Form der Existenzsicherung im Kapitalismus – der Verkauf der Ware Arbeitskraft – Existenzen nicht mehr dauerhaft und perspektivisch absichert, dann ist die Existenzsicherung unabhängig von Arbeit zwingend notwendig. Wie lautete ein Slogan auf den Montagsdemos so schön: „Von Arbeit muss man leben können. Ohne Arbeit auch.“

Ronald Blaschke, Sprecher des Netzwerkes Grundeinkommen Warum ein Grundeinkommen? Elf Argumente und eine Ergänzung

Ein Grundeinkommen ist ein

- allen Menschen individuell zustehendes und garantiertes,
 - in existenzsichernder Höhe (Armut verhindernd, gesellschaftliche Teilnahme ermöglichend)
 - ohne Bedürftigkeitsprüfung (Einkommens-/Vermögensprüfung),
 - ohne Arbeitszwang und -verpflichtung bzw. Tätigkeitszwang und -verpflichtung
- ...vom Staat ausgezahlt. Grund-Einkommen. Weitere Einkommen sind anrechnungsfrei möglich (Income Mix).

Alle genannten Kriterien kennzeichnen das Grundeinkommen als ein bedingungsloses. Es gibt schlicht und ergreifend keine Bedingung für den Bezug des Grundeinkommens. Dadurch unterscheidet sich ein Grundeinkommen von einer Grund- oder Mindestsicherung.² Ein Grundeinkommen ist kein sozialpolitisches Projekt, mit dem versucht wird Marktdefekte zu reparieren. Es ist ein Projekt für mehr Freiheit, Demokratie und Menschenwürde. Es weist über die bestehende Gesellschaft hinaus.

Warum ein Grundeinkommen?

² Bestimmte Grund-/Mindestsicherungsmodelle können partiell dem Grundeinkommen nahe kommen.

Eine von mir erstellte Synopse über 12 verschiedene aktuelle Grundeinkommens- und Grund-/Mindestsicherungsmodelle in Deutschland wird in Bälde unter www.grundeinkommen.de zu finden sein.

1. Das Überflussargument

Noch nie waren menschliche Gesellschaften auf der Erde so reich und lebten im Überfluss – an materiellen und immateriellen Gütern. Noch nie waren menschliche Gesellschaften so sehr auf die Unterordnung all dieser Reichtümer unter zwei kapitalistische Prinzipien fixiert – das Prinzip der Mehrung von Profit und das Prinzip der Mehrung von Herrschaft über Menschen. Beide Prinzipien bewirken Unfreiheit, Armut in allen Ländern der Erde und ökologische Schäden immensen Ausmaßes. Ein Grundeinkommen will die Macht dieser Prinzipien beschränken. Manche meinen sogar, das Fundament dieser Prinzipien damit zerstören zu können, weil es den (Lohn-)Arbeit-Kapital-Zusammenhang maulwurfsartig untergräbt. Mensch und Gesellschaften werden mit einem Grundeinkommen (partiell) von diesen Herrschafts- und Erpressungsprinzipien befreit.

2. Das Arbeitsmarkt- und Einkommensargument

Entwickelte kapitalistische Gesellschaften sind hochproduktive Gesellschaften. Das (Lohn-/ Erwerbs-) Arbeitsangebot stößt hier an die Grenzen seiner profitablen Nutzbarkeit. Daran ändern auch nationale demografische Entwicklungen nichts. Permanenter Überproduktion, ständiger Vernichtung und Neuproduktion von Gütern, externer Ausweitung von Märkten stehen sinkendes Arbeitsvolumen und steigende Produktivität gegenüber. Massenarbeitslosigkeit, Abbau traditioneller sozialstaatlicher Leistungen und Niedrig(st)löhne (working poor) verfestigen und verstärken die Spaltungen der Gesellschaft, Armut und Ausgrenzung. Eine ausreichende und kontinuierliche Einkommenssicherung über (Erwerbs-/Lohn-)Arbeit wird für viele

immer unmöglicher. Dem gegenüber stehen steigende leistungslose Einkommen aus Vermögen und Finanzanlagen, die den Reichtum der Gesellschaft extrem ungleich verteilen. Ein Grundeinkommen trägt allen diesen Tatsachen Rechnung und verteilt materielle Teilhabemöglichkeiten neu - nach dem Prinzip der grundlegenden Bedürfnisse aller Menschen, nicht nach dem Prinzip der Markt- bzw. Herrschaftsposition einzelner.

3. Das Argument für Arbeiter, Unternehmer und deren Organisationen

Bestimmte Globalisierungseffekte und die steigende Anzahl der für die Reichtumsproduktion Überflüssigen führen zu einem enormen Verlust an Macht für die Arbeitskraftanbieter. Diese Menschen und deren Organisationen werden immer erpressbarer, weil sie außer ihrer Arbeitskraft und lohnarbeitsabhängigen, z. T. demütigenden sozialen Sicherungen nichts zum Leben und zur Teilhabe an der Gesellschaft besitzen. Ein Grundeinkommen wird die Verhandlungspositionen der Arbeitskraftanbieter hinsichtlich der Arbeitsbedingungen entscheidend verbessern und die selbstschädigende Konkurrenz um "Arbeitsplätze" minimieren. Zugleich werden die Unternehmen von motivierten und eher freiwillig Arbeitenden profitieren. Eine hohe Eigenmotivation und Engagementbereitschaft ist für die Unternehmen in einer wissens- und kreationsbasierten Gesellschaft überlebensnotwendig.

4. Das Arbeitszeitargument

Traditionelle Arbeitszeitverkürzungen führen nur in sehr geringem Maße zu Neueinstellungen, eher zu Rationalisierungseffekten und Arbeitshetze/-verdichtung. Teilzeitarbeit geht mit Prekarisierung und geringem Erwerbseinkommen einher. Ein Grundeinkommen wird bessere Arbeitsbedingungen, freiwillige Unterbrechungen und individuell gewünschte Verkürzungen der (Erwerbs-/Lohn-)Arbeit entscheidend befördern.

5. Das Integrations- und Sinnargument

Die "Krise der Arbeit" hat(te) auch immer ihre nachweislichen subjektiven Seiten: schwindende Akzeptanz von Arbeitsinhalten, schwindende Sinn-, Integrations- und Identitätsstiftung durch (Erwerbs-/Lohn-)Arbeit. Ein Grundeinkommen befördert dagegen die Multiaktivität der Menschen (Tätigkeitsgesellschaft) und den darauf basierenden Reichtum der Gesellschaft, die Aufhebung der geschlechterspezifischen "Arbeitsteilung" und mögliche Formen der Aneignung der Produktionsprozesse (Alternativökonomien, Mitbestimmung hinsichtlich Arbeitsinhalt/-bedingungen). Neue Möglichkeiten der Sinn-, Identitäts- und Integrationsstiftung werden also eröffnet.

6. Das Argument der an Bedeutung gewinnenden "immateriellen" Produktion

Ein Grundeinkommen ist auch die gesellschaftlich notwendige Antwort auf die zunehmend wissens-, phantasie- und kreativitätsbasierte materielle Produktion und Wertschöpfung, die nicht mehr in den Kategorien individueller Arbeitszeit und Arbeitsleistung messbar ist. Einerseits bildet sich ein Individuum vornehmlich außerhalb der (Erwerbs-/Lohn-)Arbeit, im gesamten Lebensvollzug. Andererseits ist das, was als praktische Wissenschaft (subjektives Wissen, Maschine-/Organisationsysteme) durch die Individuen im materiellen Produktionsprozess angewendet wird, Resultat eines geschichtlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses. Der zunehmende Einfluss des "Immateriellen" in der materiellen Produktion untergräbt die Zurechen- und Messbarkeit des Anteils des

Einzelnen am materiellen Gesamtprodukt. Gesamtgesellschaftliche Produktion/Wertschöpfung und individuelle Arbeitszeit/-Arbeitsleistung entkoppeln sich, also müssen sich auch Einkommen, d. h. individuelle Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und Leben, und individuelle Arbeit entkoppeln, also ein bedingungsloses Grundeinkommen gezahlt werden.

7. Das Argument für einen neuen Sozialstaat

Das Grundeinkommen ist die notwendige Reaktion auf lohnarbeitszentrierte, patriarchalisch geprägte Sozialsysteme, die vorzuweisende Symptome als Voraussetzung des Transferbezuges abverlangen (z. B. Krankheit, Erwerbsunfähigkeit Arbeitslosigkeit etc.) sowie Diskriminierungen und Repressionen beinhalten (Arbeitszwang, Offenlegung privater Angelegenheiten). Ein Grundeinkommen begründet einen Sozialstaat, das den Bürgerinnen und Bürgern eine menschenwürdige, eigenverantwortliche und repressionsfreie Lebensführung ermöglicht.

8. Das Demokratieargument

Voraussetzung des Einmischens aller Bürgerinnen und Bürger in die demokratische Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten (res publica) ist deren grundsätzliches Abgesichertsein. Existenzängste und -nöte befördern demokratiegefährdende Enthaltensamkeit von Einmischung oder gar demokratie- und toleranzfeindliche Überzeugungen und Aktivitäten in allen Schichten der Bevölkerung. Das Grundeinkommen gewährt die Freiheit von Existenzängsten und die Freiheit zur Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten.

9. Das Bürokratieargument

Ein Grundeinkommen kann viele steuerfinanzierte Sozialtransfers in sich vereinigen und wird durch die bedingungslose Auszahlung einen enormen Abbau an staatlicher Bürokratie zur Folge haben.

10. Das Mußeargument

Das erdumspannende kapitalistische System gleicht einem in sich zunehmend beschleunigten und erhitzten System, dem Wärmetod entgegen sterbend. Entschleunigung und Abkühlung scheinen nur durch vielfältige Möglichkeiten der Muße und einhaltenden Besinnung möglich. Ein Grundeinkommen schafft Voraussetzungen für Muße und Besinnung, d. h. für eine lebensförderliche Entschleunigung und Kreativität gesellschaftlicher Prozesse.

11. Das ethische Argument

Einerseits ist in Überfluggesellschaften der Grund für das ethische (biblische und sozialistische) Argument "wer nicht arbeiten will, soll nicht essen!" - nämlich der Mangel - entfallen.

Andererseits ist den Argumenten des "Gutes (Erwerbs-/Lohn-)Arbeit" zu entgegen:

- Arbeit schafft eine Menge Schlechtes.
- Wer auf das "Gut Arbeit" durch (partielle) Enthaltensamkeit verzichtet, ist in der Logik vom "Gut Arbeit" moralisch und materiell zu entschädigen, nicht zu verurteilen oder materiell zu benachteiligen.

Zusatz Ein Bedingungsloses Grundeinkommen ist zu ergänzen durch die Absicherung des Rechts auf Unterbrechung der Arbeit, des Rechts auf kostenfreien Zugang zu öffentlichen Gütern (Mobilität, Bildung, Kultur, Gesundheitsprävention und -versorgung usw.), des Rechts auf Multiaktivität inkl. der dazu notwendigen Infrastrukturen und des Rechts auf eine Bildung, die den Bürger als Mensch und nicht nur als Arbeitsbürger zum Ziele hat

Texte, Materialien, Finanzierungskonzepte zum Grundeinkommen und der Newsletter des Netzwerkes Grundeinkommen unter www.grundeinkommen.de

„Statt Hartz IV: Grundeinkommen für alle“ Das Netzwerk Grundeinkommen am 9.7.2004 in Berlin gegründet

Das deutsche „Netzwerk Grundeinkommen“ wurde am 9. Juli 2004 im Wissenschaftszentrum Berlin von Wissenschaftlern, Studierenden, Vertretern der Erwerbslosen- und Armutsbewegung, kirchlichen Verbänden sowie von Mitgliedern verschiedener Parteien gegründet.

Am Tag der Verabschiedung der so genannten „Hartz IV“-Gesetze verwies ein breites und pluralistisches Spektrum von Befürwortern eines bedingungslosen, garantierten Grundeinkommens auf grundlegende Alternativen zur Arbeitsverpflichtung. „Die heute verabschiedeten Gesetze führen letztlich zur Entwürdigung derjenigen, die auf soziale Sicherungssysteme angewiesen sind“, sagte Prof. Dr. Michael Opielka vom Institut für Sozialökologie in Königswinter. „Das Netzwerk Grundeinkommen versteht sich als pluralistisches Forum für Wissenschaftler und politisch Aktive, die sich für die Einführung eines Grundeinkommens einsetzen.“

Das „Netzwerk Grundeinkommen“ formulierte auf dem Gründungstreffen vier Kriterien, die ein Grundeinkommen erfüllen sollte: existenzsichernd, individueller Rechtsanspruch, keine Bedürftigkeitsprüfung, kein Zwang zur Arbeit.

Das „Netzwerk Grundeinkommen“ legt sich nicht auf ein bestimmtes Finanzierungsmodell fest. Entscheidend, so die Sprecher des Netzwerks, sind die vier Kriterien. Das Grundeinkommen soll die gesellschaftliche Teilhabe garantieren und unabhängig sein von Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Ehegatten, Eltern und erwachsenen Kindern. Eine Bedürftigkeitsprüfung wird abgelehnt, aber natürlich wird das Grundeinkommen mit dem Steuer- und Beitragssystem abgestimmt. Schließlich soll das Grundeinkommen nicht mit einem Zwang zur Arbeit verbunden sein und damit eine neue Vielfalt von Arbeits- und Tätigkeitsformen ermöglichen.

Das „Netzwerk Grundeinkommen“ wird die Diskussion um die Einführung eines Grundeinkommens mit politischen Entscheidungsträgern, Wirtschafts- und Sozialverbänden, Gewerkschaften wie sozialen Bewegungen suchen und den wissenschaftlichen Diskurs zum Grundeinkommen fördern. Es wird sich auf europäischer Ebene mit dem 1986 gegründeten „Basis Income European Network (BIEN)“ (www.basicincome.org) vernetzen.

In Berlin wurde eine Sprechergruppe bestimmt, der folgende Personen angehören:
Ronald Blaschke, Arbeitslosenverband Deutschland (ALV D) (Rblaschke@aol.com) Katja Kipping, MdL, stellv. Parteivorsitzende der PDS (katja.kipping@web.de)
Prof. Dr. Michael Opielka, Institut für Sozialökologie, Königswinter/Fachhochschule Jena (s.u.), Wolfram Otto, Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG SHI) (wolframotto@web.de), Birgit Zenker, Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) (birgit.zenker@kab.de)
(Die Organisationen, Institutionen, Parteien dienen dabei lediglich zur Information über die Person.)

Steuerabzugsfähige Spenden zur Unterstützung der Arbeit des Netzwerk bitte an:
Institut für Sozialökologie, Kennwort „Netzwerk Grundeinkommen“
Konto 27284, Sparkasse Bonn (BLZ 38050000)

Der Pressekontakt ist über alle Mitglieder der Sprechergruppe möglich.
Presserechtlich verantwortlich: Prof. Dr. Michael Opielka, Institut für Sozialökologie (ISÖ)
53639 Königswinter, Pützburgerstr. 21, Tel. 02244-871659, Fax: - 871664, mail: michael.opielka@isoe.org

Wolfram Otto (BAG-SHI - Bundes-AG der Sozialhilfeempfänger-Initiativen) Existenzgeld für Alle - Das Konzept der BAG-SHI

Vortrag 2. Treffen Netzwerk Grundeinkommen, Workshop 3 „Finanzierung eines Grundeinkommens“, Berlin 11.12.2004
(redaktionell gekürzt)

Vorab: Dies sind keine Forderungen, sondern ein gesamtgesellschaftliches Konzept, bei keiner Partei einzufordern und keiner Partei zu überlassen, ein *KONZEPT ZUR ABSCHAFFUNG DER ARMUT* mit einer umfassenden Umverteilung der erwirtschafteten Reichtümer von oben nach unten, immer verknüpft mit der Einführung eines die Existenz sichernden Mindest-Stundenlohns.

In Deutschland sollen alle 800.- Euro-Existenzgeld und eine angemessene Warm-Miete bekommen, unabhängig von Nationalität, Geschlecht, Alter und Familienstand,
- ohne Unterhaltspflicht,
- ohne Bedürftigkeitsprüfung,
- ohne Arbeitszwang

Die *HÖHE* ist aus der Praxis unserer Existenz als SozialhilfebezieherInnen und

Erwerbslose herleitet. Aufgeteilt in Bedarfssäulen bezieht sie sich auf jeweilige Preise, Lebenshaltungskosten und Bedürfnisse. Sie bedürfen sowohl zahlenmäßig als auch inhaltlich der stetigen Fortschreibung, ohne diese von z.B. einer Europäischen Armutsdefinition oder einem BIP abhängig zu machen.

Die Höhe des von uns für 2002 aktualisierten Bedarfs von 800.- Euro setzt sich aus vier „Bedarfssäulen“ zusammen:

S1: Täglicher Bedarf incl. Ernährung	270.- €
+ Energie (Strom, Gas usw.)	40.- €
	= 310.- €
S2: Gesundheit	20.- €
+ Krankenversicherung	110.- €
	= 130.- €
S3: Soziales (Teilhabe)	110.- €
+ Urlaub	65.- €
+ Mobilität	55.- €

S4: Kleidung	= 230.- €
+ Möbel	80.- €
	50.- €
	= 130.- €
	Summe = 800.- €

Auch wenn das Existenzgeldkonzept keine Mehrbedarfe für bestimmte Personengruppen vorsieht, wird es auch weiterhin *SONDERBEDARFE* und *BERATUNGSHILFEN* geben, für die *DER ALLGEMEINE SOZIALDIENST* zuständig sein wird. Klar ist, dass es auch in Zukunft Lebenssituationen geben wird, in denen Menschen eine höhere als durch das Existenzgeld abgedeckte finanzielle Zuwendung durch den Staat benötigen. *Die KOSTEN DER UNTERKUNFT* sind ein integraler Bestandteil der Existenzsicherung von Menschen. Jedem Menschen, wiederum unabhängig von Alter, Geschlecht, Ethnie oder Aufenthaltsstatus steht eine Warm-

Miete in angemessener Höhe zu, unter Berücksichtigung, dass 43 % der Bevölkerung Wohneigentum mit entsprechend geringeren Kosten nutzt, im Bundesdurchschnitt 260.- Euro. Folgende Kriterien sind bei der Höhe zu berücksichtigen:

1. Der jeweilige kommunale Mietspiegel
2. Angemessene Wohnungsgrößen sind für die jeweilige Personen/BewohnerInnenzahl festzulegen.
3. Der Betrag kumuliert also nicht automatisch per Kopf der Haushaltsgemeinschaft
4. Das Wohn-Existenzgeld ist keine Pauschale sondern orientiert sich bei unterschreitendem Bedarf an der tatsächlichen Warmmiete plus Nebenkosten.
5. Für Wohneigentum werden für Instandhaltung und übliche Nebenkosten nur Beträge bis zur jeweiligen angemessenen Mietobergrenze und Wohnraumgröße anerkannt.

Das Existenzgeld ersetzt zunächst folgendes Sozialtransfers:

Die Sozialhilfe inklusive der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
Die Arbeitslosenhilfe bzw. nun Alg II und Sozialgeld.
Das Kindergeld
Das Erziehungsgeld
Das BAföG
Ausbildungsbeihilfen
Wohngeld
Die bisher hierfür aufgebrauchten Beträge dienen der Finanzierung des Existenzgeldes.

Der FINANZIERUNGSPLAN für ein EXISTENZGELD für ALLE ist als Machbarkeitsstudie zu betrachten für einen bestimmten Stichtag. Es ist ein Modell, welches das System der bisherigen Verteilung von Reichtum zwar radikal in Frage stellt, ohne jedoch an der Systemfrage zu scheitern. Wir gehen zunächst nicht von einer der herkömmlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus, sondern entnehmen unsere Belege dem Statistischen Jahrbuch und bringen sie in die richtige Form. Wir wollen hierbei jedoch lediglich die Dimensionen der Kosten und Finanzierbarkeit auflisten, die Berechnung der Pfennig- oder Cent-Beträge überlassen wir anderen.

WER SOLL DAS BEZAHLEN ?

Bei der Finanzierung kommt es zu 4 Blöcken unterschiedlicher „Einnahme“-Arten:

A) zum großen Teil durch eine 50%ige Abgabe ("Take-half") auf alle Netto-Einkommen, gleich welcher Art und Höhe, also auch auf Unternehmer-Tätigkeit und Vermögenseinkommen. Diese Abgabe ist zweckgebunden und keine Steuer und steht dem normalen Staatshaushalt nicht zur Verfügung! Bei der Besteuerung kommt es zu einer Umstellung der Lohnsteuerklassen auf Lohnsteuerklasse 1 für alle, d.h. jede/r wird als Einzelperson besteuert, da auch jede/r als Einzelperson Existenzgeld erhält. Bei diesem Konzept bleiben zunächst alle

Besteuerungen und Sozialabgaben in der jetzigen Form, d.h. in Höhe sowie Progression erhalten.

B) durch Umschichtungen besonders bisheriger Sozialtransfers aus den Etats der Kommunen, der Länder und des Bundeshaushaltes. Hinzu kommen Beträge aus Einsparungen bei Bürokratie und Verwaltung. Bei Letzteren wurde lediglich die Hälfte der dann einzusparenden Kosten berücksichtigt, da ein Teil der bisher in diesen Bereichen Tätigen für andere notwendige kommunale Aufgaben benötigt wird. Die Auszahlung des Existenzgeldes muss keinen weiteren Verwaltungsaufwand bedeuten, eine Abwicklung über das Finanzamt wäre naheliegend.

C) durch die bisherigen Sozialabgaben. (Arbeitgeber- und -nehmer) (Eine arbeitsmarktpolitisch interessante Variante wäre, den Arbeitgeberanteil nur vom Volumen her beizubehalten, diesen aber von der Höhe her über eine entsprechende Neufestlegung der Betriebsertragsteuer wieder einzubringen. Dies hätte den Effekt, dass lohnkostenintensive Betriebe entlastet würden.)

D) neue Einnahmequellen: Die Erbschaftsteuer im Sinne einer 50%igen ("take-half") Abgabe, natürlich mit angemessenen Freibeträgen (Eigenheim), wird gemäß der bestehenden Bevölkerungsstruktur und Vermögensverteilung jährlich zumindest für die nächsten Jahrzehnte große Summen erbringen. Des Weiteren haben wir bestimmte Posten relativ niedrig angesetzt, um sie volkswirtschaftlich tragbar zu halten. Die relativ niedrige Erhöhung der Energiesteuern und der Mehrwertsteuer (letztere im Rahmen der EU-Politik für die BRD sowieso weiter zu erwarten) Bei Subventionseinsparungen darf es summemäßig nicht zum großen Kahlschlag kommen, da gerade für innovative Technologien u. ä. zusätzliche Subventionen schon seit langem überfällig sind.

E) bisher nicht eindeutig belegbare (d.h. geschätzte) Finanzierungsbeträge: Zunahme des Konsums im unteren Einkommensbereich. Volkswirtschaftlich gilt die Faustregel, dass 30% dieser Kaufkraftsteigerung kurzfristig (spätestens nach 12 Monaten) über Steuern (ohne Berücksichtigung der Sozialabgaben) in die einzelnen Kommunal-Landes-Bundes-Haushalte zurückfließt - eine zweistellige Milliardensumme. Des weiteren Bereiche, die auf Grund bestehender Gesetzeslücken z.B. bei den so genannten Abschreibungen wie auch durch mangelhafte Bearbeitung - z.B. durch die Finanzämter - schon seit Jahrzehnten zu steuerliche Fehleinnahmen führen. Weitergehend geschätzt: eine Betriebsertragssteuer i. S. einer Wertschöpfungsabgabe, eine Zinsertragssteuer, eine angedachte zukünftige Kapitalexportsteuer.

Wenn wir die einzelnen Beträge wie oben anführen, kommen wir zu folgender Aufstellung:

EINNAHMEN / UMSCHICHTUNG

Die Berechnung basiert noch auf Daten von 2002. Sie haben sich im Wesentlichen aber nicht geändert und zeigen, dass die Finanzierung machbar ist:

12 Monate x 800.- Euro x ca 82 Mio. Personen = 787,2 Mrd. EURO
Wohnkosten (max.) = 182,1 Mrd. EURO
* bereinigt ! (Rein rechnerisch bei durchschnittlichen Wohnkosten von 260.- EURO x 12 x 82 Mio. = 256 Mrd. EURO)
GESAMTKOSTEN = 969,3 Mrd. EURO

EINNAHMEN / UMSCHICHTUNG

(DM- Beträge!) „Take-Half“ auf:
Nettoeinkommen 860,8
Renten 179,5
Pensionen 44,8
Arbeitgeberleistungen 56,3
Arbeitslosengeld 35,3
Gesetzliche Krankenversicherung 269.- (ohne Pflegeversicherung)
Lohnsteuerumstellung (nur Klasse 1) 40.-
Mehrwertsteuer + 1 % 15.-
Erbchaftssteuer 60.-
Kapitalertragssteuer 20.- (Aktien-/Spekulationsgewinne)
Subventionseinsparungen 20.-
Energiesteuer 20.-
Bürokratie + Verwaltung 18.-
Sozialhilfe 17,1
Arbeitslosenhilfe 28.-
BAföG 1,6
Kindergeld 40,5
Erziehungsgeld 7.-
Wohngeld 6,4
Zunächst belegbar 1739,3 Mrd. DM
Geschätzt 100.Mrd. (zusätzliche Steueraufkommen durch Ex-Geld-Konsum, Betriebsertragssteuer, Zinsertrags und Kapitalexportsteuer...)
FINANZIERUNGSVOLUMEN 1839,3 Mrd. DM Dem steht der Auszahlungsbetrag bzw. das KOSTENVOLUMEN von 1826.- Mrd. gegenüber. (Stand 1999/2000)

"TAKE-HALF", die 50%ige zweckgebundene Abgabe auf das Nettoeinkommen nach bisheriger Gesetzeslage, aber unter Berücksichtigung der dann erfolgenden Umstellung der Besteuerung auf ausschließlich Lohnsteuerklasse Eins, bringt die entscheidende Veränderung bei der Verteilung von oben nach unten. Trotzdem werden 2/3 der Bevölkerung hiervon Vorteile oder zumindest keine Nachteile haben, für die demokratische Durchsetzbarkeit ein wichtiger Aspekt. *"Eine wirklich demokratische Politik muss sich die Möglichkeit eröffnen, der Wahl zwischen zwei Übeln zu entgehen, nämlich einerseits der technokratischen Arroganz, die Menschen zu ihrem Glück zwingen zu wollen, und andererseits der demagogischen Kapitulation, die die Regeln des Marktes und die Sanktion der Nachfrage einfach hinnimmt..."* (P. Bourdieu, Post-Scriptum zu "Das Elend der Welt", deutsche Fassung Konstanz 1997, S. 824).

Ein Weg dorthin ist das Existenzgeld. - Gibt es einen besseren ?

www.existenzgeld.de

Grundeinkommen –Modell für eine solidarische Marktwirtschaft

Ökonomische Analysen diagnostizieren zur Zeit steigende Arbeitslosenzahlen (4,4 Mio. registrierte Arbeitslose, 2 Mio. verdeckt Arbeitslose und ca. 2 Mio. Stille Reserve), die zum größten Teil strukturell bedingt sind, d.h. der primäre (Landwirtschaft u.ä.) und der sekundäre (Industrie u.ä.) Sektor setzen massiv Arbeitskräfte frei und der tertiäre Sektor (Dienstleistungen) ist nicht in der Lage diese aufzunehmen. Daneben wird der Arbeitsmarkt immer mehr von prekären Einkommensverhältnissen dominiert, wie z.B. der Scheinselbständigkeit, Zeit- und Leiharbeit, geringfügigen Beschäftigung, Teilzeitarbeit, befristeten Arbeitsverhältnissen und nicht zuletzt des Working Poor (trotz einer regelmäßigen Arbeit deckt das Lohneinkommen nicht das Existenzminimum). Letzte Daten zeigen, dass 50 % aller neu ins Erwerbsleben Eintretenden in diese prekären Einkommensverhältnisse fallen. Auf der anderen Seite wird die Ungleichheit in der Einkommens- und insbesondere in der Vermögensverteilung immer größer. Dies ist zum Teil Ausfluß einer immer stärkeren steuerlichen Entlastung der Vermögen und Vermögenseinkommen.

Allein diese zwei Problemkreise gepaart mit Reformen, die gerade die nicht so Leistungsfähigen in unserer Gesellschaft massiv unter Druck setzen und einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, welche die Arbeitslosigkeit, zum großen Teil entstanden durch die großen Produktivitätsfortschritte, die das Arbeitsvolumen, welches in unserer Gesellschaft zur Verfügung steht um Arbeitsplätze zu schaffen, schrumpft, durch höhere Anreize, die immer die Missbrauchsvermutung von Sozialleistungen unterstellt, und geringere Löhne, bekämpfen

will zeigen einen grundlegenden Wandel in unserer marktwirtschaftlichen Ordnung, die mit dem Oberbegriff "Stagnation" gekennzeichnet werden kann und dies nicht nur gemessen an den ökonomischen Größen, sondern auch in der Ideenvielfalt.

Hieraus wird zwingend eine Veränderung der Absicherung von Einkommensrisiken, weg von starr lohnarbeitszentrierten Sozialversicherungen, deutlich. Die KAB Aachen diskutiert und forscht seit ca. 15 Jahren zu diesem Thema und präferiert die Einführung eines bedarfsunabhängigen Grundeinkommens.

Jeder Mensch, der in Deutschland eine Tätigkeit im Sinne der Triade der Arbeit (d.h. neben der Erwerbsarbeit im sog. 1. Arbeitsmarkt werden die Privatarbeit [z.B. Kindererziehung, Pflege] und die gemeinwesenbezogene Arbeit [z.B. im Ehrenamt, öffentliche geförderte Beschäftigungen] als gleichrangig angesehen) nachgeht, hat das Recht auf ein Grundeinkommen erwirkt. Personen unter 18 Jahren und über 65 Jahren sind von den Voraussetzungen ausgenommen.

Die Höhe des Grundeinkommens bemisst sich in der Basis nach dem Statistikmodell des Bundessozialhilfegesetzes und in Abhängigkeit vom Lebensalter: ab dem Tag der Geburt 250 €, ab dem 6. Lebensjahr: 360 € ab dem 12. Lebensjahr 440 € und ab dem 18. Lebensjahr 600 € Risikogruppen erhalten einen pauschalierten Mehrbedarf von 170 €. Somit beträgt z.B. das Grundeinkommen für ein Ehepaar mit 2 Kindern 1600 € (abzüglich der Berücksichtigung von Synergieeffekten v. 20 %).

Durchschnittlicher Bedarf im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt in €
Früheres Bundesgebiet (Stand: 1.7.2000), durchschnittlicher Regelsatz

Haushaltstyp	S	G	D
Alleinlebende/r	618,66	609	-9,66
Ehepaar ohne Kind	973,50	974,42	+ 0,92
Ehepaar mit einem Kind von 6 Jahren	1256,76	1266,73	+9,97
Ehepaar mit 2 Kinder von 6 und 12 Jahren	1522,63	1624,02	+101,39
Ehepaar mit 3 Kindern im Alter von 3, 12 und 16 Jahren	1799,24	1891,96	+92,72
Alleinerz. mit einem Kind unter 7 Jahren	1008,27	1146,96	+138,69
Alleinerz. mit 2 Kindern von 7 und 13 Jahren	1326,29	1431,16	+104,87

S=Summe G=Grundeinkommen D=Differenz

Aus dem Vergleich wird deutlich, daß insbesondere Familien oder Alleinlebende mit Kindern wesentlich besser gestellt

werden als durch die Leistungen im Bundessozialhilfegesetz!

Die Kosten belaufen sich im Jahr auf 499 Mrd. € Solche Kosten bedürfen einer grundsätzlichen Neuorientierung in den Finanzierungsströmen der Sozial- und Finanzpolitik. Nach Abzug der Sozialleistungen, welche durch die Einführung des Grundeinkommens wegfallen und der geringer werdenden Staatsausgaben verbleiben noch 380 Mrd. €, deren Deckung nur durch eine große und vor allem auch "gerechtere" Umgestaltung des Steuersystems möglich ist. Zu aller erst muß die Wiedererhebung der Vermögensteuer durchgeführt werden; daneben steht die Wiedererhöhung der Erbschaftsteuer auf das Niveau von 1996 an, um auch dem europäischen Durchschnitt entsprechend eine angemessene Belastung zu erreichen. Im Einkommensteuerrecht steht die Abschaffung des Ehegattensplittings und die Erhöhung des Grenzsteuersatzes auf 53 % im Vordergrund. Die Schließung von Steuervermeidungstechniken und Streichung von vielen verdeckten Subventionen im Einkommensteuerrecht sind seit langem notwendige Reformen.

Eine notwendige Erhöhung von Verbrauchsteuern auf Bier, Sekt, Tabak, Branntwein und neu auf Wein sowie die Einführung sog. "Öko-Steuern" sind mögliche Maßnahmen. Die Einführung von Steuern auf Börsengeschäfte im weiteren Sinne, oft umschrieben mit der Tobin-Steuer sind weitere Möglichkeiten. Es verbleibt dann eine letzte Belastung von 80 Mrd. € welche allein durch die Wachstumsprozesse, ausgelöst durch die höheren Konsummöglichkeiten gerade der Niedrigeinkommenshaushalte, getragen werden können bzw. am Anfang evtl. eine höhere Neuverschuldung notwendig macht.

Damit kann das Modell des Grundeinkommens als zentrales Element verstanden werden, um die zukünftigen Herausforderungen in der Gesellschaft, hervorgerufen durch demographische Entwicklungen, einem stetigen Rückgang des Arbeitsvolumens sowie durch mangelnde Herausbildung von Humankapital im sog. 1. Arbeitsmarkt, zu lösen.

Natürlich ist dieses Modell nicht von heute auf morgen in einer Gesellschaft, die zur Zeit solidarisches Handeln systematisch verlernt, umzusetzen. Mit einem Stufenplan ist eine allmähliche Gewöhnung an ein Grundeinkommen möglich.

Angefangen mit einer pauschalierten Sozialhilfe, welche immer mehr zu einer bedarfsabhängigen Grundsicherung wird, der Einführung von Erziehungseinkommen und Grundrenten, welche nicht mehr bedarfsabhängig sind und nicht zuletzt, die Einführung eines Öffentlich geförderten Beschäftigungs-sektors, der Arbeitsplätze schafft, die aufgrund rein betriebswirtschaftlicher Überlegungen im 1. Arbeitsmarkt nicht mehr angeboten werden und trotzdem für die Wohlfahrt einer Gesellschaft notwendig sind.

Damit erhält die Triade der Arbeit, die nicht nur von der KAB, sondern auch von maßgeblichen Zukunftsforschern im Bereich Arbeit als notwendig erachtet werden (Club of Rome, Andre

Gorz, Hannah Arendt) seine Flankenabsicherung und sichert zukünftigen Wohlstand und Arbeit.

Finanzierungsrechnung zum Grundeinkommenskonzept

Den Ausgaben von ca. 499 Mrd. EURO (unter Berücksichtigung der Synergieeffekte) stehen folgende Einnahmemöglichkeiten in Mrd. € gegenüber:

I. Einzuspärende Sozialleistungen: 76,5

darunter:

- Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt 10,07
- Hilfe in besonderen Lebenslagen 4,14
- Wohngeld 1,79
- Ausbildungsförderung 0,92
- Arbeitslosenhilfe 11,4
- Rente nach Mindesteinkommen 1,53
- Kriegsofopferfürsorge 5,36
- Kindergeld, Erziehungsgeld 29,6
- Erziehungsgeld 3,52
- Jugendhilfe 8,18

II. geringere Staatsausgaben durch Grundeinkommen: 40,9

darunter:

- Einsparpotential bei passiver Arbeitsmarktpolitik 13,29
- Einsparen bei aktiver Arbeitsmarktpolitik (Fortbildung und Umschulung) 4,6
- höhere Steuereinnahmen/vermehrte Sozialbeiträge 15,33
- geringere Gesundheitskosten 5,11
- geringere Verwaltungskosten 2,56

III. Umbau des Steuersystems 301,26

darunter:

- Wiedereinführung der privaten Vermögensteuer (3 %) 46,02
- Erhöhung der Schenkung- und Erbschaftsteuer 10,23
- Abschaffung bzw. Änderung d. Ehegattensplitting 20,45
- Abschaffung des Grundfreibetrags und Erweiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage 30,68
- Abschaffung von Steuervergünstigungen/ Freibeträge 25,56
- Erhöhung des Spitzen-Grenzsteuersatzes auf 53 % 15,34
- Eindämmung der Steuerhinterziehungsmöglichkeit. 50
- Erhöhung der Tabaksteuer auf max. EU-Niveau 4
- Erhöhung von Branntwein- und Schaumweinsteuer auf EU-Niveau sowie Einführung einer Weinsteuer 9
- Einführung von Steuern auf umweltschädigende Stoffe u.ä. (UPI-I.) 25,56
- Einführung einer Devisen-Umsatzsteuer von 2 % 30,68
- Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer 12,78
- Anhebung der Spekulationsfristen 5,62
- Erhöhung der Umsatzsteuer um 2 % 15,34

IV. Neuverschuldung 80

Namibia auf dem Weg zu einem Grundeinkommen – basic income grant (BIG)

Es kursierte seit längerer Zeit das Gerücht, dass in Namibia neben Brasilien ebenfalls eine allgemeine Grundsicherung für alle vorbereitet werde. Während der Recherche für ein Erinnerungsprojekt an den Aufstand der Hereros gegen die deutsche Kolonialmacht vor hundert Jahren stießen wir dabei auf interessante Zusammenhänge und Verbindungen.

Vor zwei Jahren forderte das namibische Parlament die nationale Steuervereinigung Nam-Tax auf das bestehende Steuersystem zu überprüfen. Als Ergebnis ihrer Arbeit schlug Nam-Tax die Einführung einer allgemeinen Grundsicherung für alle vor. Unabhängig davon hat im namibischen Kirchenrat (NCC), dem Dachverband der Kirchen Namibias, eine Diskussion über den Abbau der Armut und des riesigen Einkommensgefälles im Land stattgefunden. Ziel sollte eine realisierbare Umverteilung der Einkommen über Steuern sein, die auch die größten Probleme des Landes, Armut und AIDS, wirksam bekämpft. Die Völker der Hereros und Namas haben in dem Kolonialkrieg gegen die deutschen Schutztruppen ihre wirtschaftliche Selbständigkeit als Hirten und kollektive Landbesitzer verloren und sich nach Ende des Krieges und der folgenden Protektoratszeit durch Südafrika wirtschaftlich nicht wieder erholen können. Sie und die Ovambos, die seit 1960 hauptsächlich den Befreiungskampf geführt haben, leben als Minenarbeiter und Farmhelfer und in den wenigen Städten in der Industrie.

Für die weiße Minderheit in Namibia besteht ein mittlerer europäischer Lebensstandard, die politischen Eliten der Völker teilen diesen mit ihnen, aber die

Mehrheit der Menschen existiert in extremer Armut und Prekarität. Über 90 Prozent der namibischen Bevölkerung sind praktizierende Christen und unter anderem deshalb haben diese großen Unterschiede und die ungeklärte Landfrage bisher nicht zu Aufständen wie beispielsweise im benachbarten Simbabwe geführt. Die Regierung hat mit den Farmern über Landverkäufe angefangen zu verhandeln, die bestehenden Ungerechtigkeiten sind aber nicht länger hinzunehmen.

Im November 2004 stellte die Evangelisch Lutherische Kirche Namibias (ELCN) ihr Konzept des basic income grant (BIG) vor. Mit dem BIG soll allen Namibianern eine Grundsicherung in Höhe von N\$ 100 (81 €) gezahlt werden. Das BIG soll bis zum 60. Lebensjahr gezahlt werden, da ab diesem dann die allgemeine Mindestrente in Höhe von 500 N\$ (405 €) die Grundsicherung garantieren soll. Mit dem BIG soll gewährleistet werden, dass in Namibia niemand mehr hungern wird.

Die Not ist in Namibia sehr groß. 23,5 % der Bevölkerung sind HIV-infiziert und die Erwerbslosigkeit beträgt 35%. Frauen haben eine Lebenserwartung von 41 Jahren, Männer von 44. Bei tausend Geburten sterben 68 Säuglinge. Die Bevölkerung wächst durchschnittlich um 1,49 Prozent.

Namibia ist ein Land mit reichen Bodenschätzen, deren Ausbeutung fast vollständig von internationalen Konzernen kontrolliert wird. Kupfer, Uran und Diamanten sind neben landwirtschaftlichen Produkten (Vieh und Fisch) die wichtigsten Exportgüter.

Die aktuelle Debatte um BIG wird im Land

sehr kontrovers geführt. Neben den Kirchen sind es linksliberale Parteien, die dieses Projekt unterstützen und BIG im Februar 2005 ins Parlament einbringen werden. Die Konservativen sind gegen das Grundeinkommen, weil dadurch „die Trägheit gefördert“ wird. Auch die mit absoluter Mehrheit regierende Swapo ist dagegen, weil sie keine Finanzierung zusätzlich zu Renten, einer Art Sozialhilfe, Unterstützung bei Beeinträchtigungen und Hilfen für Pflegeeltern sieht. Zuerst müssen die Menschen hart arbeiten bevor eine zusätzliche Grundsicherung möglich werde ohne die namibische Wirtschaft noch mehr zu belasten.

In Namibia hat von 1904 bis 1908 der erste Völkermord im 20. Jahrhundert stattgefunden, den deutsche Soldaten im Auftrag der deutschen Reichsregierung an Hereros und Namas begingen. Über 75 Prozent beider Nationen haben den Krieg, Vertreibung in die Wüste, Konzentrations- und Vernichtungslager sowie die damit verbundene Zwangsarbeit nicht überlebt. Fast die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche des Landes wird von den Nachfahren der Kolonisten bis in die Gegenwart bewirtschaftet. Nach der Kolonialzeit kam die lange Zeit der Apartheid unter Südafrikanischer Kontrolle.

Wenn in Namibia das BIG realisiert werden wird, wird ein weiteres kleines Stück an sozialer Gerechtigkeit verwirklicht werden können. Vor allem wird aber endlich eine Existenzsicherung für alle möglich werden und damit endlich ein nachkoloniales System der existenziellen Armut zu Ende gehen. Das sollten wir aus dem reichen Norden materiell und inhaltlich unterstützen.

Clóvis Zimmermann

Brasilien: Grundeinkommen für alle

Brasilien hat im Januar letzten Jahres als erstes Land der Welt die Einführung eines Grundeinkommens (Renda Básica de Cidadania) beschlossen. Damit soll allen BrasilianerInnen ohne jegliche Einkommensunterschiede und sogar AusländerInnen, die seit mehr als fünf Jahren im Land leben, eine staatliche finanzielle Leistung zukommen, mit der ihre Grundbedürfnisse wie Lebensmittel, Erziehung und Gesundheit befriedigt werden sollen. Dabei handelt es sich um eine allgemeine finanzielle Unterstützung, die monatlich bedingungslos und ohne Unterschied, für Reiche und Arme, Jung und Alt, Frauen und Männer gleichermaßen ausbezahlt werden soll. Das Votum für ein Grundeinkommen, das nach und nach eingeführt werden soll, beginnend mit den Ärmsten der Gesellschaft, ist dem langwierigen Bemühen des Senators Eduardo Suplicy zu verdanken. Nach Ansicht von Lena Lavinias, Professorin an der Bundesuniversität Rio de Janeiro, stehe jedoch der Satz „beginnend mit den Ärmsten der Gesellschaft“ nicht im Einklang mit dem Konzept des Grundeinkommens, da dieses gleichermaßen für alle

eingeführt werden soll und nicht nach Kriterien der Auswahl.

Die Programme zur Armutsbekämpfung in Brasilien waren bis in die 90er Jahre vorwiegend auf die Steigerung des Wirtschaftswachstums ausgerichtet, mit dem indirekt auch Armut bekämpft werden sollte. Brasilien ist diesem Ziel aber nie nahegekommen. In den 90er Jahren intensivierten sich die Debatten und Kampagnen um die Armut. Zuerst wurden globale Programme zur Armutsbekämpfung auf kommunaler Ebene eingeführt, die an einen Mindesteinkommensgesetzentwurf von Senator Eduardo Suplicy (PT) anknüpften. Von 1995 an haben zahlreiche Kommunen Brasiliens, zunächst Campinas, Ribeirão Preto und der Bundesdistrikt Brasília, Mindesteinkommensprogramme zur Armutsbekämpfung eingeführt. Diese Mindesteinkommensprogramme stellten eine Reihe von Bedingungen für die Aufnahme in das Programm. Die erste Bedingung für die Aufnahme eines Leistungsempfängers war die

Verpflichtung der Eltern, den Schulbesuch ihrer Kinder zu gewährleisten. Kommunen, die diese Bedingung stellten, führen das Argument ins Feld, dass Armut in den Familien großen Einfluss auf den frühzeitigen Eintritt der Kinder in den Arbeitsmarkt habe, weil die Kosten zum Erhalt der Kinder in der Schule sehr hoch seien und weil diese Familien die Arbeit der Kinder benötigten, um das prekäre Familieneinkommen zu erhöhen. Neben der Verpflichtung der Eltern, ihre Kinder in die Schule zu schicken, verlangten die meisten Mindesteinkommensprogramme eine Mindestwohndauer in der Stadt – im Allgemeinen 2 bis 5 Jahre - als Voraussetzung für die Aufnahme in das Programm. Ziel dieser Bedingung ist es zu verhindern, dass Menschen aus anderen Städten aufgrund des Programms in die Stadt ziehen. Außerdem legten die meisten Programme eine Einkommensobergrenze als Voraussetzung für die Aufnahme in das Programm fest. In der Regel ist ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als einem halben Mindestlohn im Monat als Einkommensgrenze vorgesehen.

Fome Zero

Mit der Wahl des linksorientierten Präsidenten Lula im Oktober 2002 wurde das Programm „Fome Zero“ (Null Hunger) ins Leben gerufen. Das Programm „Null Hunger“ beinhaltet insbesondere die Einführung einer *Lebensmittelkarte*, mit der 44 Millionen als arm eingestufte BrasilianerInnen (etwa 11,2 Millionen Familien) bis Ende des Jahres 2006 sich angemessen ernähren sollen. Ende Oktober 2003 hat die Regierung die unterschiedlichen Formen der Unterstützung in einer *Familienunterstützungskarte* zusammengeführt. Diese gewährt eine Unterstützung von 50 bis 95 Real (etwa 20 Euro; der Mindestlohn liegt bei 260 Real). Diese Unterstützungen, die bis zur Einführung des Grundeinkommens beibehalten werden sollen, sind nicht nur an nachgewiesene Armut gebunden, sondern verlangen auch „Gegenleistungen“ der Familien, wie den Nachweis darüber, dass ihre Kinder regelmäßig zur Schule geschickt werden oder an Impfungen teilnehmen, die Teilnahme der Erwachsenen an Alphabetisierungskursen, Informationsveranstaltungen über Ernährung oder Berufsausbildung. Die Kosten für die Überprüfung der Gegenleistungen betragen jährlich nach Schätzungen von Lena Lavinas 25 Milliarden Real, während das Programm selbst jährlich nur 5 Milliarden Real kostet. Bis jetzt haben mehr als 5 Millionen arme Familien die „Familienunterstützungskarte“ in ganz Brasilien erhalten.

Grundeinkommen

Das Grundeinkommen (das Gesetz wurde am 8. Januar 2004 vom Präsidenten unterzeichnet) soll ab 2005 schrittweise eingeführt werden - beginnend bei den besonders Betroffenen. Ein Kritikpunkt ist die Abhängigkeit des Gesetzes von den Haushaltsspielräumen des Staates, wodurch eine Regierung dieses Programm verschieben oder verzögern kann. Außerdem könnte ein niedrig angesetzter Betrag des Grundeinkommens die Kraft des Gesetzes beschränken und dazu führen, dass es letztlich nicht die vorgesehene Wirkung entfaltet.

Nach Senator Suplicy könnte das brasilianische *Grundeinkommensprogramm* schrittweise bis 2010 ganz eingeführt werden. Er sieht das Familienunterstützungsprogramm als Beginn des Grundeinkommens, obwohl er selbst das Recht der Einzelperson und nicht der Familie in den Vordergrund stellt und dann die Auszahlung der Leistungen an keinerlei Bedingungen mehr knüpft.

Die Auswirkungen eines Grundeinkommens in Brasilien könnte, so wie Erich Fromm in den 60er Jahren feststellte, zum erstenmal den Menschen von der Drohung des Hungertods befreien und ihn auf diese Weise von wirtschaftlicher Bedrohung wahrhaft frei und unabhängig machen. Dabei müsste sich niemand mehr nur deshalb auf bestimmte Arbeitsbedingungen (wie es im Extremfall noch mit der Sklavenarbeit in Brasilien der Fall ist) einlassen, weil er sonst befürchten müsste, er würde verhungern. Begabte oder ehrgeizige Frauen und Männer, so Erich Fromm, könnten ihre Ausbildung wechseln, um sich damit auf einen anderen Beruf vorzubereiten; eine Frau könnte ihren Ehemann verlassen. Die Menschen hätten keine Angst mehr, wenn sie den Hunger nicht mehr zu fürchten brauchten.

(gekürzt aus SoZ 11/04)

1 Auf Portugiesisch „Bolsa Família“. Jede Familie bekommt monatlich einen Betrag von 50 bis 95 Real, je nach der Anzahl der Kinder. Der Grundbetrag liegt bei 50 Real, pro Kind wird dann 15 Real hinzu bezahlt. Allerdings werden nur bis 3 Kinder berücksichtigt. Der Durchschnittswert der Familienunterstützungskarte liegt monatlich bei 73 Real

Die Bewegung für ein soziales Grundeinkommen in Spanien – „Renta Básica“

Im November 1998 organisierten Asociación Renta Básica (AREBA), EcoConcern, die Stiftung für marxistische Forschung (FIM) und das „Kollektiv Zambra“ ein Treffen zum Thema Grundeinkommen in Barcelona. Damals war das Konzept in Spanien praktisch unbekannt. Angesichts dessen war die Beteiligung von ungefähr 100 Personen aus fast allen Teilen des Landes aus etwa 20 Gruppen ein voller Erfolg. Die TeilnehmerInnen verabschiedeten fast einstimmig das „Manifest von Barcelona für das BürgerInnenrecht auf ein Grundeinkommen“. Im September 2004 kam es zu einem zweiten Treffen dieser Art von Organisationen mit einem explizit linken Selbstverständnis. Verabschiedet wurde dort das „Zweite Manifest von Barcelona“.

Zweites Manifest von Barcelona für das BürgerInnenrechts auf ein Grundeinkommen

Seit dem *Ersten Manifest* sind schon fünf Jahre vergangen. In dieser Zeit haben die Aktivitäten zur Bekanntmachung der Idee eines Grundeinkommens ein breites Echo gefunden. Inzwischen gehört dessen Einführung zum grundlegenden Forderungskatalog vieler Organisationen und Kollektive; andere dagegen haben auch

weiterhin nur ein bruchstückhaftes Wissen über dieses Konzept. Einige Parteien haben die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen sogar zu einem ihrer Wahlkampflogos gemacht.

Die im *Ersten Manifest* ausgearbeitete Konzeption des Grundeinkommens hat auch in eher konventionellen politischen Kreisen weite Verbreitung gefunden. Sie beruht auf einer sehr konservativen Philosophie über die Gesellschaft, das heißt dass dabei sowohl das (importierte) Konzept als auch die (liberale) ethische Rechtfertigung, die jene Kreise benutzen, ganz und gar nicht mit dem Paradigma und der Idee von Gerechtigkeit, die unserem politischen Engagement zugrunde liegt, übereinstimmen.

Bestimmte Konzeptionen des Grundeinkommens sind unter vielen sozial orientierten Organisationen und Einrichtungen populär geworden, weil sie völlig deren karitativen Vorstellungen entsprechen und mit ihren politischen Grundeinstellungen und sozialen Praktiken in Einklang stehen. Eine der Ambivalenzen des *Ersten Manifests* bestand darin, dass die Versammlung den jeweiligen politischen Kollektiven und Organisationen die Freiheit

ließ, ihrer Idee von Grundeinkommen einen Namen zu geben, der der eigenen Philosophie am ehesten entspricht. Herausgekommen sind dabei so widersprüchliche Bezeichnungen wie "allgemeines Einkommen", "bedingungsloses Einkommen", "garantierte Grundsicherung", "Sozialdividende", "Sozialeinkommen", "Soziallohn", "Mindesteinkommen", usw.

Aus unserem eigenen Denkansatz heraus müssen wir dringend eine Definition und eine Rechtfertigung des sozialen Grundeinkommens finden, die wirklich mit unserer antikapitalistischen Position übereinstimmt. Mit anderen Worten: Wir sind nun an einen Reifepunkt gelangt, der von uns einen eigenständigen Diskurs verlangt, welcher es uns erlaubt, das Überkommene und Liberale vieler Konzepte des Grundeinkommens zu verlassen und es durch ein antikapitalistisches Interpretationsmodell zu ersetzen. Das Grundeinkommen muss zu einem Instrument sozialer Veränderung hin zu einer Gesellschaft gemäß unserer politischen und sozialen Vorstellungen und Utopien werden.

Glücklicherweise helfen uns die verschiedensten historischen Strömungen antikapitalistischer Philosophie und Praxis die Perversität dieses Systems zu erkennen und zu verurteilen. Sie reichen von den vielfältigen anarchistischen bis hin zu den sozialistischen und kommunistischen Tendenzen. Gleichzeitig bieten uns viele klassische und moderne DenkerInnen außergewöhnliche (und heute oft aktualisierte) Analysen der Natur sowie der Logik der kapitalistischen Akkumulation. Dieser intellektuelle Reichtum steht uns allen zur Verfügung.

Das "starke Modell" verteidigt die persönliche Autonomie

Wir mussten eine Klassifizierung der verschiedenen Interpretationen des Grundeinkommens ausarbeiten, um einschätzen zu können, ob ein bestimmtes Modell antikapitalistisch ist oder uns vielmehr die Unterordnung unter das herrschende Gesellschaftssystem vorschlägt. Heutzutage gibt es eine breite Spannweite von neu vorgeschlagenen Formen der Sozialhilfe, die fast alle auf Unterstützung der Familien beruhen und oftmals Gegenleistungen einfordern. Die Mehrzahl von ihnen zielt auf die in prekären sozialen Verhältnissen lebenden sozialen Gruppen und sieht Geldleistungen in einer Höhe vor, die die finanzielle Bedürftigkeit der Betroffenen festschreibt.

Die zu beurteilenden Vorschläge haben wir in "starke" und "schwache" Modelle des Grundeinkommens eingeteilt. Die "starken" Modelle bieten eine Gewähr dafür, dass sie Werkzeuge zum Kampf gegen den Kapitalismus darstellen. Ihre Umsetzung zielt auf soziale Gerechtigkeit, weil es sich um Mechanismen der realen Einkommensumverteilung handelt. Aber gleichzeitig verstehen sich diese Modelle auch als antikapitalistisch, weil sie es erlauben, den Arbeitsmarkt zu umgehen, der eine der wesentlichen Säulen der Beherrschung und Ausbeutung der Bevölkerung darstellt und für das herrschende System unverzichtbar ist.

Im Spanien hat sich ein hierarchisch und elitär strukturiertes Netzwerk von NGOs, sozialen Einrichtungen und politischen Instanzen herausgebildet, welches sich an rein sozialtechnischen und systemimmanenten Vorstellungen orientiert, wodurch der ursprüngliche Inhalt des Konzeptes Grundeinkommen ausgehöhlt wird. Deshalb bestehen wir mit Nachdruck darauf, das Grundeinkommen ausgehend von einer Mobilisierung der Betroffenen sowie der sozialen Basisgruppen einzufordern. Wir vertreten die Etablierung eines Grundeinkommens, das durch die BürgerInnenschaft und ihr bewusstes Engagement erreicht wird – und nicht aufgrund einer Entscheidung von oben.

Die wesentlichen strukturellen Eigenschaften und Kennzeichen des von uns angestrebten "starken" Modells des Grundeinkommens, das zu erreichen wir uns mit diesem *Zweiten Manifest* individuell als Einzelpersonen sowie kollektiv als Organisationen vorgenommen haben, sind:

- Es hat einen **individuellen Charakter**: Erhalten können es ausschließlich Einzelpersonen und nicht Familien.
- Es hat einen **universellen Charakter**, wobei die doppelte Anforderung erfüllt sein muss, dass es sowohl allen Menschen zugute kommt als auch nicht steuerpflichtig sein darf.
- Es ist an **keine Bedingungen** geknüpft, wobei auch hier die doppelte Anforderung erfüllt sein muss, sowohl *unabhängig vom Einkommensniveau* zu sein als auch in keinerlei Beziehung zum Lohnarbeitsmarkt zu stehen.
- Das **finanzielle Minimum** des Grundeinkommens hat sich an der Armutsgrenze zu orientieren - in unserem Falle wird diese durch die Hälfte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens bestimmt.
- **Gerechtigkeit**: Jede Person erhält exakt den gleichen Betrag an Grundeinkommen.
- **Partizipation**: Der Gesamtbetrag des Grundeinkommens wird in zwei Teile aufgeteilt. Ein Teil wird den Einzelnen "auf die Hand" ausgezahlt und der andere Teil geht in einen Fond für öffentliche Investitionen in den Bereichen Bildung und Erziehung, Gesundheit, Wohnung, öffentlicher Nahverkehr, Umwelt, Projekte mit kollektivem Charakter, Alternative Ökonomie.
- **Finanzielle Umschichtung**: Das Grundeinkommen ersetzt fast alle übrigen finanziellen Sozialleistungen: Renten, Sozialhilfe, finanzielle Beihilfen, Subventionen, usw.
- Das Grundeinkommen bedarf der **Mobilisierung von unten** und der direkten Beteiligung der BürgerInnen und selbstorganisierten sozialen Basisgruppen.

Die Falle der "schwachen" Modelle des Grundeinkommens

Wir stellen fest, dass sich Vorschläge immer weiter ausbreiten, die sich an "schwachen" Modellen des Grundeinkommens orientieren. Einige von ihnen könnten bald auch real umgesetzt werden, wie es heute schon in der Autonomen Gemeinschaft des Baskenlandes der Fall ist. Viele Autonome Gemeinschaften (das entspricht den Bundesländern in der BRD, A.d.Ü.) tendieren zur Anwendung des baskischen Modells. Diese Maßnahme stellt eine Einkommensbeihilfe dar, die in vielen sozialen Notlagen vergeben wird und die in Euskadi den Namen "nicht-steuerpflichtige Arbeitslosenunterstützung" trägt.

Die Ausbreitung der "schwachen Modelle", welche auch der immer schwammigeren und ungenaueren Verwendung des Konzepts des Grundeinkommens geschuldet ist, hat dazu geführt, dass wir unbedingt zwischen „dem Grundeinkommen“ im Singular – so wie wir das Konzept von Beginn an gebraucht haben – und „den Grundeinkommen“ im Plural zu unterscheiden haben, wobei sich letztere auf die aktuell vor allem diskutierten und geplanten Modelle beziehen. (Das entspricht in der BRD in etwa der Debatte um Grundeinkommen und Grundsicherung – Anm. d. Red.)

Wir müssen uns sehr klar sein darüber, für welches dieser Modelle wir uns entscheiden und von welchem Modell andere ausgehen, wenn sie sich, unter verschiedenen Namen, auf so etwas wie ein „Grundeinkommen“ beziehen. Um nicht in die Falle der Ungenauigkeit oder der ideologischen Verwirrung zu tappen sollten wir klar zwischen den Modellen unterscheiden, zwischen denjenigen, die auf eine reale soziale Gerechtigkeit abzielen und eine antikapitalistische Stoßrichtung besitzen, und denjenigen, die einen liberalen und rein karitativen Charakter haben. Die Einführung von "schwachen" Modellen kann unserer Überzeugung nach nur als positiv erachtet werden, wenn dies einen Schritt hin zur Stärkung des "starken" Modells darstellt. Sie sollten einzig und allein akzeptiert werden, wenn sie die folgenden Minimalbedingungen erfüllen:

- Das Grundeinkommen sollte individuell an alle ausgezahlt werden, zumindest an alle ab dem 16. Lebensjahr.
- Es dürfen keine Gegenleistungen eingefordert werden (Arbeitsleistung, Weiterbildung, etc.).
- Der Mindestbetrag des Grundeinkommens sollte sich an der

Armutsgrenze orientieren (die Hälfte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens).

- Die eingeführten Modelle sollten auch das "starke" Modell anerkennen und Schritte zu dessen Umsetzung vorsehen.

Von der Barbarei zur realen Gemeinschaft der menschliche Spezies

Wenn das "starke" Grundeinkommensmodell auch wesentlich für die Stärkung der persönlichen Autonomie in unserem Leben ist, so vergessen die hier unterzeichnenden Einzelpersonen und Kollektive doch nicht, dass eine antikapitalistische Grundeinstellung den notwendigen Bezugspunkt darstellt, an dem sich auch hier das Engagement für eine emanzipatorische soziale Transformation zu orientieren hat. Der Kapitalismus treibt den Egoismus in den Individuen an und gibt ihm einen immer größeren Anreiz. Er verhindert die Entwicklung der Menschen als soziale Wesen und zerstört die Bedingungen der Menschlichkeit. Er zwingt uns in einem Zustand der Barbarei zu verharren.

Die radikale soziale Transformation führt zur wirklichen Emanzipation der menschlichen Spezies. Sie bedeutet, dass die Menschen sich als soziale Wesen an der Gemeinschaft aller beteiligen, um in einer neuen Gesellschaft zusammenzuleben, in der die Menschheit sich endlich als freie entfalten und festigen kann. Bis dahin werden wir uns weiterhin in bestimmten zeitlichen Abständen treffen und austauschen, um unsere Kämpfe einzuschätzen und auf den neuesten Stand zu bringen, ohne Parteiparolen, ohne Hymnen, ohne Riten, ohne feste Strukturen, ohne Hierarchien, ohne Macht ... aber im Vertrauen darauf, dass

wir eines Tages siegen werden.

Unterzeichnende Gruppen: A Cova dos Ratos (Vigo), Alternativa Antimilitarista (Cantabria), Asociación Contra la Exclusión Social (Murcia), Asociación Renta Básica (AREBA), Baladre (Estado español), Berri-Otxoak (Baracaldo), Centro de Recursos para Asociaciones (Cádiz), Colectivo Módulo Azul (Morón de la Frontera), Corcó (Xátiva), Creación (Morón de la Frontera), EcoConcern (Barcelona), Izquierda Unida (federaciones de Cuenca y Extremadura), Kol.lectiu de Joves de La Coma (Paterna-Valencia), Coordinadora de Colectivos del Parke (Alfajar-Valencia), La Lletra A (Xátiva), La Maixanta (Lleida), Mil Lúas (A Coruña), Mesa Cívica por la RB de Catalunya (Barcelona), Oficina EnREDando (Murcia), Plataforma per la Globalització de les Resistències (Bellpuig-Lleida), Xera (Asturies), Zambra (Andalucía)

**Zweites Internationales Treffen für das BürgerInnenrecht auf ein Grundeinkommen, 17. bis 19. September 2004
Museum für Zeitgenössische Kunst Barcelona (MACBA)**

Weitere Literatur zu den verschiedenen Modellen des Grundeinkommens in spanischer Sprache:

José Iglesias Fernández: Las Rentas Básicas: un modelo de implantación territorial; Verlag *El Viejo Topo*, Juni 2003.
Ders.: La cultura de la rentas básicas, *Virus-Verlag*, Juli 2004.

Werner Rätz

Lesetipps, Weiterführendes, Fehlendes

Schwerpunkt dieser Ausgabe von *Sand im Getriebe* ist das garantierte Grundeinkommen. Die Idee ist alt und hat viele Väter und Mütter. Meist ist sie verbunden mit Überlegungen zur Arbeit: Was ist eigentlich Arbeit? Wie wollen wir arbeiten? Warum sollen wir überhaupt arbeiten? Wieso werden einige Tätigkeiten als „Arbeit“ anerkannt und andere nicht? Wieso werden unsinnige und schädliche Tätigkeiten bezahlt und sinnvolle und notwendige nicht? Bedeutet der Kampf um Emanzipation und Selbstbestimmung die Befreiung der Arbeit oder die Befreiung von der Arbeit? In einigen Texten wird ein wenig dazu gesagt. Mehr ist nachlesbar auf der Website des Schwerpunktes in einer Studie von Manuel Emmler und Felix Tintelnot. (<http://www.attac.de/genuefueralle/neuaufgabe/dateien/textdokumente/material/Grundeinkommen%20end-2.pdf>).

Die Literatur zum Thema ist sehr umfangreich. Es ist gänzlich unmöglich das auf einem begrenzten Raum auch nur annähernd vollständig wiederzugeben. Wir haben uns hier auf einige ausgewählte Aspekte beschränkt. Diese Auswahl ist notwendig subjektiv. Sie umfasst das, was die Redaktionsgruppe aus dem Schwerpunkt genugfüralle (Johannes Beisiegel, Hardy Krampertz, Werner Rätz) für wichtig hielt. Andere hätten vielleicht anderes ausgewählt. Deshalb geben wir hier zumindest einen kleinen Einblick in Fehlendes.

Das betrifft als erstes die Widersprüche und Einwände. In *Attac D* gibt es keineswegs eine einheitliche Meinung zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen. Es ist unumstritten, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können müssen und ohne Arbeit auch. Wie dies gesellschaftlich sicher zu stellen ist, darüber gibt es durchaus unterschiedliche Meinungen. Im Schwerpunkt genugfüralle sind wir uns einig, dass ein Mindesteinkommen unbedingt notwendig ist. Dies sollte sich in den beiden Elementen Mindestlohn und bedingungsloses Grundeinkommen konkretisieren. Über deren genaue Ausgestaltung, über ihr Verhältnis zueinander, über Höhe und Durchsetzungsstrategien müssen wir noch produktiv streiten. Eine wichtige und laut gestellte Frage betrifft die Befürchtung, dass

eine Grundeinkommen wie eine Lohnsubvention wirken könnte und so ungewollt zur Etablierung eines Niedriglohnssektors beitragen würde. (Dazu Astrid Kraus:

http://www.sozialismus.de/socialist/artikel.php?r=1&p=2004_11)

Im Folgenden finden sich sechs Positionen jeweils nur mit einem Zitat angerissen, die ansonsten nicht ausgeführt werden. Die Fundstellen im Netz sind angegeben.

Weiter ist eine **Linkliste** aufgeführt, über die Zugang zu den meisten wichtigen Texten besteht.

Darüber sind auch zahlreiche **Buchveröffentlichungen** auffindbar, von denen zwei hier erwähnt werden sollen:

Hans-Peter Krebs und **Harald Rein** (Hrsg.), Existenzgeld.

Kontroversen und Positionen, 1. Aufl. 2000; Münster: Westfälisches Dampfboot, ISBN 3-89691-475-8.

Axel Gerntke / Werner Rätz / Claus Schäfer u.a., Einkommen zum Auskommen. Von bedingungslosem Grundeinkommen, gesetzlichen Mindestlöhnen und anderen Verteilungsfragen Herausgegeben von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Hamburg 2004 (vsa), ISBN 3-89965-110-3.

Alternative zum fordistischen Sozialstaat (Karl Reitter)

Marco Revelli prägte für den Fordismus das Bild des Kristalls, für den Postfordismus das Bild der Rauchwolke 1. Damit wollte er das Fließende der postfordistischen Verhältnisse fassen. Dieses Verschwimmende, Konturlose wird auch durch die biographische Forschung bestätigt. Die Individuen sind zunehmend mit einer Verkürzung ihrer Planungsperspektive konfrontiert, oft schrumpft die Lebensplanung bis auf den Augenblick zusammen, wird die momentan ausgeübte Tätigkeit als vorläufig eingestuft, was sich nicht selten als Illusion erweist. Die zunehmenden Brüche in den Biographien zeigen die Notwendigkeit eines weiteren Typus von Arbeit, einer Art Metaarbeit auf, um Arbeit und Einkommen zu organisieren. In der düsteren Variante tritt uns dieses Phänomen als jenes der working poor entgegen. Um Leben und Überleben zu können, ist neben der eigentlichen Erwerbsarbeit noch eine weitere Arbeit notwendig, eine „Netzwerkarbeit“ wie Negri wohl sage

würde. Die ständigen Umbrüche und fließenden Verhältnisse besitzen, wie der Postfordismus überhaupt, zwei Gesichter: Die Ungewissheit des „morgen“ (nächsten Tages) lässt prinzipiell eine andere gesellschaftliche Existenz denkbar erscheinen. Wenn die ökonomische Verwertung der momentan ausgeübten Tätigkeit unsicher ist oder nur zum Teil entgolten wird, wenn die eigene soziale Existenz morgen ganz anders aussehen kann, dann entspricht das garantierte Grundeinkommen durchaus den postmodernen Erfahrungen. Grundeinkommen bedeutet, jede Tätigkeit als gesellschaftlich sinnvolle Arbeit anzuerkennen, die drückende Unsicherheit postfordistischer Lebensbedingungen einzudämmen und mehr Freiräume zu schaffen. Das Grundeinkommen setzt in der Sphäre vor der eigentlichen Erwerbsarbeit an, das ist ein gewaltiger Vorteil gegenüber einer Ausrichtung, die den geglückten Eintritt in diese Sphäre zur Voraussetzung hat. http://www.unet.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse12/12karl_reitter.htm

Bürgerversicherung (Michael Opielka)

Hierfür wurde jüngst das Modell einer „Grundeinkommensversicherung“ (GEV) vorgeschlagen, das sämtliche Geldleistungen des deutschen Sozialstaats - angelehnt an das Modell der Schweizer AHV - in einem System vereinigt: Renten (ab 6717), Arbeitslosengeld, Kindergeld, Erziehungsgeld, Krankengeld, Ausbildungsgeld und statt Sozialhilfe bzw. dem künftigen „Arbeitslosengeld II“ die erwerbsunabhängige, aber einkommensbezogene Garantie einer Grundsicherung in Form eines „Bafög für alle“, d.h. erwerbsfähige, aber nicht vermittlungsbereite Grundeinkommensbezieher erhalten 50 Prozent des Grundeinkommens als Darlehen. Dieser Darlehensanteil entfällt bei gemeinnütziger Arbeit in angemessenem Umfang. Die Grundeinkommensversicherung beinhaltet damit zwei Formen des Grundeinkommens: wer „im System“ ist, erwerbstätig ist oder Kinder erzieht und sich am Arbeitsmarkt orientiert, der hat Anspruch auf das Grundeinkommen ohne Anrechnung sonstiger Einkommen und Unterhaltsansprüche. Wer sich dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stellt, wird behandelt wie heute Studenten. Dennoch ist die Botschaft eine andere als heute oder bei dem ab 2005 geltenden „Arbeitslosengeld II“ („Hartz IV“). Es ist eine Botschaft der Wahlfreiheit, keine der Arbeitsverpflichtung. Die Zielrichtung ist ein unbedingtes existenzsicherndes Grundeinkommen, ohne Darlehensanteil und ganz vom Arbeitsmarkt entkoppelt, als reines Bürgerrecht.

<http://www.sw.fh-jena.de/people/michael.opielka>

Grundrecht (Franz Segbers)

Dem Recht auf Erwerbsarbeit und der Verpflichtung zur Erwerbsarbeit geht das Recht auf Leben voraus. Deshalb lässt sich mit guten Gründen von einem Menschenrecht auf ein garantiertes Grundeinkommen sprechen, denn nur eine angemessene soziale Sicherheit kann das Fundament für wirkliche Freiheit bilden. Die Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen ist somit ethisch gerechtfertigt.

<http://www.archiv-grundeinkommen.de/segbers/segbers.pdf>

Mehr Rationalisierung (Freiheit statt Vollbeschäftigung)

Der Wohlstand unseres Landes ist der Wohlstand aller Bürger. Er geht auf die Leistungen aller Bürger zurück, auch auf die Leistungen vorangehender Generationen. Deshalb gebietet es die Gerechtigkeit, alle Bürger an diesem Wohlstand zu beteiligen... Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung hat zur Folge, dass Bürger – ohne Not – dauerhaft zu Tätigkeiten gezwungen werden, die automatisierbar sind. Automatisierbare Arbeit ist ersetzbare Arbeit; ersetzbare Arbeit kann nicht sinnstiftend sein. Das Festhalten am Ziel der Vollbeschäftigung geht somit für eine steigende Anzahl von Bürgern mit dem Verlust beruflicher Sinnstiftung einher.

<http://www.freiheitstattvollbeschaeftigung.de/>

Soziale Infrastruktur (AG links-netz)

Statt einer selektiven und gruppenspezifischen Sozialpolitik wäre die Entwicklung einer gesellschaftlichen Infrastruktur voranzutreiben, die ein vernünftiges gesellschaftliches Leben für alle möglich macht. Dies bedeutet die Mobilisierung und Bereitstellung institutioneller und materieller Ressourcen, die für die anerkannten sozialen Aktivitäten nötig sind und die von den einzelnen nicht selbst hergestellt werden können oder sollen. Zu diesen gesellschaftlichen Aktivitäten gehört in erster Linie das Betreiben des eigenen Lebens und die umfassende Teilhabe an der Gestaltung der Gesellschaft und ihrer Zukunft. Herkömmlich wird Infrastruktur einseitig als Voraussetzung der Produktion verstanden und meint daher rechtliche Regelungen, materielle Produktionsvoraussetzungen wie das Verkehrsnetz oder auch das Kanonenboot, das zur Erschließung von Märkten ausgeschiedet wird. Diesen Begriff gilt es grundsätzlich zu erweitern. Was zur Infrastruktur zu rechnen ist und was Betriebe, Haushalte und Personen auf eigene Kosten selbst organisieren und produzieren sollen, ist eine Frage der politischen Aushandlung... Eine Sozialpolitik als Infrastruktur-Politik ist nicht zuletzt nötig wegen der gestiegenen und weiter steigenden internationalen Mobilität und als Form, in der eine EU-Sozialpolitik denkbar wäre. Daher kann auch ein Grundeinkommen als Teil einer solchen europäischen Infrastruktur-Politik nicht an die Staatsbürgerschaft gebunden werden. Die Einführung von Sozialpolitik als Infrastruktur-Politik (und als Teil davon ein Grundeinkommen) ist wohl nur (zunächst) EU-weit vorstellbar. Eine völlige (nicht nur EU-interne) Lösung von der Staatsbürgerschaft würde Druck erzeugen, wichtige Nachbarstaaten zur Teilnahme an dieser Form von Sozialpolitik zu veranlassen.

http://www.links-netz.de/T_texte/T_links-netz_sozipol.html

Weltbürgerliche Solidarität (Medico international)

Da Massenerwerbslosigkeit weltweit Millionen Menschen in informelle Ökonomien zwingt hat, muss eine Demokratisierung der Arbeitsteilung auch die zahllosen familialen oder kommunitären Netze gegenseitiger Hilfe einbeziehen, die – oft in Verbindung mit Migrationsbewegungen – die soziale Basis der Informalität bilden. Hierzu gehören auch die ebenfalls stark expandierenden gemeinwesenorientierten Formen para-staatlich oder privat organisierter sozialer Arbeit einschließlich der humanitärer Organisationen. Im Zusammenhang informeller und sozialer Arbeit zeichnet sich eine solidarische Ökonomie ab, deren Stärkung gegenüber der privatwirtschaftlichen wie der staatsverwalteten Ökonomie vorrangiges Ziel einer partizipativ, reziprok und subsidiär entfalteten Demokratisierung der Arbeitsteilung sein muss... Da nationalstaatliche Lösungen der sozialen Frage entweder nicht mehr zu realisieren oder an das asymmetrische Nord-Süd-Verhältnis gebunden sind, kann die Rückbindung der solidarischen Sicherung des gesellschaftlichen Lebens an die Bürgerschaft nur in der Form einer Weltbürgerschaft garantiert werden.

<http://www.medico-international.de/projekte/gesundheit>

<http://www.attac.de/genug-fuer-alle/seiten/grund.php>

<http://www.grundeinkommen.de/>

<http://www.archiv-grundeinkommen.de/>

<http://www.grundeinkommen.at/>

www.existengeld.de (bagshi und bag e)

<http://www.etes.ucl.ac.be/BIEN/Index.html>

Geisterdebatten um die These vom „Ende der Arbeit“

oder Weshalb die Forderung nach Vollbeschäftigung nach wie vor zentral bleibt

Trotz des ungehemmten Fortschritts des Produktivitätswachstums beobachten wir in der Praxis eine Ausweitung der Arbeit sowohl in zeitlicher Hinsicht, in der Intensität, aber auch in den weiteren damit in Zusammenhang stehenden Zumutungen für Beschäftigte. Es sind die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, das verschärfte Konkurrenzregime, das die Potenzen der Technologie in Überproduktion und Massenarbeitslosigkeit pervertiert.

Darüber hinaus berücksichtigt die Sicht vom „Ende der Arbeit“ in keiner Weise, dass die Substitution menschlicher Arbeit durch Technologie, Maschinen und Energie nur bis zu einem bestimmten Punkt möglich ist. In praktischer Hinsicht sind also Theorien vom Ende der Arbeit(-sgesellschaft) voluntaristische Gedankenspiele ohne empirische Bodenhaftung, also im schlechten Sinne Geisterdebatten. Die Vollbeschäftigungsforderung basiert auch auf der Einsicht, dass immer Arbeit notwendig ist, um den gesellschaftlichen „Reichtum“ herzustellen, daher ergeben sich zwingend Probleme, wenn zu viele Menschen aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen sind – zudem wird ihr Konsum von den arbeitenden Menschen erwirtschaftet. Ein permanentes (oder auch ungleich verteiltes) individuelles „Ausklinken“ aus diesem Zusammenhang scheint (für eine größere Zahl von Menschen) daher weder ökonomisch möglich noch moralisch verteidigungsfähig. Daraus ergibt sich ein normativer Anspruch: Arbeit gerecht auf alle zu verteilen – Vollbeschäftigung ist der politische Ausdruck dieser Perspektive.

I. Grundsätzliches vorneweg: Produktivkräfte oder kapitalistische Produktionsverhältnisse?

„Arbeit“ meint in dem hier diskutierten Zusammenhang nicht allein kapitalistische Lohnarbeit. Diese wird als die aktuelle dominante Form von Arbeit begriffen, der Begriff der Arbeit soll hier aber nicht von vorneherein darauf eingeeignet sein. Arbeit wird hier in einem grundsätzlichen Sinne so verstanden, dass sie „Stoffwechsel des Menschen mit der Natur“ bedeutet; in der Arbeit eignet sich der Mensch Naturstoffe an und wandelt sie zweckmäßig so um, dass er seine Bedürfnisse befriedigen kann. Diese Vermittlung des Menschen mit der Natur ist jedoch in entwickelten Gesellschaften selbst vermittelt über die Verhältnisse, in denen der Mensch diesen Stoffwechsel eingeht: Produktionsverhältnisse.

Neben der Natur ist die Arbeit Quelle des Reichtums. Die menschliche Arbeitskraft ist dabei in der Lage, mehr Güter zu produzieren, als zur einfachen Reproduktion (zum einfachen Überleben) ihres Trägers notwendig ist. Dies ist Garant gesellschaftlichen Fortschritts gewesen. Was und wie dieses gesellschaftliche Mehrprodukt angeeignet und verteilt wird, ist aus verteilungs- und materialistischer demokratietheoretischer Perspektive zentraler Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. In kapitalistischen Produktionsverhältnissen ist die deutliche Mehrheit der Menschen von den Mitteln zur eigenen Reproduktion, zur Befriedigung der eigenen Bedürfnisse, getrennt. Eine Minderheit von Kapitaleigentümern verfügt (persönlich oder leihweise) über die Arbeitsmittel zur Aneignung der Naturstoffe und Umwandlung in Gebrauchswerte. Die Mehrheit der Gesellschaft ist daher darauf angewiesen, den Kapitaleignern ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Dies führt zu einem grundsätzlichen gesellschaftlichen Antagonismus. Dieser Antagonismus ist ein bestimmendes Moment zentraler gesellschaftlicher Auseinandersetzungen.

Aus verteilungstheoretischer Perspektive stellt sich die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit als Auseinandersetzung um den Anteil des gesellschaftlichen Produkts dar, das nach Abzug der fixen Kosten, zwischen den beiden „Produktionsfaktoren“ (bzw. Klassen) Arbeit und Kapital verteilt wird. Diese Verteilungsauseinandersetzung ist von einem strukturellen Aneignungsvorteil der Kapitalseite gekennzeichnet. Hier sind allerdings noch einige Anmerkungen notwendig.

Erste Anmerkung: Entgegen vulgär-marxistischer Vorstellungen lässt sich heute nicht mehr unmittelbar von einem Arbeitslohn sprechen, der bloß der einfachen Reproduktion der Arbeiter dient (auch nicht auf hohem „historisch-moralischem“ Niveau). Auch die Arbeiter können und eignen sich tatsächlich in diesem einen Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts an. Vermögensbildung von Facharbeitern, der Konsum von nicht für die Reproduktion der Arbeitskraft notwendigen kulturellem oder sportlichen „Produkten“

sollen hier als Beispiele genügen. Dies ist natürlich bereits Resultat von durch den Zusammenschluss der Arbeiter bzw. die Macht der Gewerkschaften erkämpfte Lohnerhöhungen.

Zweite Anmerkung: Es liegt eine vulgäre Verwechslung vor, wenn man das von Kapitaleigentümern in Form von Profit anteilig angeeignete gesellschaftliche Mehrprodukt mit dem privaten Luxuskonsum oder der Anhäufung von Schätzen gleichsetzt. Ein nicht unerheblicher Teil dieses Profits fließt als Investition wieder in die Organisation der gesellschaftlichen Reproduktion (tendenziell auf höherem Niveau). Sie erfüllt hier unter kapitalistischen Bedingungen auch eine entsprechend wichtige Funktion für die Reproduktion der Gesellschaft. Hieraus ergeben sich jedoch zwei neue Probleme: a. das Problem das es in den Händen des einzelnen Kapitalisten liegt, ob, wie viel und wenn wo der Profit (anteilig) wieder investiert wird. b. quasi als Folgeprobleme aus a), jedoch mit eigener Qualität ausgestattet, ergibt sich, dass die private Investitionsentscheidung des einzelnen gesamtwirtschaftlich zu Fehlallokationen führen kann, z. B. weil andere private Investitionsentscheidungen mit dem gleichem Ziel getätigt wurden.

Dritte Anmerkung: Das gesellschaftliche Mehrprodukt kann und wird auch in kapitalistisch wirtschaftenden Gesellschaften dazu verwendet, um im staatlich-gesellschaftlich bestimmtem Rahmen Teile der Gesellschaft von der unmittelbaren Reproduktionsarbeit freizustellen und sich der Wissenschaft, den Künsten oder der Politik zu widmen oder eine öffentliche Daseinsvorsorge aufzubauen.

Grundsätzlich sind Kapitaleigentümer bestrebt, ihren Profit zu vergrößern. Dies kann durch Steigerung der Produktivität geschehen. Der andere Weg führt in den angesprochenen gesellschaftlichen Antagonismus: die Steigerung des Mehrwerts (und letzten Endes des Profits) durch (unbezahlte) Ausweitung des Arbeitstags und Senken der (Akkord)Löhne. Interesse der einzelnen Arbeitenden ist in der Regel die Steigerung des individuellen Anteils am gesellschaftlich produzierten Reichtum. Kurz: Die Arbeiter wollen ihre Ware (Arbeitskraft) zu günstigen Konditionen verkaufen, die anderen wollen sie zu für sie günstigen Konditionen kaufen. Und „zwischen gleichem Recht entscheidet die Gewalt“ (Marx): es kommt zu Kämpfen um die Konditionen des Verkaufs. Ihr Ergebnis wird im Arbeitsvertrag festgehalten. Dieser hebt den Antagonismus nicht auf, sondern bringt ihn in eine Verlaufsform. Die Kollektivierung der Arbeitsverhältnisse, die Gründung von Gewerkschaften und die von ihnen geführten Arbeitskämpfe sind Teil dieses Kampfes um die Verteilung des gesellschaftlichen (Mehr) Produkts und die Bedingungen der Anwendung der Arbeitskraft. Diese Auseinandersetzungen finden zudem heute vor einem entwickelten Arbeitsrecht statt, das die ursprüngliche „bürgerliche“ Vorstellung freier Marktaushandlungen über die Konditionen des Verkaufs und der Anwendung der Arbeitskraft in Teilen modifiziert. Diese arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen sind natürlich auch gleichzeitig Objekt der Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Die Auseinandersetzungen zwischen

Kapital und Arbeit gehen in der Regel nicht „ums Ganze“. Hier geht es immer konkret um die Bedingungen der Arbeit im Hier und Jetzt, ebenso wie es in den politischen Auseinandersetzungen der Steuer- und Sozialpolitik um die Verteilung gesellschaftlichen Reichtums unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse geht.

II. Produktionsweise und Arbeitsbeziehungen unter postfordistischen³ Verhältnissen und die These vom „Ende der Arbeit“

Die Betriebsweise gesellschaftlicher Arbeit und damit auch die Rahmenbedingungen von Arbeit, wie sie bestimmend für die Prosperitätsphase des Fordismus waren, gerieten ab dem Ende der 1970er Jahre zunehmend unter Druck. Einen maßgeblichen Grund für die Veränderung der fordistischen Regulationsweise bildete die so genannte „Dritte Industrielle Revolution“ und ihre Nutzbarmachung für die Produktion (Hochtechnologien wie der Mikroelektronik, Computerisierung der Wissenschaft und Produktion, Informations(übertragungs-)techniken, Bio- und Gentechnik). Dadurch änderten sich die Organisation der Arbeit und auch die Gestaltung der Beschäftigungsverhältnisse. Ein weiterer Faktor des Übergang vom Fordismus zum Postfordismus zeigte sich in den andauernden internationalen Konzentrationsprozessen zwischen Industrie- und Bankkapital, wobei sich im Laufe der 1980er Jahre die internen Kräfteverhältnisse hin zu den Banken als Haupt-„shareholdern“ verschoben. Damit verbunden ist eine qualitativ höhere Flexibilität und Variationsmöglichkeit bei den Investitionen, aber auch bei Unternehmensverlagerungen. Dies führte ebenfalls zu Änderungen im Regime der Organisation der lebendigen Arbeit.

Die unmittelbaren Folgen für die Beschäftigten sind darin zu sehen, dass es in postfordistischer Betriebsweise bspw. flachere Hierarchien, Integration indirekter Bereiche in das unmittelbare Produktionsgeschehen, Team- bzw. Gruppenarbeitsmodelle, Dezentralisierung und interne Marktsteuerung, flexible Belegschafts- und Arbeitszeitstrukturen gibt. Für die einzelnen Beschäftigten sind diese Entwicklungen in der Regel von einer Ambivalenz aus mehr Selbständigkeit und unkontrollierter Leistungsverdichtung gekennzeichnet. Vor allem aber bedeutet diese Entwicklung eine Rückführung tariflicher Regelungsstandards, die Ausweitung der Flexibilisierung der Arbeitszeiten, -orte und weiteren Rahmendaten u. a. m.

Teilweise wird aufgrund dieser Veränderungen eine komplette Umgestaltung der Arbeitsbeziehungen in der Gesellschaft angenommen. So wird der Anteil so genannter „immaterieller Arbeit“ in der gegenwärtigen Gesellschaft ein erhebliches Potenzial beigemessen, bspw. von postoperaistisch⁴ inspirierten TheoretikerInnen wie etwa Toni Negri. Noch weiter geht die Gruppe Krisis, insbesondere in ihrem „Manifest gegen die Arbeit“, welche angesichts der postfordistischen Formänderungen der Arbeit gar von einem Verschwinden der Arbeit ausgeht, welches – setzte man den Kampf gegen die Arbeit nur konsequent um – ebenfalls zu einer Auflösung des Widerspruchs zwischen Arbeit und Kapital führe. Auf der anderen politischen Koordinatenebene wird teilweise ebenfalls das Ende der Arbeit beschworen, indem dem Prinzip der zeit- und ortsreglementierten Lohnarbeit eine Art „Bürgergesellschaft“ entgegengestellt wird, in welche Arbeit seine wesentliche Vermittlung über die Produktionsmittel verliere: Danach sollen alle

³ Postfordismus bezeichnet eine Phase kapitalistischer Gesellschaft, welche sich in der Folge des Fordismus ausbildete und durch die „Verschlankung“ von Produktionsabläufen/just-in-time-Produktion, Flexibilisierung und teilweise Auslagerung des Arbeitsprozesses sowie die Errichtung transnationaler Produktionsnetze gekennzeichnet ist

⁴ Der Operaismus war eine Strömung der Arbeiterbewegung, welche sich vor allem auf unmittelbare betriebliche Kämpfe sowie Boykotte im kapitalistischen Arbeitsablauf positiv bezog. Mittels „Arbeitsverweigerung“, „Spontanstreiks“, „Krankfeiern“ und Sabotage, wurde hierbei versucht, den fordistischen Arbeitsprozess zu stören.

gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten (Dienstleistungen, Ehrenämter, Nachbarschaftshilfe, Interessenvertretungs- oder karitative „Arbeit“ u. a. m.) – offensichtlich ohne konkretes Wert- und Zeitäquivalent – über eine Art staatliche Grundsicherung oder Bürgergeld abgegolten werden. Protagonist dieser „Bürgergesellschafts“-Konzepte ist hier vor allem Ulrich Beck⁵. Sie sind die „bürgerliche“ Entsprechung der linksradikalen Diskussion um die Krise des Fordismus und meist kommunitaristisch⁶ und realo-grün orientiert. Politik-praktisch laufen diese Konzepte in der Regel auf einen öffentlich subventionierten „dritten Sektor zwischen Markt und Staat“ sowie auf geldmengenpauschalisierte Bürgergeld- oder Grundsicherungsleistungen hinaus, wobei eine Einkommenskoppelung an Lohnarbeit dezidiert als „arbeitsfetischistisch“, „Dinosaurierpolitik“ bzw. „Analyseverweigerung“ und mit dem Argument, „dass Arbeit in der Dienstleistungsgesellschaft längst zur Mangelware geworden ist“⁷ abgelehnt wird.

Diese Positionen haben jedoch entscheidende Mängel: Sie vermögen nicht zu erklären, weshalb in Zeiten des Postfordismus trotz aller Analysen vom „Ende der Arbeit“ und dem üblicherweise propagierten ungehemmten Fortschritt des Produktivitätswachstums in der Praxis eine Ausweitung der Arbeit sowohl in zeitlicher Hinsicht, in der Intensität, aber auch in den weiteren damit in Zusammenhang stehenden Zumutungen für Beschäftigte zu verzeichnen ist. Die Sicht vom „Ende der Arbeit“ berücksichtigt in keiner Weise, dass die Substitution menschlicher Arbeit durch Technologie, Maschinen und Energie nur bis zu einem bestimmten (historisch durchaus variierenden) Punkt möglich ist und sich zum Teil nur in andere Bereiche verschoben hat. In praktischer Hinsicht sind also Theorien vom Ende der Arbeit(-sgesellschaft) voluntaristische Gedankenspiele ohne empirische Bodenhaftung, also im schlechten Sinne Geisterdebatten.

III. GegenMacht.- Weshalb die Forderung nach Vollbeschäftigung nach wie vor zentral bleibt.

Die Forderung nach Vollbeschäftigung wurde in den letzten Jahren in linken Kreisen (und nicht nur dort) zunehmend als altbacken, unsexy oder schlecht utopisch verworfen. Trotzdem sollte ein emanzipatorisches Verständnis von Vollbeschäftigung unseres Erachtens Kernbestandteil eines sozialen Reformmodells und einer radikalen Reformstrategie sein, da sie der politische Ausdruck des Rechts auf Arbeit, der Einsicht, dass Arbeit immer notwendig ist, um den gesellschaftlichen „Reichtum“ herzustellen, sowie des Anspruchs der solidarischen Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit darstellt.

Die Vollbeschäftigungsforderung als notwendige politische Konkretisierung eines Rechts auf Arbeit ist für uns von zentraler Bedeutung. Denn dass Arbeitslosigkeit allseits als "Problem Nummer eins" wahrgenommen wird, ist nicht nur Folgeerscheinung protestantischer Arbeitsethik oder eines sog. "Arbeitsfetisch". An einem Arbeitsplatz hängen neben dem Lohn eben auch gesellschaftliche Anerkennung, Gespräche, soziale Integration. Diesem Bedürfnis einzig mit dem Rekurs auf übertriebenen Protestantismus und den coolen Vorzüge der Arbeitslosigkeit zu begegnen, führt nicht weiter. Für die Vollbeschäftigungsforderung ist das Recht auf Teilhabe und Teilnahme an der Produktion von Reichtum – unabhängig davon, ob er nun kapitalistisch, sozialistisch oder sonst wie organisiert ist – möglichst vieler Mitglieder einer Gesellschaft ebenso Leitziel wie eine solidarische Verteilung der Arbeit. Die Umsetzung eines Rechtes auf Arbeit ist dabei auch nicht individuell

⁵ Beck, Die Zukunft von Arbeit und Demokratie, Suhrkamp Frankfurt/Main 1999

⁶ Der Kommunitarismus ist eine politische Strömung, die sich vor allem auf das Prinzip der Selbsthilfe und der untergeordneten Gemeinschaften stützt, insbesondere Regelungen in größeren oder zentralen staatlichen Einheiten ablehnt.

⁷ Exemplarisch Becker, Erwerbsarbeit kann nicht alles, in: taz v. 27.12.2003; <http://www.taz.de/pt/2003/12/27/a0184.nf/text>

zu lösen, soll das zweite Leitziel der solidarischen Verteilung der Arbeit nicht verletzt werden. Es bedarf daher einer vorausschauenden, planenden konstanten Arbeitspolitik, um gesellschaftlich notwendige Arbeit, Produktivitätsentwicklung und Arbeitskraftangebot in Einklang zu bringen. Massenarbeitslosigkeit ist dem gemäß auch nicht eine Summe individueller Rechtsansprüche/-Probleme, sondern ein gesellschaftliches Problem – die Vollbeschäftigungsforderung ist der politische Ausdruck dieser Einsicht. Folgt man dem, öffnet sich auch der Horizont für maßgebliche gesellschaftliche Akteure einer solchen Teilhabeforderung, die über „die Betroffenen“ oder bestimmte bloß moralthesisch bestimmte Begründungen hinausgeht.

Die Vollbeschäftigungsforderung als notwendige politische Konkretisierung der Einsicht in die Notwendigkeit der solidarischen Verteilung der Arbeit: Die Vollbeschäftigungsforderung basiert auch auf der Einsicht, dass immer Arbeit notwendig ist, um den gesellschaftlichen „Reichtum“ herzustellen, daher ergeben sich zwingend Probleme, wenn zu viele Menschen aus dem Arbeitsprozess ausgeschlossen sind – zudem wird ihr Konsum von den arbeitenden Menschen erwirtschaftet. Ein permanentes (oder auch ungleich verteiltes) individuelles „Ausklinken“ aus diesem Zusammenhang scheint (für eine größere Zahl von Menschen) daher weder ökonomisch möglich noch moralisch verteidigungsfähig. Daraus ergibt sich ein normativer Anspruch, Arbeit gerecht auf alle zu verteilen – Vollbeschäftigung ist der politische Ausdruck dieser Perspektive.

Es geht natürlich nicht um Arbeit um jeden Preis (wie dies die rechtssozialdemokratische Billiglohnförderpolitik tut). Daher ist eine progressive Vollbeschäftigungsforderung immer mit entsprechenden Modifikationen zu versehen, die die Qualität der Arbeit als wesentlichen Faktor beinhaltet. Entsprechend sind z. B. auch die im Grunde sinnvollen staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen so neu auszurichten, dass ein ÖBS/-Öffentlicher Dienst entsteht, der sich an der Befriedigung gesellschaftlicher sowie individueller Bedürfnisse orientiert (kurzfristig vor allem an denen ohne Kaufkraft).

Vollbeschäftigung heißt auch nicht automatisch „mehr Arbeit“ (größeres gesellschaftliches Arbeitsvolumen). Sie ist durchaus zu verbinden mit einer Politik der Reduzierung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens als auch mit einer Politik der individuellen Arbeitszeitverkürzung (muss es aber nicht sein, um progressiv zu sein – dies hängt von den konkreten gesellschaftlichen Umständen ab). Unter den bestehenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Massenarbeitslosigkeit, Produktivitätsentwicklung, Gefahren eines rein quantitativen Wachstumsfetischs) ist eine Politik der individuellen Arbeitszeitverkürzung sogar die einzig sinnvolle Politik.

Vollbeschäftigung heißt auch nicht automatisch, dass alle Lohnabhängige faktisch gleichzeitig arbeiten müssen. Erziehungszeiten, Bildungszeiten/sabbaticals, neue Arbeitszeitmodelle etc. müssen gesellschaftlich gefördert und ausgebaut werden. Entsprechende „Auszeiten“ verlangen aber bis zu einem gewissen Grade der Legitimation, wenn sie (z.B. durch eine soziale Grundsicherung, kein Verlust an Ansprüchen auf Sozialleistungen) gesellschaftlich abgesichert werden sollen.

IV. Unser Modell sozialer Sicherung - Mindestsicherung. Bedarfsdeckend. Offen für mehr.

Generell gilt nach oben gesagtem: die Versorgung von Nicht-Arbeitenden ist je spezifisch begründungspflichtig. Dieser – in kapitalistischen Gesellschaften sich durch die Konkurrenz der Individuen sowie immer wieder stellenden – Frage kann und sollte ein solidarischer Gesellschaftsentwurf nicht einfach ausweichen. Es ist allerdings schon notwendig, dies aus den Potenzen der Arbeit, der Produktivität und auch der Sinnhaftigkeit der Steuerung von Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums heraus

offensiv zu begründen. Hingegen die Perspektive einer Überwindung kapitalistischer Lohnarbeit „von außen“, über die massenhafte Inanspruchnahme sozialer Grundsicherung/-einkommens, massenhaftem Rückzug aus der Erwerbsarbeit oder „alternativen Kooperationen“, die dann entstehen sollen, führt in eine Sackgasse oder zur Aufwärmung der „alten Scheiße“. Zudem diese Strategie eben die Frage aufwirft, wer überhaupt den Reichtum, den wir verteilen wollen, produziert.

Hinsichtlich sozialer Sicherungssysteme zur Sicherung materieller Bedürfnisse jenseits der Erwerbsarbeit gilt es zu klären: Wie ist der Kreis der Bezugsberechtigten zu definieren? Wie hoch soll der Garantiebetrug sein? Wie werden Erwerbsarbeitseinkommen und Grundsicherung miteinander verrechnet? Der gesellschaftliche Konflikt kreist hier einerseits um die Gegenfinanzierung, andererseits um die Verrechnung. Bei Arbeitslosigkeit ist hier problematisch, dass die bestehende Absicherung aus Arbeitslosengeld v. a. zeitlich begrenzt ist. – Unser Ziel ist daher durchaus: eine Sozialleistung für alle Arbeitslosen mit dem einzigen Kriterium „arbeitsuchend“. Aber – und hier stehen wir im grundsätzlichen Konflikt mit Hartz-IV als rot-grüner Grundeinkommenspolitik: Bedarfs-deckende Bemessung, Berufschutz, angemessener (Tarif)lohn, kein übermäßiger Mobilitätszwang etc. müssen sein.

Dabei befürworten wir einen umfassenden Anspruch auf Soziale Grundsicherung als bedarfsdeckenden Mindestanspruch zur notwendigen Teilhabe aller an der Gesellschaft. Dies ist schlichtweg ein Prinzip der Humanität. Zu einer grundsätzlichen Systemkritik oder gar Systemtransformation taugt der (durchaus lohnenswerte) Kampf um die Durchsetzung einer solchen Sozialleistung jedoch nicht. Wir gehen weiter: Die Systemfrage stellt sich, wenn nicht nur über die Verteilung von Sozialleistungen gesprochen wird, sondern die Form der Produktion als privatnützig und damit antidemokratisch in den Focus der Kritik genommen und deren Überwindung zugunsten demokratisch-kooperativer Steuerung verlangt wird. Die „Soziale Grundsicherung“ erweist sich weiterhin deshalb als problematisch: Es muss zwischen der Pauschalisierung von Leistungen vs. Bedarfsorientierung abgewogen werden. Außerdem kann Zuverdienst als Lohndumping wirken. Deshalb ist eine „Soziale Grundsicherung“ (egal in welcher Form) nur eingeschränkt geeignet, Mindestarbeitsstandards wie Mindestlohn zu etablieren. Vielmehr ist ein direkter Kampf um diese Mindeststandards notwendig, auch wenn dadurch das Umkehrargument nicht falsch wird.

V. Was heißt das für die Forderung nach einer Grundsicherung/Grundeinkommen?

„Soziale Grundsicherung/-einkommen“ kann als Mindestabsicherung für alle Menschen gedacht werden und gefordert werden, allerdings bleibt die Forderung nur dann sinnvoll, wenn dahinter auch die aufrichtige Überzeugung steht, dass es sich bei den Folgen eines solchen Systems tatsächlich um keine unsolidarischen Effekte zu Lasten der im Produktionsprozess tätigen Bevölkerungsteile handelt (anders ist die Forderung auch – mit Recht – nicht vermittelbar). Sie ist daher zwingend mit der Forderung einer Politik der Vollbeschäftigung zu verbinden. Eine Forderung nach „sozialer Sicherung für alle“ wäre aber eigentlich die weitergehende und daher vielleicht sinnvollere Forderung, da sie soziale Sicherung in bestimmten Fällen nicht auf eine (Existenz-)Minimum reduziert, sondern darüber hinaus eine Perspektive nach sozialer Sicherung für Arbeitssuchende, Rentner etc. artikuliert, die einen berechtigten Anspruch auf eine soziale Absicherung über dieses Minimum hinaus formuliert.

Eine Veränderung der herrschenden Produktionsweise und der gesellschaftlichen Verhältnisse ist ohne den (mindestens passiven) Rückhalt im unmittelbaren Ausbildungs- und Produktionsbereich kaum denkbar. Das gilt nicht nur deshalb, weil diese Bereiche die materielle Grundlage allen polit-ökonomisch erzielbaren Drucks

auf EntscheidungsträgerInnen bilden, sondern auch deshalb, weil in diesen Bereichen nach wie vor die zentralen Lebens- und Erfahrungswelten stattfinden und sich dort wesentlich Massenbewusstsein konstituiert. Ohne ein solches Massenbewusstsein bleibt aber jede noch so gut gemeinte soziale Forderung undurchsetzbar, da alle Sicherungsmodelle (ob Grundsicherung/-einkommen oder mehr) ständig in sozialen Kämpfen errungen und ggf. auch verteidigt werden müssen.

Wenn sich gesellschaftliche Gegenmacht nach wie vor aber auf den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, damit auf (Lohn-) Arbeit als zentrale gesellschaftliche Kategorie beziehen muss, bedeutet das durchaus notwendig, auf die Formänderungen der Arbeit unter postfordistischer Betriebsweise zu reagieren und Strategien der Interessensvertretungspolitik zu überprüfen und ggf. zu modernisieren oder gar zu verwerfen. - Wie kann bspw. der Untergrabung gewerkschaftlicher Gegenmacht im tertiären und prekären Sektor der Arbeit entgegengewirkt werden? Machen die Veränderungen postfordistischer Verhältnisse Aktualisierungen etwa feministischer und antirassistischer Betriebs- und Ausbildungspolitik notwendig? Wie reagiert die Interessen-

vertretung der lebendigen Arbeit auf die Internationalisierung der Produktion oder auf die sich verschärfende Misere im Ausbildungsbereich oder auf die Privatisierungstendenzen in der akademischen Ausbildung? Wie kann unter Reflexion des Scheiterns semi-keynesianistischer antizyklischer Krisenreaktionskonzepte im Fordismus und der aktuellen monetären Handlungsunfähigkeit vieler kommunaler Haushalte eine Umverteilungs-, gar eine Re-Verstaatlichungspolitik als Grundlage einer Politik des radikalen sozialistischen Reformismus wirksam und plausibel gemacht werden, um Einkommen und Beschäftigung zu sichern oder zu schaffen? Diese Fragen hat globalisierungskritische Interessensvertretungspolitik in Zusammenhang mit sozialen Sicherungsansprüchen zu setzen.

Jörg Schindler (Mitglied attac-Rat),

Kolja Möller (Mitglied DGB-Landesjugendvorstand Hessen)

-Der Beitrag basiert z.T. auf einem Thesenpapier des Bundesarbeitskreises Wirtschaft & Soziales von JungdemokratInnen/ Junge Linke

.-

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Zu den Hintergründen einer Katastrophe in Bangladesch:

Wird Marktliberalisierung zur tödlichen Falle?

Gewerkschaft ver.di fordert soziale Rechenschaftspflicht der Unternehmen

In Bangladesch liegt nahe der Hauptstadt Dhaka ein Zentrum der Strickwarenindustrie. Besonders Frauen finden dort die einzige Erwerbsmöglichkeit. In dieser Region, in Savar stürzte am 11. April 2005 das neunstöckige Fabrikgebäude von SPECTRUM SWEATER Industries Ltd. ein. Es war bereits nach Mitternacht. Die zulässige Arbeitszeit hatten die meisten Beschäftigten längst überschritten. Trotzdem arbeiteten in der Fabrik noch mehrere hundert Arbeiterinnen und Arbeiter. Da krachten über und unter ihnen plötzlich die Betondecken. Jede Flucht war unmöglich. Viele wurden begraben und verschüttet(...). Die engen Zugangsstraßen, die Sümpfe und Reisfelder um das Katastrophengelände erschwerten die Antransportierung von schwerer Ausrüstung. Dadurch mussten sich die Rettungsteams mit Hämern und Brecheisen behelfen, um zu versuchen zu den verschütteten Arbeiterinnen und Arbeitern zu gelangen. Über eine Woche warteten Überlebende und Angehörige auf den Abschluss der Rettungsarbeiten. Gerettet wurden viele Verletzte.

Bisher wurden 76 Tote geborgen. In den Trümmern vermisst wurden nach Tagen noch über 200 Menschen. Die meisten Opfer waren zwischen 15 und 25 Jahre alt. Unter ihnen ein 15-jähriges Mädchen. Sie war erst wenige Tage in der Fabrik beschäftigt und hatte ihrer Mutter versprochen, von ihrem ersten Lohn etwas Schönes zu kaufen.

Bis zu 500 Menschen hatten - die meisten in der 6. Etage - in der Nacht gearbeitet, um termingerecht einen großen Exportauftrag nach den USA oder Europa fertig zu stellen. Die Zeitung "Daily Star" aus Dhaka berichtet,

dass wenige Stunden vor dem Einsturz des Gebäudes besorgte Beschäftigte zur Fabrikleitung gingen und über akute Risse und Veränderungen im Bauwerk informierten. Das Management erklärte, für solche Sorgen sei keine Zeit, die Firma müsse eine ExportDeadline erreichen. Aus dieser Deadline wurde die Todesfalle.

Die Firma SPECTRUM SWEATER war nach Informationen des internationalen Netzwerkes "Clean Clothes Campaign" (CCC) Lieferant für Neckermann, Zara, Steilmann, Broadway Fashion, Kirsten Mode, Rehfeld, Nienhaus und viele andere große Textilhändler und Boutiquen in Europa. Die Löhne in Bangladesch sind niedrig, sehr niedrig. Von dem gesetzlichen Mindestlohn von etwa 13 EUR im Monat können Menschen nicht leben. Deshalb leisten sie Überstunden, schuften oft 90 bis 100 Stunden in der Woche. Ausbeutung auf diesem Lohnniveau garantiert dem Fabrikbesitzer und den Handelskonzernen Superprofite. Vom europäischen Ladenpreis macht der asiatische Textilarbeitsstücklohn nur ein Prozent aus.

Bangladesch ist international bekannt für ein gefährliches Maß an Korruption. Reporter vor Ort fanden heraus, dass die Fabrik vor drei Jahren ohne Baugenehmigung in einem Sumpf gebaut worden sei. Die Struktur war für ein Vieretagegebäude gedacht, weitere Etagen wurden einfach oben drauf gebaut. Neil Kearney, Generalsekretär der Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung aus Brüssel, sagt, dass die Tragödie der Kombination eines verzweifelten Kampfes für Wettbewerbsvorteile in einem liberalisierten Handelsumfeld und der Passivität der Behörden bei der Gewährleistung von sichereren Arbeitsbedingungen zuzuschreiben sei. "Den verfügbaren Informationen ist zu entnehmen, dass die Fabrik zunächst nie an diesem Standort hätte gebaut werden sollen - und sicherlich kein Gebäude mit neun Etagen -

und zweitens, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht um diese Uhrzeit hätten arbeiten sollen. Einige dürften behaupten, dies sei die unvermeidliche Auswirkung des jüngsten Unterbietungswettlaufs infolge des unregulierten Handels mit Textilwaren und Bekleidung. Es ist schwer, diesen Fall als etwas anderes als Mord an den betreffenden Arbeiterinnen und Arbeitern zu betrachten."

"Die Verantwortung für die Katastrophe liegt nicht nur bei den Mitgliedern der Welthandelsorganisation (WTO), die bisher Vorschläge über eine Verknüpfung von Handel und Sozialstandards ablehnten. Die Verantwortung liegt ebenso bei den Unternehmen, die gewissenlos aus dem liberalisierten Welthandel Extraprofite schöpfen. Verantwortung liegt nicht zuletzt auch bei der Regierung von Bangladesch, deren ineffiziente und korrupte Behörden sich weder um Arbeitsrecht noch um Bauaufsicht kümmern", meint Uwe Wötzel, Mitarbeiter der ver.di-Bundesverwaltung. Die Gewerkschaft ver.di ist eine der Trägerorganisation der CCC und wandte sich kurz nach den ersten Meldungen über die Katastrophe in einem Schreiben an die deutschen Auftraggeber von SPECTRUM SWEATER. Darin fordert ver.di die soziale Verantwortung der Händler für die Zulieferkette. Vollständige Aufklärung über alle Umstände der Katastrophe, Entschädigung der Opfer und Hinterbliebenen sowie Maßnahmen zur Prävention weiterer Katastrophen sind die vordringlichen Forderungen von ver.di.

(...)
Weitere Informationen unter www.sauberekleidung.de

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Bundesverwaltung
Ressort 1, Politik und Planung
Umweltpolitik/Regulierung
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Paul Cammack
Angriff auf die Armen
Die Strategie der Weltbank: Schaffung einer Reservearmee
New Left Review 13, Jan/Feb 2002

Ein genaues Studium der Jahrbücher zur Entwicklungspolitik der Weltbank durch die Neunziger des vergangenen Jahrhunderts enthüllt ein schrittweises Programm zu einer weltweiten kapitalistischen Expansion. Der "Krieg gegen die Armut" als geplanter Anschlag auf die Armen. (Übersetzung: coorditrad@attac.org)

Bilder von afrikanischen Kindern mit leuchtenden Augen und lächelnde Frauen in Saris schmücken die Website der Weltbank. "Unser Traum ist eine Welt ohne Armut" wird verkündet, mit dem verbrieften Einsatz der "finanziellen Mittel, dem vorbildlich ausgebildeten Personal und einer umfassenden Wissensbasis" der Weltbank soll den Armen geholfen werden. Durch so tadellose Strategien wie dem Streben nach Gleichstellung von Rassen und Geschlechtern, einem nachhaltigem Umweltschutz, frei zugänglicher Bildung und einer öffentlichen und umfassenden Gesundheitsvorsorge. Entwicklungshilfe, "Pro-Arme Institutionen" und öffentliche Initiativen werden alle aufgerufen, Unterschiede zu respektieren und Ungleichheit zu missbilligen. "Wir von der Weltbank haben es zu unserer Mission gemacht, die Armut mit Leidenschaft und Professionalismus zu bekämpfen, das steht im Mittelpunkt aller Arbeit die wir leisten", erklärt der Präsident der Weltbank, James Wolfensohn. "Die 4,8 Milliarden Menschen, die unsere wichtigsten Klienten sind, verdienen nichts weniger." Gewiss, das Beharren der Weltbank auf solch hochgesteckten Zielen verursachte Schock-Wellen in den eher engstirnigen Abteilungen des Internationalen Währungsfonds IWF und denen des US-Schatzamt (1).

Schaut man allerdings in das Flaggschiff der Weltbank, dem jährlichen Welt-Entwicklungs-Bericht (World Development Report), zeigt sich ein ganz anderes Programm. Hinter den offenbar fortschrittlichen Absichten steht das Bekenntnis zu einem Projekt, das Marx einst als "die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes" (Kapital, Band 1, S.790) beschrieben hatte; sein hauptsächlichliche Richtung ist die Auslieferung eines global ausbeutbaren Proletariats in die Hände des Kapitals. Dies schliesst natürlich, im Zusammenhang mit der Gewinnung der ärmsten Teile der Weltbevölkerung als Arbeitspotentiale, die Schaffung einer Basis-Gesundheitsversorgung und einer Grund-Bildung ein und verleiht dem Prozess, insbesondere durch die Einbeziehung von jungen Frauen, diese emanzipatorische Tönung. Der entscheidende Teil der Strategie allerdings, dessen zentrale Logik der Betrug ist, besteht darin, den Armen jegliche Alternative zu verbauen und eine arbeitsfähige Reservearmee schaffen, die wiederum die kapitalistischen Arbeitsmärkte für den grössten Teil der Menschheit disziplinieren helfen. Die Analyse dieser Programmatik, die sich aus den fortlaufenden Welt-Entwicklungs-Berichten ergibt, muss mit dem Anfang beginnen: Der ursprünglichen Akkumulation.

Eine neoliberale Revolution

Marx skizziert in Kapital, Band 1, zwei aufeinander bezogene Prozesse: „Ursprüngliche Akkumulation“ und „kapitalistische Akkumulation“. Der erste ist definiert als „die Trennung des Produzenten von seinen Produktionsmitteln“ - die "historische Entstehung" des Kapitals, seine "Ausgangssituation". Der zweite Prozess umfasst neben anderen Dingen die Konzentra-

tion des Kapitals und "das Anwachsen des internationalen Charakters des kapitalistischen Regimes" und beschreibt eine Welt, in der das "persönlich verdiente" Privateigentum verdrängt worden ist, durch das "kapitalistische Privateigentum, das auf der Ausbeutung fremder, formell freier Arbeit beruht". Es ist, mit anderen Worten, der Prozess der Proletarisierung, der die kapitalistische Produktionsweise zum Laufen bringt, indem zugleich Kapital und Lohnarbeit hervorgebracht werden (2).

Eine ganze Reihe von Hindernissen stehen immer noch den Versuchen der kapitalistischen Produktionsweise, sich selbst im Weltmaßstab zu etablieren, entgegen. Der Prozess der "ursprünglichen Akkumulation", so wie er hier beschrieben wird, ist noch weit davon entfernt abgeschlossen zu sein. Das Bestimmende des globalen Neoliberalismus ist es gerade, dass er eine Strategie formuliert und umzusetzen versucht, die sowohl den Prozess der ursprünglichen Akkumulation (oder Verproletarisierung) vorantreibt als auch den Gesetzen kapitalistischer Akkumulation in dem immer weiter ausgedehnten Raum der Markt-Ökonomien Geltung verschafft. Der Neoliberalismus bedeutet deshalb eine epochemachende Revolution (3). In diesem Kontext ist die scheinbar fortschrittliche Anti-Armut-Strategie der Weltbank weit davon entfernt, der neoliberalen Revolution entgegenzustehen, sie ist vielmehr ein Mittel zu ihrer Vollendung.

Kapitalistische Manifeste

Wie würde ein systematisches Programm zur Etablierung und Festigung des Kapitalismus im Weltmaßstab aussehen?

Zunächst würde es vorsehen, die Armen der Welt in Proletarier zu verwandeln, ihnen alternative Überlebensmöglichkeiten zu nehmen und sie so zwingen, sich als Lohnarbeiter den Kapitalisten anzubieten. Es müsste dann den Spielraum der privaten Produktion von Gütern durch Erweiterung der Märkte vergrößern und eine institutionalisierten Rahmen schaffen, in der der kapitalistische Austausch florieren kann. Um die langfristige Lebensfähigkeit des Projektes zu sichern, würde es versuchen die Umwelt, in der der Kapitalismus operiert, zu bewahren, nicht zuletzt durch die Beschränkung jener Kräfte im kapitalistischen Wettbewerb, die dazu neigen die Umwelt zu zerstören. Zugleich würde das Programm im Laufe der Zeit sicherstellen, dass es eine angemessene Zahl von Menschen mit hinreichender Gesundheit und Bildung gibt, die in der Lage sind als Arbeitskräfte ausgebeutet werden zu können. Dann würde es die Infrastruktur zur Verfügung stellen, die eine kapitalistische Produktion braucht, die aber nicht durch das Kapital selbst hergestellt wird. Neben diesen makrostrukturellen Elementen würde es einen institutionalen Rahmen schaffen, der sicherstellt, dass die Arbeiter sich so verhalten, dass das kapitalistische Regime eher gefestigt als untergraben wird; der dafür sorgt, die Kapitalisten zu nähren, sie aber gleichzeitig zwingt gegeneinander zu kämpfen; der den Staaten

ermöglicht den heimischen und internationalen Kapitalismus zu unterstützen und auszudehnen. Wenn dies alles geschafft ist, würde das Programm nach Möglichkeiten suchen, eine umfassende Akzeptanz dieses weltweiten Regimes zu erreichen, indem die Information manipuliert wird mit dem Ziel, marktfreundliche Lösungen für die Probleme zukünftiger Entwicklung festzuschreiben und eine ideologische Offensive zu starten, die die Weltbevölkerung überzeugt, dass es keine Alternative gibt. Ist dies schliesslich alles am Laufen, würde dieses Programm behaupten, dass die globalisierte Freie Marktwirtschaft die einzige Lösung ist zur Überwindung der Armut in der Welt.

So ein Programm liesse sich ohne Probleme direkt aus den abschliessenden Kapiteln des Kapital, Band 1 herleiten. Ich habe es allerdings aus elf Ausgaben des Welt-Entwicklungs-Berichtes hergeleitet, die seit 1990 von der Weltbank herausgegeben wurden.

Der erste Bericht "Armut (Poverty)" fordert ein globales Proletariat, aus dem effiziente Arbeit extrahiert werden kann und zeichnet einen umfassenden Rahmen, in dem die Verproletarisierung beschleunigt werden kann (4). Der zweite "Herausforderung Entwicklung (Challenge of Development)" befürwortet die vertikale und horizontale Ausdehnung von Märkten und entwirft eine Strategie für sich entwickelnde Länder, die dem Staat eine wesentliche Unterstützerrolle überträgt (5). Der Bericht von 1992 "Entwicklung und Umwelt (Development and the Environment)" beschäftigt sich mit der Notwendigkeit, die weltweite Ökostruktur zu bewahren, in der die kapitalistische Expansion sich bewegt. Im folgenden Jahr erscheint "Investieren in Gesundheit (Investing in Health)" und fordert marktfreundliche Mechanismen, die ein Proletariat erzeugen, das fit für die Arbeit ist. 1994 sucht "Infrastruktur für Entwicklung (Infrastructure for Development)" die Bereiche für die Profitmaximierung auszudehnen, indem Infrastruktur bereitgestellt wird und Wegweiser entworfen werden, um restliche Mängel aufzuspüren.

Nachdem die Weltbank die makrostrukturellen Anforderungen formuliert hat, wendet sie ihre Aufmerksamkeit den dazu gehörigen institutionellen Rahmenbedingungen zu. Der Bericht von 1995 "Arbeiter in einer zusammenwachsenden Welt (Workers in an Integrating World)" schaut sich nach Möglichkeiten um, die es dem Kapital weltweit erleichtern, Arbeit ungehemmt auszubeuten. Er schließt Mindestlohn-Gesetze in Mittel- und Niedrig-Lohn-Ökonomien mit großen agrarischen oder informellen Sektoren aus, schlägt vor, dass Gesundheits- und Sicherungs-Gesetze sich von Markt-Prinzipien leiten lassen sollten und beschreibt einen Level, auf dem "Kosten angeglichen werden an den Wert, den ein ausgebildeter Arbeiter darstellt bei verbesserten Arbeitsbedingungen und reduziertem Risiko". Daneben fordert der Bericht, Handels-Sanktionen nicht dafür einzusetzen, um grundlegende Rechte von Arbeitern durchzusetzen. Der Report beschreibt auch die aus seiner Sicht ideale Form, die Organisationen von Arbeitnehmern haben sollten: Gewerkschaften sollten sich bemühen, die Arbeiter in Aktivitäten einzubeziehen, die Effizienz und Produktivität steigern; sie sollten sich nicht als "Monopolisten" verhalten und nicht gegen Strukturanpassungsprogramme und entsprechende Reformen auftreten. Aus der Sicht der Weltbank sind effektive Gewerkschaften solche, die die Notwendigkeit von staatlichen Regulierungen und Interventionen im grossen Umfang überflüssig machen und den Firmen helfen, aus den Arbeitern einen höheren Mehrwert herauszupressen. Gute Gewerkschaften deformieren nicht die Arbeitsmärkte oder sichern gar Jobs (6).

Der Bericht von 1996 "Vom Plan zum Markt (From Plan to Market)" zielte auf die noch zuckenden post-kommunistischen Länder und beschrieb, nach Erwägungen für angemessene Strategien für einen "Übergang", die notwendigen Institutionen für eine marktwirtschaftliche Ökonomie. Während der vorausgehende Bericht sich mit den Bedingungen für Arbeitnehmer in wettbewerbsfähigen Arbeits-Märkten beschäftigt hatte, lag der Fokus hier bei den Fragen der Bildung eines Regelwerkes, das Kapitalisten konkurrenzfähig machen kann, insbesondere durch die Definition und die Durchsetzung von Eigentumsrechten. "Der Übergang braucht Veränderungen, die finanzielle Disziplin herbeiführen und die den wachsende Zutritt neuer Unternehmen erlauben, genauso wie die Ablösung nicht lebensfähiger Firmen und wie eine Intensivierung des Wettbewerbs". Arbeiter und Kapitalisten sollten sich beide der Härte des Marktes aussetzen: das strategische Ziel der Privatisierung war, mit der Reorganisation der Besitzverhältnisse auf die Notwendigkeiten des Kapitals zu antworten (7).

1997 hiess der Bericht "Der Staat in einer sich wandelnden Welt (The State in a Changing World)". Er kehrte zurück zu der Rolle des Staates unter dem neuen internationalen kapitalistischen Regime, aufbauend auf die knappe Formulierung der Weltbank, die sie zum Beginn des Jahrzehnts festgeschrieben hatte (8). Die Betonung lag jetzt allerdings auf der Aneignung und Legitimierung dieses Modells. So lieferte der Bericht gleichzeitig die Rezepte für einen disziplinierenden Staat und die Rhetorik, ihn den Bürgern zu verkaufen. Er beschrieb eine politische Hierarchie, innerhalb der die makroökonomische Disziplin durch eine starke zentralisierte Kontrolle von Politik und Ausgaben garantiert würde, abgesichert durch eine unabhängige Zentralbank und zusätzlich verstärkt durch die Unterordnung unter multilaterale Organisationen wie dem IWF, der WHO und der Weltbank selbst. Dann erklärt der Bericht wie Disziplin das System durchdringen kann, durch Vertragsbeziehungen und dem Hineintragen des Wettbewerbs in die unmittelbare öffentliche Versorgung, sowie durch vertragliche Auslagerung auf private und Nichtregierungs-Anbieter wo immer es möglich ist. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen werden bei der "Dezentralisierung" und "Partizipation" Strategien mit einer dreifachen Wirkung gefordert: Solche, die den Druck auf den Staat erhöhen effiziente Basis-Dienstleistungen anzubieten, die aber gleichzeitig sicherstellen, dass die Kosten dieser Dienstleistungen mit den "Nutznießern" geteilt werden und die schließlich bei den Bürgern das Gefühl hinterlassen, dass straff kontrollierte und sorgfältig ausgewählte Formen der Markteinführung eine Bereicherung darstellen: "Die Botschaft hier, wie überall, lautet, dass der Versuch, die Regierung näher an die Bürger heranzubringen nur dann funktioniert, wenn er ein Teil einer umfassenderen Strategie ist, die institutionellen Möglichkeiten des Staates zu verbessern" (9). Das Ziel allerdings war, die Regierung näher an die Unternehmen heranzuführen und den Rest der Bevölkerung in die Anforderungen des Marktes einzubinden.

Menschheits-Organisation für Verschleierung

Während mit dem Programm zur Struktur und Institutionalisierung die Ausdehnung und Konsolidierung des Kapitalismus abgeschlossen wurde, beschäftigen sich die drei folgenden Berichte mit der Weitergabe und Legitimierung des Projektes. Der Bericht von 1998-99 "Wissen für Entwicklung (Knowledge for Development)" präsentiert die Weltbank selbst als globale Sammel- und Vertriebsstelle von Informationen über Entwicklungsländer, und bewirbt das eigene in 1996 begründete "Wissens-Management-System", das sich ähnlich darstellt, wie die Bemühungen der Pioniere auf diesem Gebiet:

Unternehmensberatungen wie Arthur Andersen, Ernst & Young oder Price Waterhouse. Die Weltbank bietet sich nun selbst als schnelle Eingreiftruppe an, die in der Lage ist, marktgerechte Lösung auf Zuruf zu produzieren. Dazu passt die Freimütigkeit, mit der Pläne umrissen werden, Arbeiter an der eigenen Entfremdung beteiligen zu wollen, durch die wachsende Ausbeutung und Steigerungsraten des Mehrwerts, oder die den Bürger die Kosten für infrastrukturelle Massnahmen auferlegen wollen, die vom Kapital gebraucht werden. Nun präsentiert die Weltbank auch die Netzwerke, die das lokale Wissen speichern, das gebraucht wird, um Ausbeutung und Akkumulation zu steigern, gesammelt von den Armen selbst (10).

Der nächste Schritt war, die Strategie, die die Proletarisierung und die kapitalistische Expansion beschleunigen sollte - nicht nur durch Weltbank, IWF und WHO, sondern auch durch führenden Regierungen der Welt - als Folge unerklärlicher übernatürlicher Kräfte zu beschreiben. Gleichzeitig werden Organisations- und Verhaltens-Schablonen, die die reine kapitalistische Lehre beinhalten, vorgestellt als lokale Formen der "Ermächtigung", um einen unabwendbaren Wandel zu managen. Der Bericht von 1999-2000 "Eintritt ins 21. Jahrhundert (Entering the 21st Century)", porträtiert die "Globalisierung" als eine nicht aufzuhaltende Kraft, die Staaten und Bürger unerbittlich in Richtung Weltmarkt drängt und die "Lokalisierung" als eine Art Druck von unten, der Regierungen zwingt, die Folgen des Prozesses in Übereinstimmung mit regionalen Besonderheiten zu bringen (11). Das Projekt der globalen Liberalisierung war damit als Naturprozess eingeführt, umschrieben als eine "sich wandelnde Landschaft", deren "Konturen" nach Analysen verlangen, wie ein Weg in die Zukunft gefunden werden könne.

Weil das Projekt der Verknüpfung der Weltmärkte deshalb weit über die Reichweite der menschlichen Vorstellungskraft hinausgeht, konnte die politische Haltung der Weltbank als freundlicher und ideologisch neutraler Pragmatismus präsentiert werden: "Entwicklung muss weit über das Wirtschaftswachstum hinaus wichtige soziale Felder umfassen - Armutsverringerung, verbesserte Lebensqualität, erweiterte Möglichkeiten für Bildung und Gesundheit und mehr." (12) Der Bericht vernebelt die spezifische Logik und die Grenzen der vorgeschlagenen Politik, genauso wie die Rolle, die der Partizipation und der Dezentralisation zugeordnet war bei der Einbettung der jeweils einheimischen Voraussetzungen in die kapitalistische Reproduktion. Gesamtwirtschaftliche Stabilität wurde als Schlüssel zum Wachstum vorgestellt, der als "Sesam-öffnendich" für eine weltumspannende segensreiche Entwicklung dienen sollte. Dies drehte die Kausalität einer Kette um, in der eigentlich die kapitalistische Akkumulation Priorität hatte, an die die Institutionen angepasst wurden und der Charakter von Entwicklung begrenzt wurde durch die Markt-Disziplin. Der gewünschte Effekt war eine von Klasseninteressen des Kapitals durchgesetzte Politik, die inspiriert schien durch uneigennütziger Wohltätigkeit. Die zweckbestimmte Handlung von menschlichen Akteuren, in dem Versuch die Hegemonie einer bestimmten sozialen Form der Organisation von Produktion durchzusetzen, wurde hingestellt als natürliches Ergebnis von abstrakten Kräften, denen die Menschheit nicht widerstehen könne.

In ihrem Bericht von 2000-2001 war die Weltbank deshalb auch in der Lage, zu ihrer "zentralen Mission", der "Bekämpfung von Armut", zurückzukehren und ihr Programm der weltweiten Durchsetzung kapitalistischer Strukturen als einziges Mittel anzubieten, mit dem dieser Kampf möglich sei. Allerdings waren die Ziele nicht sonderlich hoch gesteckt: Anstatt die Bedingungen umfassend zu verbessern, war das erste Ziel

lediglich den Anteil der Menschen in "extremer Einkommensarmut" - mit weniger als \$1 pro Tag - zu "halbieren" (13). Es wurde vorgeschlagen, als Schlüssel-Konzepte der Weltbankstrategie "Ermächtigung, Sicherung und Chancen (empowerment, security and opportunity)" zu sehen (14). Bei näherem Hinschauen erscheinen eher die "reduzierten Risiken" für private Investoren und die Ausdehnung der internationalen Märkte als die wahren Prioritäten (15). Innerhalb dieses gesamtwirtschaftlichen Rahmens darf der Arme auf lokalem Level "teilnehmen" und ist in Wohlfahrtssysteme integriert, die genau so mager zugeschnitten sind, dass sie nicht "den Wettbewerb unterhöheln"(16).

Der Ausbau der Herrschaft von Armut

1990 veröffentlichte die Weltbank ihr "Aktionsprogramm" zur Armutsfrage. Die Industrieländer wurden aufgefordert, Handelsbeschränkungen zurückzunehmen und ihre gesamtwirtschaftliche Politik zu reformieren: gemeinsam mit multilateralen Organisationen, sollten sie ihre Entwicklungshilfemittel erhöhen, politische Reformen unterstützen und sich für nachhaltiges Wachstum einsetzen. Die Entwicklungsländer sollten in "Menschen investieren", das Investitionsklima verbessern; ihre Ökonomien für Handel und Investoren öffnen; und "ein gesamtwirtschaftliches Recht entwickeln". Innerhalb dieses Programmes, verlangte die Weltbank nach einem unbeschränkten Zugang von Entwicklungsländern auf die Märkte der G7-Staaten, eine stärkere Finanzierung von Entwicklung; Schuldenerleichterungen für Länder mit mittlerem und niedrigem Einkommen und verlangte ein gemeinsames Eintreten für den weltweiten Umweltschutz. Als Gegenleistung wurde ein Programm für jeweils einheimische Reformen erwartet: Entwicklungsländer sollten "mehr und effektivere Ausgaben" für die Elementar-Bildung, Gesundheitsgrundversorgung, Ernährung und Familienplanung ausgeben; sich weniger in Industrie- und Agrar-Preisgestaltung einmischen; Zugangs- und Ausfuhrbeschränkungen abbauen; eine adäquate Infrastruktur und entsprechende Institutionen sicherstellen; Einschränkungen für Handel und Investoren wegnehmen; die Zölle absenken und die Ermessensspielräume bei Handelskontrollen aufgeben; und angemessene marktorientierte Anreize für Anleger und Investoren einzuführen, um einheimische Ressourcen für die Finanzentwicklung zu nutzen (17).

Wade's Abrechnung mit den internen Konflikten der Weltbank zeigt den fundamentalen Unterschied der Sichtweisen zwischen Joseph Stiglitz, damals leitender Chef-Ökonom des Weltentwicklungs-Berichtes und dem US Finanzminister Lawrence Summers. Von Anfang an hatte der Kampf gegen die Armut, neben dem hochnäsigen Platz in der Propaganda der Weltbank, als Voraussetzung die Annahme einer Politik, die die Ausdehnung des Einflusses der Weltmärkte und die globale Durchsetzung des Kapitalismus wollte. Unter diesen Umständen wäre es ein Fehler, sich den Problemen, so wie sie erscheinen, mit Hilfe der mystifizierenden Kategorien bürgerlicher Ökonomie zu nähern. Der analytische Rahmen des klassischen Marxismus bietet eine bessere Interpretation: In der Verkleidung des Kämpfers gegen die Armut bekämpft die Weltbank die Armen.

Fußnoten

(1) siehe Robert Wade, "Showdown bei der Weltbank", NLR 7, Januar/Februar 2001 und www.worldbank.org

(2) "Sobald die kapitalistische Produktion einmal auf eigenen Füßen steht, erhält sie nicht nur jene Scheidung, sondern reproduziert sie auf stets wachsender Stufenleiter. Der Prozess, der das Kapitalverhältnis schafft, kann also nichts anderes sein als der Scheidungsprozess des

Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen, ein Prozess, der einerseits die gesellschaftlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt, andererseits die unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter.“ Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S.742, Dietz Verlag Berlin 1974

(3) "Historisch epochemachend in der Geschichte der ursprünglichen Akkumulation sind alle Umwälzungen, die der sich bildenden Kapitalistenklasse als Hebel dienen; vor allem aber die Momente, worin große Menschenmassen plötzlich und gewaltsam von ihren Subsistenzmitteln losgerissen und als vogelfreie Proletarier auf den Arbeitsmarkt geschleudert werden.“ Karl Marx, Das Kapital, Erster Band, S.744, Dietz Verlag Berlin 1974

(4) "Die Beweisführung in diesem Bericht legt nahe, dass ein schneller und politisch nachhaltiger Fortschritt bei Armut erreicht werden konnte durch den Ansatz einer Strategie, die zwei gleich starke Elemente hat. Das erste Element ist die Durchsetzung des produktiven Umgangs der reichlich vorhandenen Zugewinnarbeit. Das verlangt nach einer Politik, die Marktanziehe schafft und nutzbar macht, nach sozialen und politischen Institutionen, Infrastruktur und am Ende auch Technologie. Das zweite Element ist die Lieferung von sozialen Basisdienstleistungen an die Armen. Grundlegende Gesundheitsvorsorge, Familienplanung, Ernährung und Grundbildung sind besonders wichtig". Welt-Entwicklungs-Bericht 1990, "Armut", New York 1990, S.3

(5) "Eine zentrale Aufgabe in der Entwicklungspolitik und das Kernthema dieses Berichtes, ist die Interaktion zwischen Regierungen und Märkten. Dabei geht es nicht um die Frage Intervention oder laissez-faire - ein populärer Gegensatz, aber ein falscher. Wettbewerbsorientierte Märkte sind noch immer der beste Weg für eine effiziente Organisation von Produktion und Vertrieb von Gütern und Dienstleistungen. Einheimischer und externer Wettbewerb liefern die Anreize zur Freisetzung von Unternehmerschaft und für technologischen Fortschritt. Aber Märkte können nicht in einem Vakuum existieren - sie brauchen einen legalen und regelnden Rahmen, den nur Regierungen sicherstellen können. Und wie bei vielen anderen Aufgaben erweisen sich Märkte als unzulänglich oder versagen gänzlich. Darum müssen Regierungen zum Beispiel in Infrastruktur investieren und grundsätzliche Dienstleistungen für die Armen zur Verfügung stellen. Es ist nicht die Frage Staat oder Markt: Jeder spielt eine grosse und unersetzliche Rolle". Welt-Entwicklungs-Bericht 1991, „Die Herausforderung Entwicklung“, New York 1991, S.1

(6) "In vielen Jobs wissen die Mitarbeiter besser als das Management, wie man die Produktivität steigern kann. Sie werden bereitwilliger diese Informationen teilen, wenn sie davon überzeugt sind, dass sie durch daraus folgende Änderungen in der Organisation profitieren. Die Anwesenheit eines Vertreters der Arbeiterinteressen, die Gewerkschaft, macht sie ein bisschen weniger argwöhnisch, dass die Information, die sie preisgeben, nur dem Management hilft. Wenn die Gewerkschaft Arbeiter in Aktivitäten einbezieht, die die Effizienz steigern, kann die gewerkschaftliche Organisation verbunden sein mit produktiveren Prozessen". Welt-Entwicklungs-Bericht 1995, "Arbeiter in einer integrierten Welt", New York 1995, S.74-80

(7) "Ökonomische Gesetzgebung in Marktwirtschaften hat letztendlich vier Funktionen: Festlegung und Schutz von Eigentumsrechten; Spielregeln zum Austausch solcher Rechte; Einführung von Regeln für den Eintritt in und den Ausstieg aus Produktionstätigkeit und schliesslich die Verbesserung des Wettbewerbs durch Strukturen zur Marktbeobachtung, zum Marktverhalten und um Fehler im Markt zu regulieren". Welt-Entwicklungs-Bericht 1996, „Vom Plan zum Markt“, New York 1996, S. 44, 88

(8) Siehe Fussnote (5): "Märkte ...brauchen einen legalen und regelnden Rahmen, den nur Regierungen sicherstellen können".

(9) Hier deckte der Bericht für einen Moment den Prozess der Umkehrung auf, bedingt durch die Darstellung der Bedürfnisse des Kapitals, als ob sie Prachtstrassen in Richtung Freiheit wären und zeigt den fundamentalen Disziplinierungs-Charakter solcher Strategien wie "Partizipation" und "Dezentralisierung". Der Bericht kommt auf ein und derselben derselben Seite einerseits zu der durchsichtigen

Behauptung, "Wenn Gesellschaften eine Neubestimmung der staatlichen Verantwortlichkeiten in Kauf nehmen, kann das ein Teil der Lösung sein. Das schliesst eine strategische Auswahl der gemeinsamen Aktionen ein, die Staaten versuchen zu fördern, gekoppelt mit grösseren Anstrengungen, dem Staat Lasten abzunehmen durch die Einbeziehung von Bürgern und Gemeinden bei der Bereitstellung von kollektiven Gütern", und andererseits zu der gründlich irreführenden Sprache der „Ermächtigung“: "macht den Staat verantwortlicher für die Bedürfnisse der Bevölkerung, bringt die Regierung näher zum Volk durch breitere Beteiligung und Dezentralisation". Welt-Entwicklungs-Bericht 1997, „Der Staat in einer sich wandelnden Welt“, New York 1997, S. 3, 111

(10) "Eine in jüngster Zeit gestartete Initiative will das Wissens-Management-System der Weltbank ausbauen, um das regionale Wissen aus Ländern und Sektoren einzubauen, in denen die Weltbank aktiv ist. Gesammelt bei Feld-Interviews, bei Gemeindeversammlungen und Zielgruppenmeetings mit NGOs wurde dieses Wissen katalogisiert nach Land, Region, Sektor und Thema, um es danach breit zugänglich zu machen für Praktiker vor Ort. Durch die Aufnahme und die Ergänzung durch tradierte Praktiken in den am wenigsten entwickelten Ländern, ermöglicht dieser Ansatz, Wissen für eine weit grössere Gruppe von Armen verfügbar zu machen. Das kann auch eine grössere Akzeptanz für Entwicklungs-Lösungen erzeugen". Welt-Entwicklungs-Bericht 1998-99, „Wissen über Entwicklung“, New York 1999, S.140

(11) "Dieser Bericht zeigt die Veränderungen, die in Bewegung gesetzt worden sind als Folge (und als Ausdruck) von zwei Phänomenen: Globalisierung und Lokalisierung. Globalisierung, die die fortschreitende Integration der Weltökonomien beschreibt, braucht die nationalen Regierungen um die internationalen Partner zu erreichen, als dem besten Weg zum Wandel im Handel, bei den Finanzflüssen und dem globalen Umfeld. Lokalisierung umschreibt den stärker werdenden Wunsch der Menschen nach mehr Einfluss auf ihre Regierung und manifestiert sich in der Geltendmachung von regionalen Identitäten. Das zwingt nationale Regierungen dazu, sich den Regionen und Städten zuzuwenden, als dem besten Weg, um wirksame Veränderung in der einheimischen Politik zu entwickeln und einen Rahmen für Wachstum zu setzen". Welt-Entwicklungs-Bericht 1999-2000, „Einstieg in das 21. Jahrhundert“, New York 2000, S.2

(12) „Einstieg in das 21. Jahrhundert“, iii, S.1

(13) Welt-Entwicklungs-Bericht 2000-2001, „Bekämpfung von Armut“, New York 2001, S.6

(14) Robert Wade, "Showdown bei der Weltbank", S.131

(15) " Investitionen und technologische Innovationen sind die Haupttriebkraft von Wachstum bei Jobs und Arbeitseinkommen. Fördernde private Investitionen benötigen reduzierte Risiken für die privaten Investoren - neben einer stabilen Finanz- und Geld-Politik, stabilen Investitionsbedingungen und einem klaren und transparenten Geschäftsumfeld...private Investitionen müssen durch öffentliche Investitionen ergänzt werden, um die Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen und neue Marktchancen zu entwickeln. Besonders wichtig ist die Unterstützung durch öffentliche Investitionen in eine erweiterte Infrastruktur, Kommunikation und eine erweiterte Qualifikation der Arbeitskraft". „Bekämpfung der Armut“, S.8

(16) "Bekämpfung der Armut“, S.11

(17) „Bekämpfung der Armut“, S.10-11. Die Weltbank war ausserordentlich erfolgreich bei dem Vertrieb dieses Programmes in andere internationale Organisationen und bei den Regierungen in aller Welt. In Grossbritannien z.B wurden schrittweise Entwicklungs-Weissbücher vom DFID hergestellt. 1997 und 2000 übernahmen und verbreiteten sie die Weltbank-Agenda in allen Einzelheiten.

Dieser Artikel ist im Internet nur Abonnenten der New Left Review zugänglich, aber weitere freie Artikel (auch aus dergleichen Nummer):

www.newleftreview.org/NLR13.shtml

Die WTO entmachten oder für fairere Regeln im Welthandelsregime kämpfen?

Nicola Bullard, Handlungsexpertin der NGO „Focus on the Global South“ aus Bangkok, und Martin Khor, Leiter des „Third World Networks“ mit Sitz in Malaysia, nahmen am 8./9.4. an der Auftaktkonferenz der „Aktionswoche für globale Gerechtigkeit“ in Bonn teil. In ihrer Einschätzung des globalen Handelsregimes stimmen die beiden weitgehend überein, bezüglich der Handlungsstrategien und Ziele im Kontext der nächsten WTO-Ministerkonferenz in Hongkong haben sie jedoch unterschiedliche Auffassungen.

Christa Wichterich.: Die WTO ist zehn Jahre alt. Sie sagen, das ist kein Grund zum Feiern. Warum?

Nicola Bullard: Es ist der WTO nicht gelungen, ein Gleichgewicht in den Handelsstrukturen zwischen starken und schwachen Ländern herzustellen und den Freihandel im Interesse der Entwicklungsländer zu regeln. Alle unsere Versuche, die WTO mit diesem Ziel zu reformieren, haben sich als `Mission impossible` erwiesen. Die WTO-Ministerkonferenzen waren Parameter für den Gesundheitszustand der WTO, es ging vor und zurück, rauf und runter. Zwar ist es geglückt, die WTO bei der letzten Ministerkonferenz in Cancun entgleisen zu lassen. Aber das war erneut nicht von Dauer. Die Verhandlungen verlaufen wie vor zehn Jahren ab: alle Abkommen werden gleichzeitig verhandelt, es gibt eine Menge Kuhhandel und keine Möglichkeiten, aus Teilen der Abkommen auszusteigen.

C.W.: Im Juli 2004 wurde in Genf einer neuer Rahmen für die weiteren Verhandlungen beschlossen. Also ist die WTO zurück auf den Gleisen und voll auf Liberalisierungskurs.

N.B.: Genau, das Genfer Juli-Abkommen ist ein Sargnagel für die Illusion, dass das globale Handelssystem mit Gerechtigkeit kompatibel gemacht werden kann. Nach Cancun haben die USA und die EU nach dem uralten Teile-und-Herrsche-Prinzip die Einheit der Entwicklungsländer gespalten und die beiden starken Wirtschaftsmächte Indien und Brasilien mit in ihr Boot geholt. Es war auch ein Trick, Entscheidungen in Genf hinter verschlossenen Türen zu fällen und nicht auf einer Ministerkonferenz, die von den Medien und der Zivilgesellschaft belagert ist. In diesem neuen „Rahmen“ haben die Entwicklungsländer nichts von dem bekommen, was sie wollten. Stattdessen ist der Liberalisierungsdruck auf sie enorm erhöht worden.

C.W.: Welche Strategien schlagen Sie für den Weg zur WTO-Ministerkonferenz im Dezember in Hongkong vor?

N.B.: Eine Gegenstrategie könnte sein, moralischen Druck auf Indien zu machen, dass sie aus der Allianz mit den Supermächten ausscheren, weil sie im Konsens mit denen nicht die Interessen der Entwicklungsländer repräsentieren. Darüber hinaus denke ich, dass wir die WTO wieder und wieder entgleisen lassen müssen, bis die Machtverhältnisse sich innerhalb der WTO verschieben und sie insgesamt an Macht verliert. Für Hongkong gilt, was wir in Cancun gesagt haben: kein Ergebnis ist besser als ein schlechtes Ergebnis. Ein schlechtes Ergebnis in Hongkong würde die Ungleichheiten in den Welthandelsbeziehungen ad infinitum fortschreiben. Wir müssen nach anderen Wegen suchen, die Interessen der Entwicklungsländer zu verteidigen, als durch die WTO.

C.W.: Wie kann das aussehen?

N.B.: Es reicht nicht aus, nur über das Entgleisen der WTO zu reden. Wir müssen eine radikale Kritik des ganzen Entwicklungsmodells, dass auf Liberalisierung und Export beruht, popularisieren. Die meisten Entwicklungsländer haben davon nicht profitiert und kommen aus der Falle von Exportorientierung, Billiglohnarbeit und Armut ebensowenig raus wie aus dem Teufelskreis von Freihandel und Verschuldung. Wir müssen andere Prioritäten setzen, nämlich Menschenrechte, Ökologie, Gleichheit, Gerechtigkeit, und Handelspolitik diesen sozialen Zielen unterordnen.

C.W.: Sie nennen die sogenannte Entwicklungsrunde der WTO seit der Ministerkonferenz in Doha 2001 ein Anti-Entwicklungsprogramm. Warum?

Martin Khor: Die USA und Europa haben ihre Versprechen nicht erfüllt, ihre Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern zu öffnen. Für dem versprochenen Abbau von Agrarsubventionen gibt es keinen Termin. Keinerlei Fortschritte gab es bezüglich geforderter Zugeständnisse an arme Länder bei der Implementierung von WTO-Verträgen und bezüglich Sonderbehandlung (SDT). Gleiche Regeln für ungleiche Länder zu haben, schadet den Armen und verstärkt nur die Ungleichheit.

C.W.: Wo sehen Sie im Augenblick die Knackpunkte der WTO-Verhandlungen?

M.K.: Derzeit ist der übelste Trick der USA, der EU und Japans, die Entwicklungsländer massiv unter Druck zu setzen, dass sie ihre Zölle auf Industriegüter senken. Das wird zu einem Anstieg von Billigimporten führen, mit denen einheimische Produzenten nicht konkurrieren können. Wenn ein Land seine Zölle im Rahmen der WTO senkt, ist das bindend, das heißt un-veränderbar. Schon jetzt beobachten wir den Zusammenbruch lokaler Industrien vor allem in Afrika. Wenn die Zölle weiter gesenkt werden, bedeutet das einen industriellen Genozid.

C.W.: Im Dezember findet die nächste WTO-Ministerkonferenz in Hongkong statt. Was sind Ihre zentralen Forderungen auf dem Weg nach Hongkong?

M.K.: Es muss Entwicklungsländern erlaubt sein, ihre Märkte durch hohe Zölle zu schützen, sowohl im Agrarsektor als auch in den Industrien. Die WTO hat kein Recht, sie zu Zollreduktion zu zwingen. Ebenso muss die WTO mit dem Druck auf die armen Länder aufhören, ihre Dienstleistungen vom Bankensektor über Kommunikation bis zur Wasserversorgung zu liberalisieren. Alle Länder haben ein Recht, eigene Industrien und Dienstleistungen aufzubauen, und sie brauchen die Freiheit zu entscheiden, wann, wo und wie viel sie liberalisieren. Außerdem müssen wir die Kampagne gegen die Patentierung von Leben erneut forcieren und insistieren, dass alle Länder ein Recht auf preisgünstige Versorgung mit Medikamenten haben.

C.W.: Wie kann durch die globale Aktionswoche und Aktivitäten in der Bundesrepublik Einfluss genommen werden?

M.K.: Wir glauben nicht mehr daran, dass die WTO gerechte Handelsregeln aufstellt. Mit der globalen Kampagne versuchen wir, das Schlimmste zu verhindern, den Schaden zu begrenzen und gegen ungerechte WTO-Regeln zu kämpfen. Seattle und Cancun haben gezeigt, dass wir Einfluss nehmen können. Es war der Erfolg zivilgesellschaftlicher Organisationen und einer Reihe von Regierungen, dass die Singapur Themen nicht mehr auf der Tagesordnung stehen. Wir selbst müssen mit unseren Aktionen die Welt- und die EU-Handelspolitik demokratisieren. Schimpft nicht auf die EU-Kommission, schimpft auf die deutsche Regierung. Schaltet das Parlament ein.

C.W.: Wie stehen Sie zu der Forderung, dass die WTO in Hongkong erneut zum Entgleisen gebracht werden muss?

M.K.: Was meinen wir denn mit Entgleisen? Die Entwicklungsländer brauchen ein gutes multilaterales Handelssystem, um sich zu schützen. Das System ist so gut wie seine Regeln. Wir streiten für gerechte, entwicklungsfördernde Regeln. Wenn wir verlieren, ist das eine Katastrophe für die Entwicklungsländer.

Erklärung von Attac Deutschland zum 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus

Am 8. Mai 2005 jährt sich zum sechzigsten Mal der Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus.

Wir gedenken an diesem Tag den Opfern des Nazi-Terrors und des Vernichtungskrieges der Wehrmacht.

Wir danken den Millionen von Frauen und Männern der Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges tragen musste. Wir danken allen Menschen in den USA, Großbritannien und Frankreich und allen anderen Staaten der Anti-Hitlerkoalition, die zur Zerschlagung der Nazi-Barbarei beitrugen und dabei zu großen Opfern bereit waren. Unser Dank gilt auch allen Partisanen und Partisaninnen und Widerstandskämpfern in den okkupierten Ländern. Er gilt den deutschen Widerstandskämpfern und -kämpferinnen, der *Weißer Rose* wie der *Roten Kapelle*, der *Bekennenden Kirche* und all den anderen Frauen und Männern, die sich unter Todesgefahr und sehr oft um den Preis ihres Lebens der Barbarei entgegenstellten. Wir bekunden unseren Respekt vor Wehrmachtsdeserteuren und alle jenen, die sich der Kollaboration mit dem Regime verweigerten.

Wir weisen alle Versuche zurück, die Geschichte umzudeuten, das historische Verdienst der Anti-Hitlerkoalition oder einzelner Alliierten zu schmälern und die Täter, ihre willigen Helfer und Mitläufer zu Opfern zu stilisieren. Die europäische Katastrophe wurde von Deutschen ausgelöst und organisiert. Ursache und Wirkung dürfen nicht verwechselt werden.

Der Holocaust - historische Verantwortung heute und zukünftig

Nazi-Deutschland unterscheidet sich von anderen Diktaturen und verbrecherischen Regimes auf einzigartige Weise. Auch anderswo gab es fürchterliche Massaker, Völkermord und barbarische Greuelthaten. Aber die Vernichtung der Juden ist insofern einmalig, als sie in einem Land stattfand, das als zivilisiert galt, und in dem dieses singuläre Menschheitsverbrechen undenkbar erschien. Der Holocaust fand nicht im Affekt, nicht im Blutausch oder in hochgepeitschter Massenpsychose statt, sondern mit industriellen Methoden, auf dem technologischen Niveau des 20. Jahrhunderts. Er geschah planvoll, mit bürokratischer Sachlichkeit. Beteiligt waren gewissenhafte Ämter und renommierter Institutionen - von der Reichsbahn über die Justiz bis zur Deutschen Bank und der Chemieindustrie. Der Massenmord an den Juden wurde nicht von notorischen Killern, sondern ordentlichen Beamten und pflichtbewussten Befehlsempfängern vollzogen.

Millionen Deutsche beteiligten sich an Denunziation, Ausgrenzung und Ausplünderung der Opfer - oder profitierten davon. Viele sahen weg und verschlossen die Augen vor den Verbrechen. Nur eine Minderheit hatte die Kraft, sich zu verweigern und Widerstand zu leisten.

Wir können aus dieser deutschen Geschichte nicht einfach austreten. Zwar gibt es keine Kollektivschuld, aber wir tragen eine historische Verantwortung, alles zu tun, damit Auschwitz sich nicht wiederholen kann.

Den Anfängen wehren

Dabei gilt es, den Anfängen zu wehren. Der Mord an Sinti und Roma, die sozial-darwinistische Selektion, die für

Behinderte, „Asoziale“, Homosexuelle und andere Minderheiten keinen Platz in der Gesellschaft sah, zeigen die Gefährlichkeit inhumaner Ideologien der Abwertung und Ausgrenzung. Auch heute sind Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Nationalstolz, Großmachtstreben, das „*Wir sind wieder wer*“ und andere Formen von Überlegenheitsideologie weit verbreitet - bis in die Funktionseliten hinein. Dem stellen wir die aktive Entfaltung von Humanität und Demokratie, politisches Engagement von unten und Zivilcourage entgegen. Demokratie ist keine abgeschlossene Errungenschaft, sie ist mehr als Institutionen und ein Gang zur Urne alle vier Jahre. Sie muss immer wieder neu erstritten und mit Leben gefüllt werden.

Armut und Prekarisierung – Nährboden für Neonazis

Heute entsteht mit der neoliberalen Umgestaltung der Gesellschaft umfassende soziale Verunsicherung. Durch die Orientierung an Profitinteressen und den Abbau von sozialen Sicherungssystemen breiten sich Armut, Ausgrenzung und Prekarisierung immer weiter aus. Davon versuchen Neonazis zu profitieren. Sie offerieren die „*Volksgemeinschaft*“ als Problemlösung. Diese Art von Antiglobalisierung basiert auf der ebenso inhumanen wie realitätsfernen Idee, „*das deutsche Volk*“ müsse sich ökonomisch und kulturell gegen die Außenwelt abschotten. Attac wendet sich gegen jegliche völkisch orientierte Politik.

Attac tritt ein für eine emanzipatorische Alternative zur neoliberalen Globalisierung im Interesse aller Menschen auf unserem Planeten.

Globalisierung emanzipatorisch wenden

In der Globalisierung liegt auch emanzipatorisches Potential. Kommunikation und Mobilität von Menschen über nationale Grenzen hinweg, Austausch und interkulturelle Vermischung sind Chancen, die wir in den Traditionen des humanistischen „*Alle Menschen werden Brüder*“ und des Internationalismus' aufgreifen.

Es gilt, jenseits von Markt und Profitinteressen, die Möglichkeiten globaler Zusammenarbeit im Interesse aller Menschen zu nutzen. Wir treten ein für die Globalisierung von Solidarität, sozialer Gerechtigkeit, umfassender Lebensqualität und einem verantwortungsvollen Umgang mit der Natur. Diese Ziele können nur grenzüberschreitend und durch weltweite soziale Bewegung durchgesetzt werden.

Kein Raum für Neonazis

Am 8. Mai will die NPD in Berlin ihren Ungeist demonstrieren und ihre Umdeutung der Geschichte propagieren. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Uns geht es dabei nicht nur um Verteidigung symbolischer Orte, wie das Brandenburger Tor. Aber wenn Nazis versuchen, öffentliche Räume zu besetzen, ist Widerstand notwendig. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.

Attac ruft daher seine Mitglieder und Mitgliedsorganisationen auf, sich überall an den Gedenkveranstaltungen zur Befreiung und den Aktionen gegen die Neonazis zu beteiligen.